PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 45 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto-Nr. 18.909.05 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 1.7.1975, fertiggestellt..

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

3. Juli 1975 Jg. 3 Nr. 26 50 Pfennig

Fusion oder nicht: Arbeiter werden entlassen

Seit mehreren Jahren gehen Berichte über eine Fusion der "Vereinigten Leichtmetall Werke" (VLW) und der "Kaiser-Preussag AG" (KAPALL) durch die Presse. Beide Konzerne sind die entscheidenden Aluminiumhersteller. Durch die anhaltende Absatzkrise ist aber für beide der Markt zu eng geworden.

Die gegenseitige Konkurrenz wollen sie abschaffen und die Produktionsanlagen aufeinander abstimmen. Ergebnis der Fusion wäre: Nur noch ein Monopol für Aluminium in Europa und Anpassung der Produktionsanlagen, was heißt: sofortige Schließung des Walzwerkes bei VAW in Hannover, in dem 600 Kollegen arbeiten, nachdem in den Werken Neumünster, Krevenburg, Stade und Hannover schon Hunderte von Arbeitern entlassen wurden.

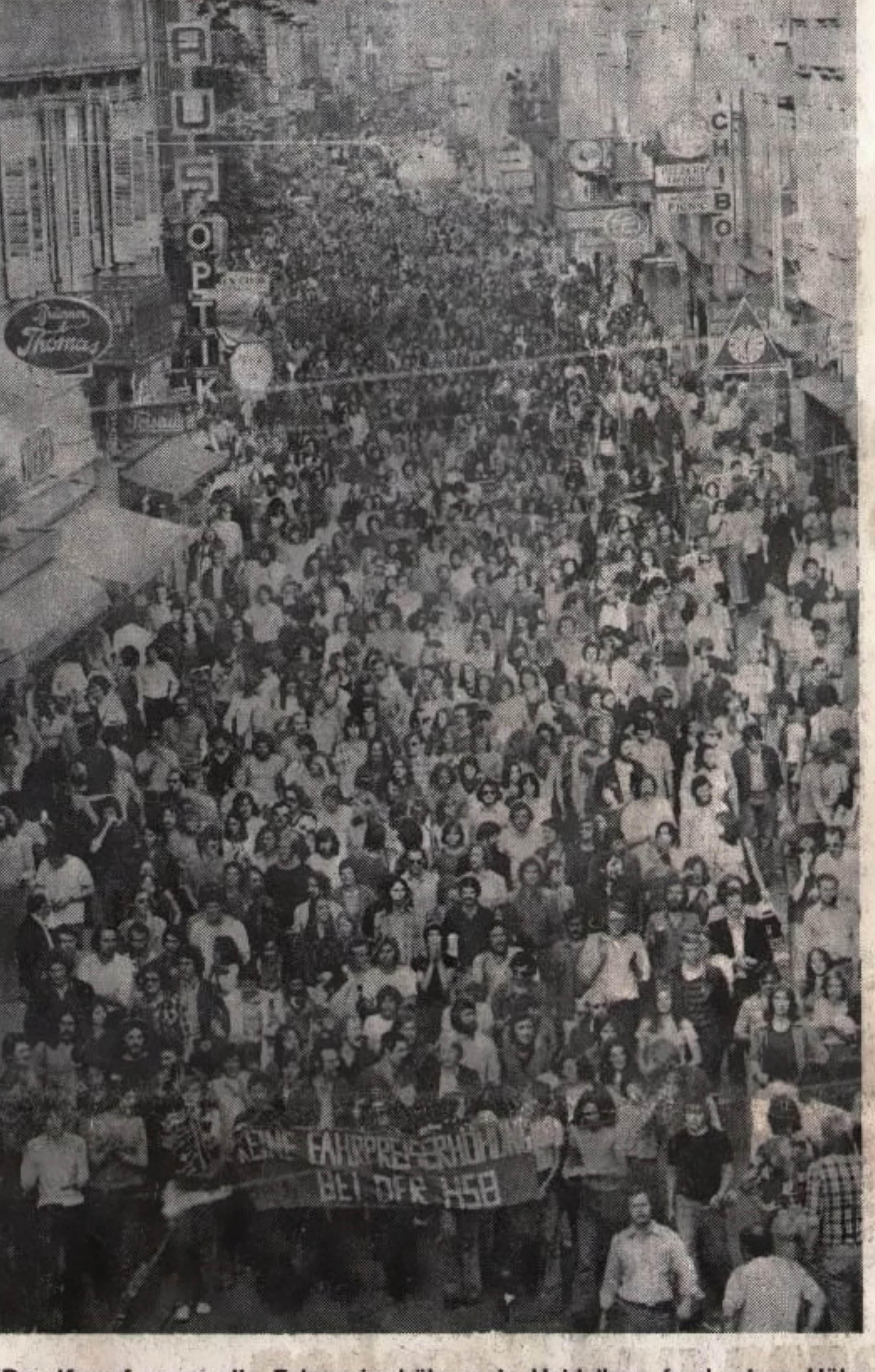
Das Kartellamt und das Wirtschaftsministerium haben die Fusion nicht genehmigt, um einen Monopolpreis auf dem Aluminiummarkt zu verhindern, an dem dann andere Kapitalisten, die auf die produzierten Halbzeuge angewiesen sind, zu tragen hätten. Damit haben sich die Aluminiumkapitalisten nicht zufrieden gegeben. Kurzer Hand gaben sie bekannt, daß dann auch das Werk in Koblenz geschlossen werden müsse.
Sie versuchen, die Bundesregierung mit dem Faustpfand Arbeitsplätze zu erpressen. Beide Parteien haben bei ihrem Streit keinen großen Schaden. Aber Arbeit und Brot von Tausenden von Arbeitern werden als Spielmasse eingesetzt.

Beide Seiten, Bundesregierung und Alu-Kapitalisten, versuchen ständig, die Arbeiter auf ihre Seite zu bekommen, um sie für ihre Zwecke in die Schlacht zu schicken. Der Betriebsratsvorsitzende von VAW Hannover, Orzykowsky, hat das üble Spiel mitgemacht. Er hat sich auf die Seite der Kapitalisten gestellt und trat für die Fusion ein. Daraufhin wurde er von den anderen Sozialdemokraten gestürzt. Heute ist er Verkaufsleiter bei VAW, mit einem ausgezeichneten Gehalt. Bis dahin galt er als Angehöriger der äußersten Linken in der Hannoverschen SPD.

Nachdem die Meldung über die Schließung große Unruhe unter der Belegschaft hervorgerufen hat, kam postwendend am nächsten Tag das Dementi. Bekanntgegeben wurde, daß die Geschäftsleitung der KAPALL in der nächsten Woche zur Entscheidung des Wirtschaftsministeriums Stellung nehmen würde. Übrig geblieben ist vom Streit erst einmal, daß das Walzwerk in Hannover bis zum 30. September geschlossen wird und 600 Kollegen entlassen werden. Das wurde auf eine Betriebsversammlung bei VAW am 1.7. von der Geschäftsleitung endgültig bekannt gegeben.

Ob nun offiziell Fusion oder nicht: Das Ergebnis ist produktionstechnische Zusammenarbeit der Konzerne und damit Teilstillegung von Werken. Von dem Streit zwischen Kapitalisten und Regierung hatten die Arbeiter nichts, sie haben so und so darunter zu leiden, solange sie nicht die Möglichkeit des Streits zwischen einzelnen Kapitalisten oder zwischen Kapitalisten und Staat beseitigt haben, indem sie das private Eigentum an Produktionsmitteln aufheben und selbst Herren der Produktion sind.

–d.b.–



Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung in Heidelberg fand seinen Höhepunkt am Donnerstag, dem 26.6.1975. 6 000 demonstrierten an diesem Tag gegen die Fahrpreiserhöhung, blockierten trotz massivem Polizeieinsatz die Schienen und belagerten das Rathaus, in dem der Gemeinderat gegen den Willen der Volksmassen die Fahrpreiserhöhung beschloß. Es war die bisher größte Massenaktion seit dem Krieg in Heidelberg. – Das Bild zeigt die Demonstration in der Hauptstraße.

Ausführlicher Bildbericht auf den Seiten 9 und 10

100 000 Unterschriften gegen § 218 gesammelt

Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Unter diesen Losungen haben die Komitees und Initiativen gegen den § 218 in den letzten Wochen mehr als hunderttausend Unterschriften gesammelt. Eingeleitet war diese Kampagne, wie berichtet, durch den Ludwigshafener Kongress vom 1. Juni 1975, wo sich auf Einladung des KBW Komitees und Initiativen aus 79 Städten versammelt haben, um zu beraten, wie der Kampf gegen den § 218 weitergeführt werden muß. Inzwischen arbeiten in mehr als hundert Städten des Landes Komitees auf der Grundlage dieser Losungen.

Die Kampagne gegen den § 218 ist in den letzten Wochen vorangekommen. Die Verteidiger des verhaßten Paragraphen, der Staatsapparat und die bürgerlichen Parteien hingegen haben bislang nicht vermocht, sich auf einer Linie zu einigen, die den Volksbetrug möglich macht. Das ist nicht erstaunlich, denn ihre Aufgabe besteht darin, die unterträgliche Willkür, die das Bundesverfassungsgericht ausdrückt, in eine Form zu bringen, in der sie den Volksmassen annehmbar erscheint.

Die Gegner des § 218 haben hingegen ihre Reihen erweitern und festigen können. Das drückt sich am deutlichsten darin aus, daß die Ablehnung der Arbeiter gegen diesen Paragraphen zu vielen Beschlüssen auf betrieblicher Ebene und in der Gewerkschaft geführt hat, die jene Losungen für geeignet zur Beseitigung des Paragraphen bestätigen, die auch von den Komitees und Initiativen gegen den § 218 vertreten werden.

Schon jetzt ist sicher: Die Unterschriftensammlung erweist sich als gutes Mittel, um die Gegner des § 218 zusammenzuschließen. Sie ist nicht ein Erfolg, weil auf vielen Zetteln viele Namen stehen. Sie wurde eingeleitet und muß weiterbetrieben werden, um diesen Forderungen Gewicht zu verleihen und zur Einleitung und zur Ausdehnung einer breiten Massenaktivität gegen diesen Paragraphen.

Die Bewegung gegen den § 218 steht vor der großen Aufgabe, die breite Strömung, die im Volk gegen diesen Paragraphen besteht, so zu konzentrieren, daß aus der Mehrheit, die gegen diesen Paragraphen eingestellt ist, eine Einheit wird, die weiß, was sie will und ihren Gegner kennt und bekämpft.

Von genauso großem Interesse wie die Zahl der gesammelten Unterschriften ist es daher, daß schon über hundert Veranstaltungen durchgeführt wurden, die von über zehntausend Menschen besucht wurden. Diese öffentliche Propagandatätigkeit wird fortgeführt werden, ermöglicht sie es doch, Menschen auszubilden, die den Argumenten der bürgerlichen Parteien und Säulen des Staates entgegenzutreten verstehen und die die Auseinandersetzung in die Betriebe, die Schulen und Hochschulen hineintragen. Das wird auch nach dem Ende der Sommerferien der entscheidende Faktor werden für die weitere Festigung der Einheit der Massen und Voraussetzung dafür, daß zu Beginn der Parlamentsession am 21. September in Bonn eine machtvolle Demonstration stattfinden kann, damit die bürgerlichen Politiker, die sich frisch ans Werk des Volksbetrugs machen wollen, gleich sehen, daß sie es mit einer Bewegung zu tun haben, die weiß, was sie will und die zu einheitlicher und machtvoller Aktion fähig ist und dem bürgerlichen Staat das Recht auf Beseitigung des § 218 durch Volksentscheid abtrotzt.

Die Unterschriftensammlung gegen den § 218 entwickelt sich gut. Ein deutliches Anzeichen, daß die Bewegung gegen den § 218 große Zustimmung in den Massen findet und daß diese Reserven auf der Linie der Forderungen und Vorschläge des Komitees mobilisiert werden können.

–M.F.–

Libanon: USA-Imperialismus stiftet Unruhe

Die breiten arbeitenden Massen im Libanon und die Palästinenser gemeinsam gegen die Reaktion

"Der Libanon am Rande des Bürgerkriegs", berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung: "Die libanesische Hauptstadt Beirut hat am Wochenende die schlimmsten Kämpfe seit dem Wiederaufflammen der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen vor sechs Tagen erlebt." (30.6.) 150 Tote und Hunderte von Verletzten soll es gegeben haben.

Erneut haben die reaktionären Phalangisten und ihre Privattruppen Angriffe auf die fortschrittlichen Kräfte im Libanon selber unternommen. Seit dem 13. April, als sie den offenen Kampf aufnahmen, ist es immer wieder zu schweren Auseinandersetzungen und Provokationen gekommen. Die Truppen der Phalangepartei wollen die erkämpften Rechte und Positionen des palästinensischen Volkes im Libanon zerschlagen, zumindest entscheidend schwächen. Sie wollen den Kampf der libanesischen Massen zurückschlagen. Sie wollen ihre unumschränkte Kontrolle über das Land, um ungestört mit dem israelischen Zionismus paktieren zu können und die Auslieferung des Landes an den US-Imperialismus weiterbetreiben zu können.

Die bürgerliche Presse stellt diese Auseinandersetzungen so dar, als ob im Libanon das reine Chaos herrsche: *"Eine Frage wird in diesen Tagen jedoch immer schwieriger zu beantworten und selbst die Libanesen stehen oft vor einem Rätsel: Man weiß nämlich allmählich nicht mehr, wer hier eigentlich auf wen schießt, ganz zu schweigen davon, wer mit dem Schießen immer wieder beginnt."* (Stuttgarter Zeitung, 30.6.) Bei genauerer Untersuchung sieht man leicht, wer gegen wen kämpft, wer im Recht ist und wer im Unrecht ist. Die Phalange ist die wichtigste Partei der Grundbesitzer und des Finanz- und Handelskapitals im Libanon. Dieses ist weitgehend abhängig vom US-Finanzkapital und so sind die Phalangisten und ihre Truppen zugleich der verlängerte politische und militärische Arm des US-Imperialismus. Tatsache ist, daß die Phalange-Truppen vom US-Imperialismus bewaffnet und ausgebildet werden.

Zugleich sind sie die Hoffnung des zionistischen Aggressors Israel. Schon 1939 sind die Phalangisten für die Gründung eines zionistischen Staates Israel eingetreten. Heute sind sie für Israel eine Waffe innerhalb des Libanon, auf die sie in ihrem Kampf gegen das palästinensische Volk und seine nationalen Rechte setzen. Niemand anders als der israelische Ministerpräsident Rabin hat dieses Zusammenspiel enthüllt. Als er die kurzfristige Einstellung der Aggression gegen den Libanon begründete erklärte er: *"Wir sind dabei, einen konfessionellen Krieg zu planen und zu erwarten, der im Libanon stattfinden und die gleiche Wirkung haben soll".* (Al Sha'ab, 12.4.75)

Auch die bürgerliche Presse setzt auf die religiösen Unterschiede und will so vom Klasseninhalt dieser Kämpfe ablenken. Gehören aber die Repräsentanten der bürgerlichen Klasse zur christlichen Sekte der Maroniten, so sind die breiten Massen, vor allem die Bauern, mehrheitlich Moslems. Schließlich hat die bürgerliche Presse in ihren Vertuschungsmanövern diese Auseinandersetzungen immer als Kämpfe zischen kleinen Gruppen dargestellt. Jetzt muß sie selber zugeben, daß sich die *"Auseinandersetzungen auf das ganze Land ausbreiten"*. In den wichtigsten Städten des Landes, in Tripoli, Sidon, Tyrus, Zahrani und Nabatijeh finden Streiks und Kundgebungen der Arbeiter, Bauern und Fischer statt. Sie kämpfen gemeinsam mit den Palästinensern gegen die libanesische Reaktion, für die Rechte des palästinensischen Volkes und gegen die Aggressionen des israelischen Zionismus.

An der Entwicklung im Libanon erkennt man auch die konterrevolutionäre Doppeltaktik des US-Imperialismus im Nahen Osten, mit der er die Völker im Nahen Osten schlagen und die Weltöffentlichkeit täuschen will. Während er wieder einmal mit seiner löchrigen Friedenspalme wedelt und so tut, als ob er Israel "Konzessionen" abringen will, versucht er, dieses Land vollständig unter seine Kontrolle zu bringen. Diese Versuche haben bisher dazu geführt, daß die Bande der Solidarität zwischen den libanesischen Arbeitern, Bauern und Fischern und der palästinensischen Revolution enger geworden sind, daß der gemeinsame Kampf verstärkt worden ist, der Haß auf den US-Imperialismus und seine Agenten gewachsen ist.

–H.J.H.–

Grußtelegramm

An das Sekretariat der
PARTIDO AFRIACANO DA INDEPENDENCIA DA GUINE E CABO VERDE
Aristides Perreira
Petro Pires
Praia/Kapverde

Liebe Freunde!

Im Namen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland senden wir Euch unsere Glückwünsche zur Unabhängigkeit von Kapverde am 5. Juli. Weniger als 1 Jahr nachdem Portugal gezwungen wurde, die Unabhängigkeit von Guinea Bissau anzuerkennen, muß es jetzt auch in Kapverde die Macht an die PAIGC übergeben und sich vollständig zurückziehen. Alle Manöver der Kolonialisten und Imperialisten, durch eine neokoloniale Lösung die Inseln als Stützpunkte der NATO zu erhalten, sind am geschlossenen Kampf des Volkes von Kapverde unter Führung der PAIGC gescheitert.

Das ist ein weiterer großer Beitrag des Volkes von Guinea Bissau und Kapverde im Kampf der Völker gegen Imperialismus und Hegemonismus. Angesichts eines durch 500 Jahre Kolonialherrschaft ausgeplünderten und verwüsteten Landes steht das Volk von Guinea Bissau und Kapverde in der neuen Etappe vor weiteren großen und schwierigen Aufgaben. Wir glauben, daß es unter Führung der PAIGC weitere große Siege in der Verteidigung der Unabhängigkeit, dem Aufbau des Landes und bei der Vereinigung der beiden selbständigen Staaten von Guinea Bissau und Kapverde erringen wird.

Der Kampf von Guinea Bissau und Kapverde ist eine große Ermutigung für die Völker der Welt im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und das Hegemoniestreben der Supermächte. Er ist eine Ermutigung für die westdeutsche Arbeiterklasse im Kampf für die proletarische Weltrevolution.

Mit solidarischen Grüßen
Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
i.V. Martin Fochler

Mit solidarischen Grüßen
Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
i.V. Martin Fochler

Naher Osten:
Neues Manöver des US-Imperialismus

Die bürgerliche Presse vermeldet 'verstärkte und erneute Friedensbemühungen des US-Imperialismus im Nahen Osten'. "Die amerikanische Regierung hat ihren Druck auf Israel massiv verstärkt, durch Konzessionen gegenüber den Arabern – vor allem gegenüber Ägypten – wieder Bewegung in die Friedensbemühungen im Nahen Osten zu bringen" (Stuttgarter Zeitung vom 30.6.1975).

Die USA sind aufgrund des starken Strebens nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit der arabischen Staaten und der Schwächung ihres Brückenkopfes Israel gezwungen, erneut diplomatische Manöver einzuleiten, um dem zionistischen Staat Luft zu verschaffen.

Berichtet wird, daß die Erdölfelder von Abu Rodeis auf der Sinai-Halbinsel von Israel an Ägypten zurückgegenben werden sollen; berichtet wird, daß die USA Israel auffordern und zwingen wollen, *"bis Mitte Juli in die Räumung der strategisch wichtigen Pässe Mitla und Gidi auf der Halbinsel Sinai einzuwilligen"* (Stuttgarter Zeitung, 30.6.). Sofort muß man sich ins Gedächtnis zurückrufen, wo diese Pässe und Ölfelder liegen, deren mögliche Rückgabe hier als bedeutende "Konzession" dargestellt werden, die hier zum Gegenstand von "Verhandlungen" gemacht werden sollen.

Sowohl die Pässe wie auch die Erdölfelder liegen auf dem Territorium Ägyptens, sind rechtmäßiges Eigentum der ägyptischen Nation. Im barbarischen Eroberungskrieg der israelischen Zionisten im Jahr 1967 sind sie Ägypten entrissen und widerrechtlich annektiert worden. Man sieht, um "Konzessionen" kann es hier nicht gehen. Diese Gebiete gehören Ägypten und müssen zurückgegeben werden.

Wenn der US-Imperialismus so tut, als habe er Israel aufgefordert, seine Position zu 'überdenken' und ihm 'Vorschläge macht', so ist dies nur der klägliche Versuch, sich als neutraler Makler hinzustellen. Niemand wird ihm das abnehmen. Die "Spannungen" zwischen den USA und Israel sind nichts anderes als die Streitereien zwischen dem Chef einer Gangsterbande und einem seiner Spießgesellen, den er zur Abgabe eines Anteils der Beute zwingen will, um nicht in dessen Untergang mit hineingezogen zu werden. –H.J.H.–

Polizeieinsatz gegen "Carl von Ossietzky Universität"

Am vergangenen Freitag erschienen gegen 15 Uhr auf dem Unigelände einige Polizisten in Zivil, begleitet von einigen Hundertschaft Bereitschaftspolizei. In einer Seitenstraße war "vorsorglich" ein Wasserwerfer aufgefahren. Die Polizisten entfernten die an einem Unigebäude – weithin sichtbar – angebrachten Schriftzüge "Carl-von-Ossietzky-Universität".

Nach dem einmütigen Willen der Unimitglieder soll die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky tragen, des Friedensnobelpreisträgers, der im nahe gelegenen ehemaligen KZ Esterwegen von den Nazis zugrunde gerichtet wurde. Die Landesregierung verweigerte dieser Namensgebung die Zustimmung.

Als der Name dennoch auf dem Universitätsgebäude angebracht worden war, ließ die Reaktion nicht lange auf sich warten. Für die CDU *"steht und fällt hier unser Verständnis von der verfassungsmäßigen Grundordnung".* Die SPD zögerte etwas. Doch schließlich erklärte der SPD-Minister Grolle: *"Ich möchte hier erklären, daß die Landesregierung für die Entfernung der Schriftzüge Sorge tragen wird."* Das geschah am letzten Freitag. Der bürgerliche Staat nimmt es nicht hin, daß sich Rechte einfach genommen werden, sei es auch in verhältnismäßig unbedeutenden Bereichen.

Als der Name dennoch auf dem Universitätsgebäude angebracht worden war, ließ die Reaktion nicht lange auf sich warten. Für die CDU *"steht und fällt hier unser Verständ-*

Die Aktion war generalstabsmäßig geplant. Staatliche Macht und Entschlossenheit wurden demonstriert. Allerdings sollte keine große Konfrontation provoziert werden, dazu hat die Oldenburger Polizei wohl noch nicht genug Erfahrung. Andererseits sollte die Aktion auch nicht ohne Aufsehen über die Bühne gehen, was zwei Wochen später während der Ferien der Fall gewesen wäre. So rückte die Polizei am Freitagnachmittag an. Der Einsatz zog in Windeseile etwa 100 bis 150 empörte Unimitglieder an, deren Empörung durch das brutale Vorgehen und Auftreten der Polizei noch gesteigert wurde. Einem Studenten wurde der Arm ausgekugelt. Ein Polizist in Zivil filmte das ganze Geschehen. Ein Hinweis auf das Hausrecht blieb ohne jegliche Wirkung. Die Betriebsgruppen der ÖTV und der GEW erklärten auf einer gemeinsamen Sitzung:

"... ÖTV und GEW sehen in der Aktion hauptsächlich eine Maßnahme, die den allgemeinen staatlichen Zugriff auf die Hochschule dokumentieren soll und dabei vor polizeilicher Gewalt nicht zurückschreckt. Sie ist eine gröbliche Mißachtung der antifaschistischen Tradition, der sich die Gewerkschaftsbewegung verpflichtet weiß. Wir fordern die Angehörigen der Universität auf, den Kampf um die Namensgebung fortzuführen."

Seit dem Wochenende hängt an der gleichen Stelle – weithin sichtbar – ein Transparent: **Wir fordern: Carl-von-Ossietzky-Universität!**

–I., Oldenburg–

was zwei Wochen später während der Ferien der Fall gewesen wäre. So rückte die Polizei am Freitagnachmittag an. Der Einsatz zog in Windeseile etwa 100 bis 150 empörte Unimit-

Seit dem Wochenende hängt an der gleichen Stelle – weithin sichtbar – ein Transparent: **Wir fordern: Carl-von-Ossietzky-Universität!**

–I., Oldenburg–

Haftbefehle auf Biegen und Brechen

Mit Verhaftungen und Beschlagnahmung von Verteidigerakten versucht die Justiz im RAF - Prozeß über die Runden zu kommen

Mit einer Vielzahl neu verabschiedeter oder geplanter Gesetze verschafft sich jetzt der bürgerliche Staatsapparat die rechtlichen Voraussetzungen, um gegen jeden vorgehen zu können, der sich gegen die bürgerliche Klassenherrschaft auflehnt. Wo er die dazu notwendigen Gesetze sich nicht schnell genug verschaffen kann, verzichtet er aber auch auf die Einhaltung seiner Gesetze, und da ist ihm keine Lüge zu schäbig, um Maßnahmen auch außerhalb seiner bestehenden Gesetze durchführen zu können. Offen hat er dies praktiziert anläßlich der Verhaftung der Anwälte Croissant und Ströbele.

Trotz des Ausschlusses der beiden Verteidiger vom Prozeß und der Einschränkung der Rechte der noch amtierenden Wahlverteidiger gelang es dem Gericht und der Bundesanwaltschaft im Stammheimer RAF-Prozeß bisher nicht, den Prozeß still über die Bühne zu ziehen. Nicht verhindert werden konnte, daß Angeklagte und Verteidiger die vielfachen Rechtsbrüche des Gerichtes und der Bundesanwaltschaft aufdecken konnten.

Mit der Verhaftung der beiden Anwälte, der Beschlagnahme von Verteidigermaterial hat die Bundesanwaltschaft jetzt versucht, ihrem Ziel näher zu kommen, die Verteidigung der RAF-Mitglieder zu zerschlagen.

Zwar behauptete die Bundesanwaltschaft, sie habe mit diesen Maßnahmen nichts zu tun. Sie steht damit aber als Lügner da, nachdem einer der Bundesanwälte vor Gericht öffentlich erklärte, man habe den Zeitpunkt der Festnahmen und der Hausdurchsuchungen bewußt auf einen verhandlungsfreien Tag gelegt, damit der Prozeß nicht dadurch gestört würde. Weiterhin waren an der Durchsuchung der Wohnung des Rechtsanwalts Groenewold auch Beamte der Bundesanwaltschaft beteiligt.

Bezüglich der Festnahme der beiden Anwälte enthalten die Haftbefehle keine anderen Gründe als jene, mit denen die beiden Verteidiger vom RAF-Prozeß ausgeschlossen wurden, und die der Staat den RAF-Verteidigern seit gut zwei Jahren vorwirft: daß sie als Anwälte nicht gegen die RAF-Mitglieder auftreten und den Kontakt der RAF-Mitglieder untereinander gefördert hätten. Zum Vorwurf macht die Justiz dies, weil sie die RAF-Mitglieder einzeln schlagen will. Sie muß daher den Verteidigern ihr Recht absprechen, für die Mitglieder der RAF eine einheitliche Verteidigung zu führen.

Solche Vorwürfe sind auch gemessen am Recht der bürgerlichen Klasse für einen Haftbefehl wenig. Da hat man noch einiges hinzugefügt.

So heißt es in dem Haftbefehl für den Rechtsanwalt Ströbele: *"Ströbele bezeichnet sich als sozialistischer Anwalt und hat damit zu erkennen gegeben, daß er sich einer kriminellen Vereinigung angeschlossen hat."* Auf der Linie solcher Vorwürfe liegt, daß die Staatsschutzbehörde bei der Durchsuchung des Büros von Ströbele ein Schild beschlagnahmte, auf dem "Sozialistisches Anwaltskollektiv" stand.

Im Haftbefehl für den Rechtsanwalt Croissant heißt es, daß er *"ebenfalls teilweise auf Weisung der zum Kern der Bande gehörenden Mitglieder in einer Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen, Pressemitteilungen und durch ähnliche Aktionen in und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland internationales Interesse an den Mitgliedern der kriminellen Vereinigung und ihren angeblichen politischen Zielen zu wecken suchte."*

Deutlicher kann man's nimmer sagen, daß die Justiz verzweifelt versucht, jede Meinung zu unterdrücken, die die Schandtaten der bürgerlichen Justiz in diesem Prozeß öffentlich aufdeckt.

Daß solche Gründe für einen Haftbefehl selbst mit dem Recht der bürgerlichen Klasse nur noch wenig zu schaffen haben, muß wohl auch im Justizapparat zu Reibungen geführt haben.

So stammt der Antrag auf einen Haftbefehl für Ströbele aus der Zeit vor dem 20.6., wurde aber erst am 23.6. vollstreckt. Gewartet werden mußte, bis ein Richter in Urlaub gegangen war, der den Haftbefehl nicht unterschreiben wollte, da ihm die Gründe zu dünn waren.

Hat die Justiz für den Haftbefehl keine anderen Gründe anzugeben vermocht als ihren Wunsch, die beiden Verteidiger zu verhaften, so steht es mit der Begründung, warum die Untersuchungshaft notwendig sei, keinen Deut besser.

So heißt es bei Croissant in der Begründung des Haftgrundes unter anderem: *"Schließlich ist gegen den als Mittäter anzusehenden Rechtsanwalt Ströbele in Berlin bereits Haftbefehl ergangen, der noch heute vollzogen werden soll."* Mit solchen Gründen wird der Staat künftig ins Gefängnis werfen können, wer immer ihm paßt.

In beiden Fällen wurde als Grund, warum Fluchtgefahr bestehe, auch angegeben, die Rechtsanwälte erwarte ein Berufsverbot, und dem könnten sie sich durch die Flucht entziehen wollen. Abgesehen davon, daß solch hirnrissige Logik nur von einem Staatsanwalt stammen kann, ist es so, daß gegen Ströbele ein Verfahren wegen Berufsverbot gar nicht eingeleitet war: *"Letzten Mittwoch endlich, Ströbele saß bereits zwei Tage ein, beantragte die Staatsanwaltschaft dann wirklich ein vorläufiges Berufsverbot."* Man kann daran studieren, wie die bürgerliche Justiz arbeitet: Sie leitet verschiedene Maßnahmen ein, begründet den Haftbefehl mit drohendem Berufsverbot, das Berufsverbot damit, daß ja ein Haftbefehl und damit eine zu erwartende Verurteilung vorliege.

Die neuen Polizeigesetze Baden-Württembergs, die es unter anderem ermöglichen sollen, daß die Polizei die Wohnungen ganzer Stadtviertel bei Bedarf durchsuchen kann, wurden bezüglich des Rechtsanwalts Groenewold auch gleich in Hamburg praktiziert.

Man durchsuchte nicht nur die Anwaltspraxis, sondern gleich noch alle in der Nähe liegenden Wohnungen. Im Einsatz war hierbei die Abteilung T (Terror) des Bundeskriminalamtes; *"da wurde an einem Dutzend Plätze zugleich aufmarschiert und noch die Speisekammer der Groenewold Exgattin mit gezückter MP gestürmt"* (Spiegel, 30.6.75).

Eine wichtige Rolle bei den verschärften Unterdrückungsmaßnahmen des bürgerlichen Staates nimmt auch die bürgerliche Presse wahr, die die Aufgabe übernimmt, die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen der Öffentlichkeit als in deren eigenem Interesse zu verkaufen.

In Hamburg war sie, wie auch das Fernsehen, bereits Stunden vor der Polizei am Tatort, von der Polizei selbst informiert, so *"daß die Beamten sich morgens um 9 Uhr beim Betreten des Groenewold-Hauses ihren Weg 'verschämt abwinkend' durch den Journalistenpulk bahnen mußten"* (Spiegel, 30.6.75).

Lernen kann man aus all dem, daß sich die bürgerliche Klasse und ihr Staat an ihre eigenen Gesetze halten, solange diese für sie nützlich sind. Daß sie sich neue schaffen, wo dies für ihre Unterdrückungsmaßnahmen notwendig wird.

Der Rechtsstaat der bürgerlichen Klasse ist wandelbar, kein Wunder, daß diese und ihr Staat stets daher das Gesetz auf ihrer Seite haben. –e.r.–

Größter Tanker der Welt abgeliefert – sofort stillgelegt

Der bisher größte Tanker der Welt, die "Nissi Maru" mit 484 337 ts Tragfähigkeit, ist von der Werft in Kure (Japan) an die Reederei "Tokyo Tanker Co." abgeliefert worden. Das Schiff, das etwa 135 Millionen Mark gekostet hat und in dem Millionen von Arbeitsstunden stecken, mußte wegen der herrschenden kapitalistischen Krise sofort stillgelegt werden. ('Süddeutsche Zeitung', 27.6.75).

Banken übernehmen AEG

Der AEG-Konzern, eines der größten westdeutschen Unternehmen, steht praktisch vor dem Konkurs. Mit 4,1 Milliarden DM ist der Konzern verschuldet bei einem Eigenkapital von etwa 1,8 Milliarden DM. Die zu zahlenden Kreditzinsen lagen 1974 um 324 Millionen DM. Damit müßte der Konzern die Zahlungen einstellen. Stattdessen nutzt ein Konsortium von 25 Banken unter Führung der Deutschen und der Dresdner Bank die Gelegenheit, um den Konzern zu übernehmen. Für 316 Millionen DM kaufen die Banken neue AEG-Aktien auf, die an die Aktionäre ausdrücklich nicht weitergegeben werden. Mit einer Summe, die niedriger liegt als die Zinsen, die AEG im letzten Jahr an die Banken zahlen mußte, bemächtigt sich das Finanzkapital des riesigen Industriekonzerns.

Treffend gewählt

Ihre Wiener Gespräche führten die Außenminister der Sowjetunion, Gromyko, und der USA, Kissinger, in Wien in einem Hotel namens 'Imperial' durch. Das meldet die DDR-Zeitschrift 'horizont' Nr. 23.

Idi Amin begnadigt Hills

Der in Uganda verhaftete und zum Tode verurteilte britische Staatsbürger Hills soll begnadigt werden. Das bestätigte der britische Geschäftsträger in Uganda.

Portugal: Faschistische Geheimpolizei ausgebrochen

88 Mitglieder der aufgelösten faschistischen Geheimpolizei PIDE

Portugal: Faschistische Geheimpolizei ausgebrochen

88 Mitglieder der aufgelösten faschistischen Geheimpolizei PIDE
sind in Portugal aus dem Gefängnis ausgebrochen. Sie waren nach dem Sturz des Caetano-Regimes im April 1974 festgenommen worden. Der Revolutionsrat der Bewegung der Streitkräfte hat die Volksmassen aufgefordert, bei der Fandung mitzuarbeiten. Bis zum Montag sind 17 der 88 Häftlinge wieder gefaßt worden.

Streiks in Argentinien

In Buenos Aires demonstrierten am Montag Tausende von Arbeitern vor dem Hauptquartier der peronistischen Gewerkschaftsbewegung CGT und verlangten von ihren Führern, mit der Regierung zu brechen. Die von Staatspräsidentin Isabel Peron geführte Regierung hatte schon ausgehandelte Tarifverträge außer Kraft gesetzt und verordnet, die Löhne nicht mehr als 50 % zu erhöhen. Die Regierung gibt die derzeitige Inflationsrate mit 80 % an. In mehreren Provinzen traten die Arbeiter in den Streik gegen die Regierungsentscheidung.

Ärztliche Behandlung in der Haft versagt: Katharina Hammerschmidt gestorben

Am 29.6. starb in einem Westberliner Krankenhaus Katharina Hammerschmidt an einem Tumor, der bereits während ihrer Untersuchungshaft wegen Verdachts der Mitgliedschaft in der RAF aufgetreten war. Zwei Monate war sie während ihrer Haft im Jahre 1973 ohne ärztliche Behandlung gefangengehalten worden, obwohl ein Schatten auf ihrer Lunge festgestellt worden war. In der Nacht zum 29. November 1973, als sich bereits ein kopfgroßes Tochtergeschwulst gebildet hatte, erlitt sie einen Erstickungsanfall und wurde wiederum nicht ärztlich behandelt. Der Gefängnisarzt erklärte vielmehr: "Wir haben Anweisung, bei der Hammerschmidt wird nichts gemacht, da können wir nichts machen." Am 30. November wurde sie dann, bereits unheilbar krank, entlassen.

CDU-Parteitag in Mannheim entdeckt „neue soziale Frage"

Ein Schachzug zur Spaltung der Arbeiterbewegung

Die CDU will 1976 bei den Bundestagswahlen die SPD schlagen und wieder an die Regierung. In Mannheim hat sie vor einer Woche auf ihrem Bundesparteitag darüber beraten, wie das zu machen ist. Das Ergebnis: Die Partei will als Anwalt der "sozialen Gerechtigkeit" für die Schwachen, Alten und Kranken auftreten gegen die "Funktionärs- und Bürokratenwirtschaft" der SPD.

Die CSU hatte schon Anfang Juni ihre Vorschläge für das Wahlkampfprogramm vorgelegt. Angesichts des Platzens der sozialdemokratischen Reformversprechungen und der verbreiteten Enttäuschung darüber, glaubt die CSU am besten zu fahren wenn sie mit einem Programm auftritt, das Opfer von den Massen fordert mit der Begründung, nur so könne die Krise überwunden werden. Die CSU-Leitsätze bekennen sich zu *"Unantastbarkeit des Eigentums"*, fordern *"Sparsamkeit der öffentlichen Hände"*, wobei vor allem gespart werden soll, indem die Sozialversicherung *"im Rahmen des finanziell Möglichen"* gehalten wird und indem in Sachen Krankenver sicherung *"die Eigeninitiative des einzelnen"* gestärkt wird, also Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung gestrichen werden. Weiter wird gefordert eine *"wirtschaftsfreundliche Gestaltung des Steuerrechts"*, um die *"Gewinnsituation"* der Kapitalisten *"langfristig sicherzustellen"*.

Außenpolitisch nennen die CSU-Leitsätze als Ziel, *"die Weltgeltung der europäischen Völker wiederherstellen und festigen"*. Das ist in ziemlich offener Sprache lupenrein das gegenwärtige Programm der imperialistischen Monopolbourgeoisie in Westdeutschland, ein Programm, das auch im Kleinbürgertum breite Anhängerschaft hat.

Dieses Programm wird von der CDU geteilt. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Stoltenberg, erklärte: *"Die gründlichen Sachgespräche zwischen den beiden Präsidien der CDU/CSU haben in weiten Bereichen der Außen- und Innenpolitik völliges Einvernehmen ergeben."* (Mannheimer Morgen, 25.6.1975) Dennoch hat die CDU dieses Programm nicht übernommen, sondern eine von ihrem Generalsekretär Biedenkopf entworfene "Mannheimer Erklärung" beschlossen, in deren Mittelpunkt keineswegs Steuererleichterungen für die Kapitalisten stehen, sondern Hilfe für die *"Schwachen und Bedürftigen"* als *"Neue Soziale Frage"* propagiert wird.

Die Entdeckung einer "neuen sozialen Frage"

In der Erklärung heißt es: *"Die bisherige Betonung des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital hat häufig die Probleme der wirklich Schwachen und Bedürftigen in unserer Gesellschaft überdeckt. Hierzu gehören die schwierige Lage der Frau mit ihrer oft unerträglichen Mehrfachbelastung von Erwerbstätigkeit, Kindererziehung und Haushaltführung; die Wahrung der Menschenwürde im Alter; die Lage der Gastarbeiter; die soziale Sicherung älterer Selbständiger; die Probleme der Kinder in einer Welt der Erwachsenen; die Frage der Erziehungsfähigkeit unserer Familien und die Schwierigkeiten von Behinderten und Alleinstehenden."*

Der Staat soll – so die Erklärung der CDU – *"Anwalt der Schwachen"* gegenüber den Starken sein. Und die Starken, das sind Kapitalisten und Arbeiter gemeinsam. Das sind die *"organisierten Interessen, die sich zu Lasten der nichtorganisierten verbinden. Beispielhaft dafür ist die Verbindung der gemeinsamen Interessen von Anteilseignern, Gewerkschaften und Management zu Lasten der Verbraucher und der Allgemeinheit"*.

Die Klassenspaltung der Gesellschaft soll verdeckt werden

Alles das ist heller Unsinn und steht in offenem Widerspruch mit den tatsächlichen Verhältnissen. Eine schwierige Lage der Frau wegen Mehrfachbelastung gibt es in der Wirklichkeit nicht. Die Frauen der Kapitalisten und der Reichen haben als "Mehrfachbelastung" Tennisplatz, Reitstall, Shopping und Party zu ertragen. Ihnen dienen als Putzfrau, Kindermädchen, Schneiderin, Friseuse Frauen aus der arbeitenden Klasse. Sie leben in Reichtum, der aus der Arbeitskraft tausender von Männern und Frauen herausgepreßt wurde. Die Frauen der Arbeiterklasse, ob nun selbst zur Lohnarbeit in Fabrik oder Büro gezwungen oder als Hausfrau über den Mann vom Lohn abhängig, sie haben keine gemeinsamen Interessen mit den Frauen der bürgerlichen Klasse.



CDU-Ideologen Kohl und Biedenkopf: zwei aus der "wachsenden Zahl derer, die von unser aller Arbeit leben, aber keinen erkennbaren Beitrag mehr für unsere Zukunft leisten" (Biedenkopf).

die von unser aller Arbeit leben, aber keinen erkennbaren Beitrag mehr für unsere Zukunft leisten" (Biedenkopf).

Ebenso das Alter. Es sieht völlig anders aus für die Arbeiterwitwe mit einer Rente, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist oder für jemanden, der eine Fabrik zu vererben hat und der vom erbschaftsbesessenen Familienclan umschwirrt wird.

Die Gastarbeiter, sie stehen offensichtlich nicht außerhalb des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital, sondern gehören zum am schärfsten ausgebeuteten, von Hausbesitzern zusätzlich ausgeplünderten und politisch vollkommen rechtlosen Teil der Arbeiterklasse. Der Staat, der ihr "Anwalt der Schwachen" sein soll, soll sie nach dem Willen der CDU auch weiterhin als Unmündige, weil Rechtlose behandeln.

Und selbst bei den älteren Selbständigen macht es einen großen Unterschied, ob ein kleiner Bauer auf verschuldetem Hof ohne Rentenanspruch und mit verschlissener Arbeitskraft dasteht oder ob es sich um einen Bourgeois handelt, der zeitlebens von anderer Leute Arbeit gelebt hat und den das Alter keineswegs daran hindert, das auch weiter zu tun.

Propaganda zur Spaltung der Arbeiterklasse und zu ihrer Isolierung im Volk

Schließlich "die Probleme der Kinder in einer Welt der Erwachsenen". Die Kinder der Arbeiterklasse und des Volkes finden sich in einer Welt mit engen Wohnungen, müden und aufgeriebenen Eltern, knappen Kindergartenplätzen, überfüllten Schulen und in der Furcht, nach der Schule keinen Arbeitsplatz zu finden. Die Kinder der besitzenden Klassen wachsen auf in einer Welt von Villen und Parks, umsorgt von Personal, die besten Kinderärzte kümmern sich um ihre Gesundheit, ihre Schullaufbahn ist gesichert. Sie können eine Zukunft erwarten, die Hunderte und Tausende von ausgebeuteten Lohnarbeitern für sie schaffen. Wenn es weiter nach dem Willen ihrer Klasse geht, werden die gleichaltrigen Kinder der Lohnabhängigen einstmals ihre Arbeitssklaven sein.

Die *"wirklich Schwachen und Bedürftigen"*, welche die CDU-Propaganda entdeckt hat und gegen die Spaltung der Gesellschaft in Klassen auszuspielen versucht, es sind soweit sie wirklich Not leiden, Angehörige der Arbeiterklasse und Teile des Volkes, die Besserung ihrer Lage nur erwarten können vom gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse, niemals von den Almosen der kapitalistischen Ausbeuterklasse. In Wahrheit leben sie ja auch heute schon einzig und allein von der Arbeit der arbeitenden Klassen. Und es ist die Herrschaft der ausbeutenden Klasse über die arbeitenden Klassen, die in der kapitalistischen Gesellschaft den Schwachen und Bedürftigen die Mittel zum Leben bis auf ein Minimum verkürzt. Und die für die Entstehung fast allen Elends verantwortlich ist.

Die Propaganda der CDU zielt darauf, in die Arbeiterklasse Spaltungen hineinzutragen, an ihren Rändern Gruppen herauszubrechen und gegen die organisierte Arbeiterbewegung zu kehren. Und sie zielt darauf, die Arbeiterklasse im Volk zu isolieren. Den Untergang der Bauern der Arbeiterbewegung zur Last zu leben und ebenso die Vernichtung vieler kleinbürgerlicher Existenzen in der Stadt.

CDU und SPD ergänzen sich bei der Schwächung der Arbeiterbewegung

Die CDU kann diesen Angriff mit Aussicht auf Erfolg führen, solange die Arbeiterbewegung und Gewerkschaften unter der Fuchtel der Sozialdemokratie sind.

Der Professor Biedenkopf greift die SPD an: *"Die Sozialdemokraten haben den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit verraten ... Die SPD ist die Partei der neuen Privilegierten, der Funktionäre, der Bürokraten, der wachsenden Zahl derer, die von unserer aller Arbeit leben, aber keinen erkennbaren Beitrag mehr für unsere Zukunft leisten."*

Der Professor Biedenkopf, der diesen Angriff führt, ist selbst ein solcher Privilegierter und Funktionär und von seiner Arbeit kann garantiert kein einziger Mensch einen Tag lang leben. Und in der CDU, deren Generalsekretär er ist, gibt es neben vielen "neuen Privilegierten" auch die meisten der alten Privilegierten, nämlich die Kapitalisten selber. Aber trotzdem findet seine Anklage ein Echo: Was er angreift, das deckt sich mit der Erfahrung vieler Arbeiter und vieler Werktätiger. Wer kennt nicht Beispiele für die Funktionärskarrieren in Gewerkschaft und SPD, unter Ausnutzung von Neuer Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft, kommunalen Ämtern usw. Das widerwärtige, mit einem Schweif von Korruption und Bestechung auftretende Klassenversöhnlertum setzte sich sogar auf dem CDU-Parteitag selber in Szene. DGB-Chef Vetter ließ es sich nicht nehmen, den 780 Delegierten jeweils *"als Morgengabe eine schwarze Aktentasche – 'Mit den besten Wünschen überreicht vom Vorstand der Bank für Gemeinwirtschaft' – überreichen zu lassen"*. (Mannheimer Morgen, 24.6.)

Und viele der angesprochenen lohnabhängigen Frauen, der Rentner, der Gastarbeiter, Lehrlinge usw. haben schon erfahren, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre Forderungen unter den Tisch gekehrt und nicht beachtet haben, und wo sie gekämpft haben, ihnen in den Rücken gefallen sind. Sie haben erfahren, daß diese Funktionäre nicht die Einheit der Arbeiterklasse suchen im Kampf gegen die Klasse der Kapitalisten, sondern den Ausgleich mit den Kapitalisten, der ihnen und ihrem näheren Anhang Vorteile bringt und den unteren Schichten Nachteile. Und der zur Spaltung der Arbeiterklasse führt. Am Haß vieler Arbeiter und Angestellter über das Bonzentum versucht die CDU anzuknüpfen, um sie von der Arbeiterbewegung abzuspalten und als eigene Wählerbasis zu gewinnen. Dieser Haß ist in seiner politisch unaufgeklärten Form am stärksten in den untersten Schichten der Arbeiterklasse und unter den Angestellten. Auf beide zielt die CDU.

Solange die Arbeiterbewegung nicht politisch selbständig ist und für ihre eigenen revolutionären Ziele kämpft – Herrschaft der Arbeiterklasse und Sozialismus –, und solange sie nicht das Volk zusammenschließt gegen die bürgerliche Klasse und ihren Staat, solange wird die CDU mit ihrer sozialen Demagogie Erfolge haben.

Solange werden CDU und SPD darum streiten, einen möglichst großen Teil der Arbeiterklasse an sich zu binden und auf die eine oder die andere Weise der Kapitalistenklasse zu unterwerfen.

Auf ihrem Parteitag in Mannheim hat die CDU für diesen Wettstreit mit der SPD und gegen die Arbeiterbewegung einen neuen Schachzug festgelegt.

–W.M.–

„Rapskatastrophe"

Der Kapitalismus ruiniert die Landwirtschaft

In Norddeutschland mußten in diesem Jahr viele Rapsfelder umgepflügt werden und auch die restlichen Rapsbestände gedeihen schlecht. Schuld an dieser sogenannten "Rapskatastrophe" ist nicht die Witterung, sondern sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse:

Raps wird für die Ölgewinnung und Margarineherstellung angebaut. Die traditionellen Rapssorten enthielten jedoch außer Öl noch Erucasäure, die – in großen Mengen genossen – gesundheitsschädlich ist. Das kümmerte allerdings die Verarbeitungskonzerne lange Zeit nicht, vielmehr wurde die Erucasäure als Härtemittel für Stahl und als Schaumbremser für Waschpulver verwendet.

Erst als die Haupterzeugerländer Kanada, Frankreich und Schweden erucasäurearme Rapssorten anbauten und die italienischen Ölmühlen den Raps von Kanada statt aus der BRD bezogen – erst da ging man überhastet an die Züchtung neuer Rapssorten. Diese Züchtung führten profitorientierte private Zuchtfirmen gemeinsam mit den Universitätsinstituten für Pflanzenzüchtung in Berlin, Göttingen und Gießen durch – und zwar unter "Mitwirkung" der Ölindustrie nach deren Wünschen und deren Zeitmaß.

Unter dem Zeitdruck des "harten Regiments des Marktes" wurde die neue Sorte "Lesira" überhastet und unerprobt den westdeutschen Rapsanbauern aufgezwungen. Innerhalb eines Jahres mußten sämtliche Bauern die neue Sorte anbauen. Der Unilevernkonzern beherrscht nämlich 70 % der Ölmühlen und der Margarinefabriken und drohte den Bauern an, die Ölmühlen würden keine andere Sorte mehr annehmen. Auch die Genossenschaften und die staatlichen Vorratsstellen machten dabei mit. Das Landwirtschaftsministerium, die Bauernfunktionäre unterstützten die Umstellung mit allen Mitteln und machten über die CMA (eine staatlich kontrollierte Werbegesellschaft für deutsche Agrarprodukte) Reklame für die "Lesira".

Im Frühjahr schon mußten die vielen Rapsschläge unterbrochen werden, weil die neue Sorte nichts taugte. Außer dem Kornertrag liegt auch der Ölgehalt der Rapssamen wesentlich unter den Mindestanforderungen der staatlichen Vorratsstellen, die jetzt den Bauern diesen Raps nicht abkaufen wollen. Staat, Professoren und Bauernsverbandsfunktionäre schieben jetzt die Schuld von sich auf die Witterung. Dabei weiß jeder Bauer, daß 1974/75 ein normales "Rapswetter" war.

Es sind die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die daraus folgenden Zwangsgesetze der Konkurrenz, die den Fortschritt der Produktivkräfte hemmen! Sie werden erst dann gemäß den Bedürfnissen des Volkes sich entwickeln können, wenn Landwirtschaft, Handel und Industrie wie die Wissenschaft durch das Volk geplant werden.

–E.N.–

Idi Amin

Von 1894 bis 1962 hat Großbritannien als Kolonialmacht Uganda beherrscht und dessen schwarze Bevölkerung bis aufs Blut ausgebeutet. Noch heute leben in Uganda 700 Engländer, Überbleibsel der Kolonialherrschaft, durchweg große Farmer, Händler – Oberschicht im Lande. Einer von ihnen, Denis Cecil Hills, ist zum Tode verurteilt worden.

Er hatte den Präsidenten des Landes einen Dorftyrannen genannt und lächerlich zu machen versucht.

Hills war während des 2. Weltkriegs britischer Nachrichtenoffizier. Heute bezeichnen ihn die Zeitungen als *"Globetrotter mit langjährigen Erfahrungen"*. In Uganda hat er *"das Land intensiv bereist"* (Welt am Sonntag, 29.6.). Wenn er nicht offiziell noch im Auftrag des britischen Geheimdienstes arbeitete, so kann man doch mit Sicherheit davon ausgehen, daß er dorthin nach wie vor die besten Verbindungen unterhält.

Idi Amin, der heutige Staatschef von Uganda, hat früher bei den britischen Kolonialoffizieren als Küchenboy seinen Lebensunterhalt erdienen müssen. Daß ihr ehemaliger Boy heute Präsident eines souveränen Staates ist, will diesem Offiziersgesindel nicht in den Kopf. Die britische Regierung schickte zur Verhandlung den ehemaligen Kommandeur des Bataillons nach Uganda, in dem Amin dienen mußte. Dem *"platzte ... der Kragen. Er fuhr seinen früheren Gefreiten an, ob er sich darüber im klaren sei, daß er sich selber zum Narren mache"*. Amin warf den Kolonialoffizier hinaus (Spiegel, 30.6.75).

Die verschiedenen britischen und europäischen "Afrika-Spezialisten" verbreiten nun, Amin sei verrückt. Offen spekulieren sie auf ein Attentat. Alles im Dienste der 'Zivilisation' und 'Humanität', versteht sich. Man muß festhalten: Solange in Uganda europäische 'Zivilisation' und 'Humanität' herrschten, ist um das Leben eines Schwarzen keineswegs soviel Aufhebens gemacht worden, wie es heute die bürgerliche Presse tut um den britischen Staatsbürger Hills. Ein Schwarzer, der im Auftrage einer fremden Macht im Land herumspioniert und die englische Königin zum Beispiel eine dreckige alte Hure genannt hätte, wäre von den britischen Kolonialoffizieren zweifellos ohne viel Federlesens umgelegt worden.

–W.M.–

Entlassungen bei VW:

Wie die Belegschaft abgebaut wird

Abwanderungswelle aus Wolfsburg / Druck auf Kollegen

In der 'Welt der Arbeit' (DGB-Wochenzeitschrift) vom 27. Juni 1975 stand ein Artikel mit der Überschrift: "Die Angst ist raus: Keine Entlassungen bei VW".

In diesem Artikel wird die Auffassung vertreten, daß die Krise des Kapitalismus heute ihre schlimmen Auswirkungen für die Lohnabhängigen verloren hat.

"In diesem Sommer leben die Menschen auf Sparflamme. Doch das ist nur eine Vorsichtsmaßnahme. Das Stammwerk wie die Werke Hannover und Salzgitter werden bei ihrer Abmagerungskur auf Entlassungen verzichten können."

Laut "Welt der Arbeit" merkt man die Auswirkung der Krise auf die Bevölkerung im Raum Wolfsburg im wesentlichen daran, daß weniger Wolfsburger dieses Jahr zum Urlaub eine Flugreise buchen. "Auch das ist nur eine Vorsichtsmaßnahme, mehr nicht", schreibt die Welt der Arbeit.

Abwanderungswelle aus Wolfsburg

Gegen solche Verharmlosung sprechen allerdings alle Tatsachen.

Wie sich die gegenwärtige Krise auf Wolfsburg und Umgebung auswirkt, sieht man am besten daran, daß zum ersten Mal in der Geschichte Wolfsburgs die Bevölkerung nicht zunimmt, sondern Menschen, in der Hauptsache ehemalige VW-Arbeiter, die Stadt verlassen.

Allein im Monat Mai sind 565 Menschen aus Wolfsburg weggezogen, insgesamt sind es circa 4 000.

Der größte Teil davon sind ausländische Arbeiter. Als die VW-Produktion ausgedehnt wurde, wurden sie nach Wolfsburg geholt. Sie sind jetzt durch den massiven Druck der drohenden Entlassung zusammen mit ihren deutschen Kollegen aus dem Werk gepreßt worden. Inzwischen hätten, wie die Welt der Arbeit weiter schreibt, die Belegschaften allerdings *"wieder einmal gemerkt, daß nichts so heiß gegessen wird wie es gekocht wird"*.

Sozialdemokraten für "elegante" Massenentlassungen

"Mit den Maßnahmen, die wir 1974 eingeleitet haben, wäre anstelle dieser Schockwirkung (die Aufsichtsratsbeschlüsse über die Massenentlassungen sind damit gemeint) *eine reibungslosere Anpassung möglich gewesen"*, sagte der Betriebsratsvorsitzende von VW-Hannover.

Ein anderer Betriebsrat fügte hinzu: *"Hätten wir die Mitbestimmung, wäre vieles anders gelaufen."* Diese Betriebsräte sind also für die Entlassungen der VW-Arbeiter. Sie sind dafür, daß die VW-Kapitalisten die Arbeiter jahrelang für ihre Profite schuften lassen, die Produktion ausweiten, um mehr Profite zu machen und schließlich auf die Straße zu setzen, wiederum um mehr Profit zu machen.

Daß dabei Arbeiter, die arbeiten wollen und können, auf der Straße liegen oder in andere Gebiete abwandern, die Maschinen und Anlagen brachliegen, die von diesen Arbeitern in Betrieb gesetzt werden könnten, stört sie nicht. Das einzige, was sie stört ist "die Schockwirkung", mit der die Kapitalisten ihre Maßnahmen durchführen.

Um diese Schockwirkung und nicht etwa, um die Entlassungen zu verhindern, wollen die Sozialdemokraten die Mitbestimmung.

Bekanntlich unterscheidet sich der Sanierungsplan, den Loderer im Aufsichtsrat vorgeschlagen hat, von den Absichten Schmückers im wesentlichen dadurch, daß darin Anstrengungen unternommen werden, die Entlassungen ruhiger über die Bühne zu kriegen. Davon allerdings mochten Schmücker und der VW-Vorstand nichts wissen.

Natürlich ist auch er daran interessiert, die Entlassungen möglichst reibungslos durchzuziehen. Aber er weiß, ohne Drohung von Massenentlassungen hätten nicht viele Arbeiter Auflösungsverträge gemacht. Die von den Sozialdemokraten beherrschte IGM-Führung und die Sozialdemokraten im Betriebsrat wollen also die Arbeiter nicht gegen die Pläne der Kapitalisten führen, sondern sie tun alles, damit die Arbeiter ruhig bleiben.

"Sofort zu Beginn der Aktion drängte die IG Metall, wie in Salzgitter zu erfahren ist, daß die Konzernleitung die Auflösungsverträge auf Kosten der Massenentlassungen forciere. Bei Aufhebungsverträgen ist der Betriebsrat außer obligo (Verantwortung), bei Massenentlassungen muß er ja oder nein sagen."

Feige wollen sich so die Sozialdemokraten um eine Konfrontation mit den Kapitalisten herumdrücken. Denn klar ist: offen für gut heißen kann die IGM-Führung die Pläne der Kapitalisten nicht. Sonst verliert sie allen Rückhalt bei den VW-Arbeitern.

Ein Kollege aus dem Schablonenbau Wolfsburg sieht die Ergebnisse dieser Politik. Er kritisiert: **"Der Betriebsrat und die IG Metall sagen zu allen Plänen der Kapitalisten ja. Dadurch werden wir daran gehindert, gegen den Vorstand Front zu machen. Wir verlieren dabei immer mehr Rechte und, was genau so schlimm ist, wir lernen nicht, uns zu wehren."**



Salzgitter. Kollegen protestieren gegen die Entlassungen. Im VW-Werk Salzgitter wurde am Freitag, 27.6., der Fahrzeugbau stillgelegt. Das Modell "Passat" wird jetzt nur noch in Wolfsburg produziert. In der 1970 gebauten Autofabrik werden jetzt nur noch Motoren hergestellt.

Die 'Welt der Arbeit' geht noch weiter. Sie freut sich, daß die Vorschläge der Gewerkschaftsführung bei den Kapitalisten auf *"fruchtbaren Boden stießen"*, als diese merkten, daß sie besser mit den Auflösungsverträgen fahren. Denn *"bei Massenentlassungen muß ein Sozialplan ausgearbeitet werden, der zumal bei älteren Arbeitnehmern höhere Abfindungen enthält"*.

Die Personalabteilung setzt Kollegen unter Druck

Im Werk Wolfsburg sieht es so aus, daß neben den tunesischen Kollegen ältere Kollegen, die kurz vor der Rente standen, aus dem Betrieb gedrückt wurden. Alle 62-jährigen Männer und alle 59-jährigen Frauen sind von der Personalabteilung unter Druck gesetzt worden. Jeder ist persönlich angeschrieben worden, er solle auf Frührente gehen, weil man nicht garantieren könne, ob man ihn nicht entlassen müsse.

Jetzt sollen sogar die 59-jährigen Kollegen (etwa 2 000 Mann) rausgeschmissen werden. *"Freilich ist es keineswegs sicher, daß alle 2 000 zugreifen."* schreibt die 'Welt der Arbeit'.

Wie die Personalabteilung dafür Sorge trägt, daß es möglichst viele sind, die Auflösungsverträge nehmen, berichtet ein Kollege aus dem Versand des Werkes Wolfsburg. Im Versand arbeiten hauptsächlich ältere Kollegen, die Arbeit ist hier nicht so schwer. **"Wir wurden vom Abteilungsleiter zusammengerufen. Er sagte, es täte ihm leid, daß er uns abgeben muß, aber Sie wissen ja, wie schlecht die Lage ist. Dann riet er uns, einen Auflösungsvertrag zu machen, weil man nicht wüßte, wo wir hinkommen. Dahinter stand die Drohung, daß wir wieder in die Produktion kommen. Diese Arbeit können aber viele von uns nicht mehr durchhalten."**

Die 'Welt der Arbeit' brüstet sich also nicht nur damit, daß die IG Metall-Führung den Kapitalisten durch die Auflösungsverträge einen Vorschlag gemacht hat, die Massenentlassungen elegant über die Bühne zu bringen, sondern sogar damit, daß dieser Vorschlag den Kapitalisten Geld gegenüber dem Sozialplan gespart hat.

Mit den Auflösungsverträgen ist also nur nach Meinung der 'Welt der Arbeit' ein Mittel gefunden, den Kapitalismus für die Arbeiter erträglicher zu machen. Zu diesem Schluß kommt die 'Welt der Arbeit' vor allem deswegen, weil die entlassenen VW-Arbeiter *"vom Montageband zurück in die Konditorei gehen"*.

Doch dieser Weg ist wohl nur für ein oder zwei Arbeiter möglich, wie die Abwanderungswelle der Arbeiter aus Wolfsburg beweist. Ein Kollege, der mit dem VW-Fahrzeugbau von Salzgitter nach Wolfsburg verlegt werden sollte, begründet, warum er nicht nach Wolfsburg geht so: *"Erstens hätte ich jeden Tag circa 80 Kilometer von und zur Arbeit, zweitens kann ich überhaupt nur zur Arbeit kommen, wenn ich ein eigenes Auto habe. Da ich aber keines habe, muß ich also nach Wolfsburg ziehen. Da kann ich mich aber schwer hüten. Ausgerechnet nach Wolfsburg, damit ich bald wieder mit Sack und Pack weiterziehen muß."*

–H., Betriebszelle VW Wolfsburg–

Unternehmeranalyse

"Gewinnprinzip – Wunsch aller arbeitenden Menschen"

In Nürnberg hielt dieser Tage die Gesellschaft für Konsum, Markt- und Absatzforschung (GfK) ihre Jahreshauptversammlung ab. In ihr haben sich verschiedene Kapitalisten zusammengefunden, um mit Hilfe einiger angeheuerter Wissenschaftler herauszufinden, wie man mehr Waren auf dem Markt losschlagen kann.

Das ist in der Krise für die Kapitalisten eine brandaktuelle Frage und so hieß das Thema der Versammlung auch *"Neuorientierung unseres Denkens führt aus der Stagnation"*. Welche "Neuorientierung" nach Meinung der Kapitalisten not tut, legte der Herr Professor Kurt Friedrich Hagenmüller dar, Vorstandsmitglied der Dresdener Bank.

Den Hauptgrund, warum es mit der kapitalistischen Wirtschaft nicht aufwärts geht, hat er darin gefunden, daß es an der rechten Einstellung zu *"unserer Wirtschaftsordnung"* fehlt, ein Zustand, dem abgeholfen werden müsse. Daß es an der rechten Einstellung fehlt, liegt für ihn daran, daß über die Grundsätze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wenig Klarheit besteht. *"Dazu gehört vor allem der Grundgedanke, daß das Gewinnprinzip deckungsgleich mit den Wünschen aller arbeitenden Menschen ist."* Handelsblatt, 30.6.75.

Nur wenn es Gewinne gibt, so stellt der Professor fest, kann *"die Sicherung des Fortschritts wie der Beschäftigung erhalten bleiben"*. Es beschränkt sich die wissenschaftliche Propaganda dieses Herrn auf die Feststellung, daß die Arbeiter einen Arbeitsplatz nur erhalten, wenn dies dem Kapitalisten Gewinne bringt. Das ist gleichzeitig das offene Eingeständnis, daß es sichere Arbeitsplätze im Kapitalismus nicht geben kann.

Der "Fortschritt", der hier gemeint wird, besteht für die Kapitalisten darin, aus der Krise herauszukommen, ihre Gewinne zu erhöhen.

Für die Arbeiter bedeutet diese Sorte Fortschritt vermehrte Arbeitshetze und auch in den folgenden Jahren millionenfache Arbeitslosigkeit, wie auch die bürgerliche Presse inzwischen offen eingesteht.

Dieser *"Fortschritt"* ist der Wunsch aller Kapitalisten. Er steht im Gegensatz zu den Interessen und Wünschen "aller arbeitenden Menschen".

Worin die praktische Nutzanwendung dieser Theorie liegt, hat der Professor auch gleich mitformuliert: *"Die Sorge um weiter steigende Lohnstückkosten, ... muß die Investitionsentschlüsse belasten."* So liegt es denn nach Ansicht des Professors Hagenmüller im Interesse der Arbeiter, die Lohndrückerei hinzunehmen, um die Gewinne der Kapitalisten zu fördern, denn andernfalls droht er den Arbeitern mit Arbeitslosigkeit.

Auf nichts anderes stützt sich so diese Theorie, als daß die Existenzunsicherheit Normalzustand dieser Gesellschaft ist. "Nicht die Ausbeutung, sondern die Tatsache, keinen Ausbeuter zu finden, erscheint dann als das größte Unheil, das einem Arbeiter widerfahren kann." (Aus dem Programm des KBW).

Die Arbeiter werden dieser Wissenschaft, derer sich die Kapitalisten in der kommenden Tarifrunde gerne bedienen werden, aber eine andere und tatsächlich wissenschaftliche Erkenntnis entgegenstellen: Daß man mit der Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit ein Ende wird machen können, wo die Grundlage der Profitmacherei, die Lohnarbeit, aufgehoben ist. Wo mit dem Sozialismus eine Gesellschaft aufgebaut wird, in der die arbeitenden Menschen über die Produktionsmittel verfügen und in der daher das Recht auf Arbeit bestehen wird.

–e.r.–

Arbeitsniederlegung der Kranführer in der Stahlgießerei bei Klöckner Osnabrück

Osnabrück. Am Montag, den 23.6.1975, legten etwa 15 Kranführer in der Stahlgießerei für 1 Stunde die Arbeit nieder.

Nach der Frühstückspause ist keiner der Kranführer mehr auf den Kran gestiegen. Sie verlangten 50 Pfennig mehr in der Stunde. Sie bekommen einen niedrigeren Lohn als ihre Kollegen, die unter ihnen in der Halle arbeiten. Wenn die Kranführer ihre Lohntüten mit denen der Former vergleichen, dann bekommt ein Kranführer in der Stahlgießerei höchstens (je nach Kran verschieden) 9 DM in der Stunde, die Former haben einen Stundenlohn von rund 12 DM.

Die Kranführer versammelten sich in der Frühstücksbude und legten der Geschäftsleitung, die schon nach kurzer Zeit da war, ihre Forderung vor. Der Betriebsrat wurde ebenfalls aufgefordert, sich für die Forderung einzusetzen.

Nach: Metallarbeiter, Zeitung der KBW-Betriebszelle Klöckner – Osnabrück

BASF: Keine Kurzarbeit

Ludwigshafen. Am 12. Juni hatte die Geschäftsleitung der BASF Kurzarbeit für 4 300 Arbeiter und Angestellte im Bereich Kunststoffe, Kunstfasern und Farben beantragt (siehe KVZ Nr. 25). Dies hat jetzt der Betriebsrat ganz knapp (30 zu 30) abgelehnt.

Seinen Beschluß hat der Betriebsrat einen Tag später auf einer Vertrauensleutevollversammlung bekanntgegeben. Es hat sich gezeigt, daß die Vertrauensleute viel entschiedener gegen die Einführung der Kurzarbeit sind als der Betriebsrat: Von 900 anwesenden Vertrauensleuten waren nur zirka 20 für die Kurzarbeit.

Inzwischen droht die Geschäftsleitung damit, daß die Kurzarbeit, wenn sie eingeführt wird, insgesamt 10 000 Kollegen betreffen wird. Das ist ein Fünftel der Belegschaft.

Was die BASF-Kapitalisten wollen, ist klar: Sie wollen nicht hinter anderen Chemiebetrieben – wie zum Beispiel Bayer und Kalle – die schon kurzarbeiten, zurückstecken. Selbstverständlich will auch die BASF den Lohnanteil herunterdrücken, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Entschieden wird über die Kurzarbeit jetzt in einer sogenannten Einigungsstelle, die sich aus zwei Betriebsratsmitgliedern, zwei Vertretern der Geschäftsleitung und einem "neutralen Vorsitzenden" zusammensetzt.

–BZ, BASF–

Die Kali und Salz AG, Kassel legt fünf der neuen Kaliwerke für drei Wochen still, betroffen sind 5 500 Arbeiter und Angestellte.

Als Begründung wurde witterungsbedingte Absatzweichung des Düngergeschäfts in Europa und in den USA genannt. (Handelsblatt vom 30.6.1975)

Hungerstreik gegen Abschiebehaft

Nürnberg. Seit über 6 Wochen sitzen 28 türkische Arbeiterinnen und Arbeiter in Abschiebehaft. Sie hatten sich an einem Streik von ca. 50 Arbeiter bei Dynamit-Nobel in Fürth beteiligt. Der Streik richtete sich gegen die Rationalisierungsmaßnahmen, in deren Verlauf 19 Arbeiter verschiedener Nationalitäten entlassen werden sollten.

Die Nobel-Arbeiter wußten, daß diesen Entlassungen weitere folgen würden und traten deshalb für folgende Forderungen in den Streik: Keine Entlassungen! Stop der Entlassungsliste! Bezahlung der Streiktage! Entlassung der firmenfreundlichen Dolmetscherin!

Die Nobel-Kapitalisten gingen auf diese Forderungen nicht ein, sondern ließen sofort die Polizei auffahren um den Streik zu zerschlagen.

Bei einem Angriff der Polizei auf die Streikenden wurden 32 Arbeiterinnen und Arbeiter festgenommen.

Auf einer Pressekonferenz deckten einige der Anwälte der inhaftierten Streikenden die Machenschaften der Justiz auf. So wurde z. B. in den Haftbefehlen nicht auf den konkreten Einzelfall eingegangen, sondern es wurden hektographierte Blätter genommen, in die jeweils nur der Name und das Geburtsdatum des Inhaftierten eingesetzt wurden. Nach der Strafprozeßordnung muß bei einer Verhaftung eine Person des Vertrauens benachrichtigt werden.

Die Staatsanwaltschaft informierte jedoch nicht etwa die Frauen oder die Ehemänner der Inhaftierten, sondern das türkische Konsulat, womit die Garantie gegeben ist, daß die Verhafteten bei einer Abschiebung in die Türkei in den Gefängnissen des türkischen Regimes landen werden.

Die Haftbeschwerde der Anwälte wurde mit dem Satz *"bei den Angeklagten als Türken bestehe Verdunklungsgefahr"* abgewiesen.

Desweiteren wurde den Anwälten bis heute noch keine Einsicht in die Akten gewährt. Ein Inhaftierter ließ durch seinen Anwalt berichten, daß die Inhaftierten einer Sonderbehandlung ausgesetzt seien. So ist ihnen die Teilnahme am gemeinsamen Fernsehschauen verwehrt, dürfen sie im Gegensatz zu anderen Gefangenen nicht zehn Minuten warm duschen sondern nur 2 Minuten kalt und an einem gemeinsamen Gottesdienst dürfen sie ebenfalls nicht teilnehmen.

Die Inhaftierten beschlossen, ab Montag, dem 30. Juni, 8.00Uhr in den Hungerstreik zu treten. Um die Forderung nach der sofortigen Freilassung der Inhaftierten zu erreichen, werden sich die Angehörigen und Freunde der Inhaftierten an dem Hungerstreik beteiligen. Der Raum für den Hungerstreik stellte der evangelische Kirchenvorstand St.Marlus und die ESG zur Verfügung. Ein Kollege aus dem Streikkomitee sagte nach der Pressekonferenz zu einem Genossen:

"Wir werden am Montag in den Hungerstreik treten. Und sollten die Gefangenen nicht freigelassen werden, werden wir weiter kämpfen. Man will nun durch die Abschiebung von 4 Kollegen und der Behauptung, sie seien freiwillig gegangen, die restlichen Kollegen demoralisieren, will Niedergeschlagenheit und Spaltung verbreiten. Aber all dies ist umsonst. Den kämpferischen Geist und die Einheit werden sie nie besiegen."

Die Situation in den Bremer Häfen/Betriebsversammlung bei der Stauerei Heinrichs in den Bremischen Häfen

Kein Akkord, keine Doppelschicht, 7-Stundentag

Nachdem 1974 für die Bremer Häfen ein weiteres Rekordjahr im Güterumschlag war, macht sich seit einem guten halben Jahr die Krise dort bemerkbar: tausende von Stempelschichten fielen an. Schichten, die bezahlt werden müssen auf Grund eines Garantielohnvertrages, wo aber keine Arbeit da ist. Nachdem im Umschlag in den letzten Jahren Rekorde über Rekorde erzielt wurden, sprechen die Hafenkapitalisten inzwischen ganz offen davon, daß die Belegschaften zu groß seien, daß in der Zukunft mit weniger Mann gearbeitet werden müsse.

Noch 1965 betrug die Anzahl der Hafenarbeiter in den Bremischen Häfen 9 476. 1973 waren es nur noch 7 135 (Bremen: 5 415 (– 30 %); Bremerhaven: 1 720 (– 20 %)), wobei der Umschlag jedoch gleichzeitig von 17,5 Millionen Tonnen im Jahr 1965 auf über 25 Millionen Tonnen im Jahre 1974 gestiegen ist.



Im Neustädter Hafen: Beim Löschen von Baumwolle. Nicht nur, daß die vier Zentner schweren Ballen einzeln mit der Sackkarre zusammengestellt werden müssen; an Bord müssen sie meist von Hand mit dem Stauhaken zu einem "Hiev" aufgestellt werden. Eine sehr schwere und auch gefährliche Arbeit. Das "Pensum" (Akkord) liegt inzwischen bei 800 Ballen pro Schicht mit sechs Mann.

Die Arbeitsintensivierung, die darin zum Ausdruck kommt, ist zum Teil durch modernere Umschlagstechnik, wie z.B. den Containerumschlag und den Gabelstablereinsatz, auf den Schiffen hervorgerufen; andererseits jedoch ist der erhöhte Umschlag mit weniger Arbeitern Resultat der ständig gestiegenen Arbeitshetze.

Wo früher auf den Schiffen die Gänge mit immer mindestens 6 Mann besetzt waren, sind es heute nur noch 3 Mann und ein Gabelstabler. Wo früher mit 6 Mann 100 t oder 500 Ballen Baumwolle im Akkord geschafft wurden, werden die 100 t heute mit 4 Mann gemacht und mit 6 Mann schon 200 t verlangt (beim Laden), sind es heute bereits 800 Ballen Baumwolle, die wir schaffen sollen.

Die Modernisierung der technischen Geräte führte also zu einem Rückgang der Anzahl der Hafenarbeiter und zu einer Zunahme der durch weniger Arbeiter verladenen Tonnage.

Bis zum letzten Jahr hatten die Kapitalisten demnach auch gut zu lachen: funktionierte das Geschäft der Ausbeutung doch reibungslos. Uns Arbeitern wurde ja immer wieder eingetrichtert, daß es so gut wie noch nie ginge. Weil in der Realität das Geld jedoch nicht reichte, wurden oft zwei Schichten hintereinander gearbeitet.

Die Profitproduktion fesselt die Produktivkräfte. Nicht nach den Bedürfnissen der Menschen wird produziert, sondern nur danach, ob genug Profit herausspringt. Tut es das nicht, werden die Kapazitäten nicht ausgelastet, Maschinen stehen still, die produzierten Waren werden auf Lager gestapelt und Arbeiter entlassen.

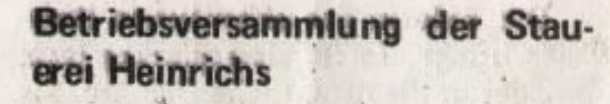
Krise im Hafen – Doppeltmachen und Stempelschichten

Bei uns in den Häfen wirkt sich diese Situation so aus, daß manchmal nur wenige Dampfer da sind und damit auch nur wenig Arbeit.

In den ersten 5 Monaten dieses Jahres fiel der Umschlag um durchschnittlich 15 %, bedingt durch den Rückgang der Exporte. Wenn nun Schiffe da sind, werden wir angehalten, so schnell wie möglich zu arbeiten; "Schiff muß fertig werden". Da hinter steckt nicht nur die Konkurenz in den einzelnen Hafenbetrieben, sondern besonders auch der Druck der Konkurrenz der anderen europäischen Nordseehäfen: Hamburg, Rotterdam, Antwerpen, wo die Kapitalisten die Arbeiter durch ebensolche Profitwirtschaft antreiben.

Wir werden aufgefordert, doppelt zu machen. An einem Tag jedoch soviel wie an zwei Tagen zu arbeiten ist eine ungeheure Zunahme der Arbeitshetze, auch wenn viele von uns sich an diese verschärfte Arbeitshetze gewöhnt haben. Kommt hernach jedoch wieder die Situation, daß nur wenige Schiffe da sind, dann wird uns gesagt: *"Du hast ja letzte Woche einmal Doppeltgemacht – wir haben heute keine Arbeit, Du mußt heute abfeiern."* Wenn wir uns darüber beschweren, kommt oftmals das Argument *"Du machst doch sonst auch doppelt, was beschwerst Du dich darüber, daß Du Dir die Gesundheit ruinierst. Zudem zwingt Dich niemand, doppelt zu machen."* Natürlich zwingt uns heute keiner mit vorgehaltener Pistole doppelt zu machen. Doch machen wir doppelt, weil wir sonst Langeweile hätten? Oder ist es nicht vielmehr so, daß die Kapitalisten uns zuwenig Lohn bezahlen und wir deshalb durch die Verhältnisse im Kapitalismus gezwungen sind, doppelt zu machen?

Daß wir so unsere Gesundheit ruinieren sollen zugunsten des Profitsystems wird zwar vielfach erkannt, aber durch die Schwäche der Kommunisten heute und die Macht der bürgerlichen Gewerkschaftsführung konnte es noch nicht gelingen, eine einheitliche Front gegen diese verschärfte Ausbeutung mit der Forderung nach Senkung des Normalarbeitstages auf 7 Stunden aufzubauen und konnte es auch noch nicht in großem Maße gelingen, die Erkenntnis zu verbreiten, daß dieses Profitsystem die Ursache der verschärften Ausbeutung ist und es deshalb beseitigt werden muß. Und zwar von uns Arbeitern.



Betriebsversammlung der Stauerei Heinrichs

Gleichwohl wächst der Unmut über die Arbeitsbedingungen und den gilt es zusammenzufassen und zu organisieren. Es ist entscheidend, nicht bei dem Unmut stehen zu bleiben, sondern die Erkenntnis zu entwickeln, daß die Arbeiterinteressen und die Ziele der Kapitalisten unvereinbar sind. Daß der Unmut vorhanden ist, zeigt z.B. die Betriebsversammlung der Stauerei Heinrichs (250 Beschäftigte) am 22.6.75.

Der Betriebsratsvorsitzende, verlängerter Arm der Geschäftsleitung, schilderte die allgemeine Lage in der BRD als Naturereignis: Arbeitslose seien da, das sei nicht gut, aber so sei es eben mal. Daß oft keine Schiffe da seien, darauf hätten wir keinen Einfluß, aber wir müßten damit leben.

Er meinte, daß die Bremer Lagerhausgesellschaft in dieser Situation von personellen Konsequenzen absehen würde – das hätte ja jeder letzte Woche in der Zeitung lesen können – aber die Tendenz ginge nach unten. Vielleicht müßten im Laufe der Jahre dann einige entlassen werden, auf alle Fälle müßte man sich jetzt schon verkleinern. Sie wollen dann die älteren Kollegen mit 63 in Frührente schicken ohne Ausgleichszahlung; die Frührentner würden dem ja freiwillig zustimmen.

Zum anderen haben viele portugiesische Kollegen die Schnauze voll von den herrschenden Arbeitsbedingungen und wollen zurück nach Portugal.



Den 8-Stunden-Tag durchsetzen – für den 7-Stunden-Tag

Ein Kollege dagegen zeigte auf, daß wir im Kapitalismus mit der ständigen Unsicherheit unserer Arbeitsplätze rechnen müssen. Und er fügte hinzu, daß es für die Kapitalisten in diesem Moment gar keine andere Möglichkeit gibt, als die Arbeitshetze zu steigern, wenn sie in diesen schlechten Zeiten überleben wollen. Dies würde jedoch zur Ruinierung unserer Gesundheit und zu weiteren Unfällen führen. Und das alles für den Profit von Heinrichs. Er forderte uns auf, die Geschichte der Arbeiter nicht zu vergessen, wie sie sich den 8-Stunden-Tag erkämpft hätten. Gerade heute ginge es wieder darum, diesen mörderischen Arbeitsbedingungen Einhalt zu gebieten, indem wir nicht

zahlung; die Frührentner würden dem ja freiwillig zustimmen.
Zum anderen haben viele portugiesische Kollegen die Schnauze voll von den herrschenden Arbeitsbedingungen und wollen zurück nach Portugal.
Den 8-Stunden-Tag durchsetzen – für den 7-Stunden-Tag
Ein Kollege dagegen zeigte auf, daß wir im Kapitalismus mit der ständigen Unsicherheit unserer Arbeitsplätze rechnen müssen. Und er fügte hinzu, daß es für die Kapitalisten in diesem Moment gar keine andere Möglichkeit gibt, als die Arbeitshetze zu steigern, wenn sie in diesen schlechten Zeiten überleben wollen. Dies würde jedoch zur Ruinierung unserer Gesundheit und zu weiteren Unfällen führen. Und das alles für den Profit von Heinrichs. Er forderte uns auf, die Geschichte der Arbeiter nicht zu vergessen, wie sie sich den 8-Stunden-Tag erkämpft hätten. Gerade heute ginge es wieder darum, diesen mörderischen Arbeitsbedingungen Einhalt zu gebieten, indem wir nicht
mehr als 8 Stunden arbeiten sollten und über das Einhalten des 8-Stunden-Tages hinaus den 7-Stunden-Tag erkämpfen müssen.

Das wäre notwendig nicht nur, um mehr Erholungszeit zu bekommen, sondern weil es auf der einen Seite die Kapitalisten gäbe als Besitzer der Produktionsmittel und auf der anderen Seite uns Arbeiter, die wir nichts hätten als unsere Arbeitskraft und eben mit den Produktionsmitteln der Kapitalisten produzieren müßten, und wir keine andere Möglichkeit als den Kampf gegen diese Verhältnisse hätten, um die Macht der Kapitalisten zu brechen, wobei wir uns nicht hinsetzen und abwarten sollten, sondern heute müßten wir uns zusammenschließen gegen die Kapitalisten. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei nicht nur notwendig, um unsere Gesundheit zu erhalten, sondern auch, um mehr Zeit zu haben, sich mit den herrschenden Verhältnissen zu beschäftigen, um zu lernen und zu erkennen, daß diese Verhältnisse beseitigt werden müssen.

Der Kollege sagte auch, wie wir heute zu der Einheit kommen: er entwickelte die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit, da diese es ermögliche, sich abzusprechen, zu erfahren, an welchen Fronten die Geschäftsleitung uns angreift. Niemand wird etwas für uns tun, wenn wir es nicht selbst täten. Er rief dazu auf, in die Gewerkschaft einzutreten.

Dem ersten Betriebsratsvorsitzenden warf der Kollege vor, daß er immer betone, als Betriebsrat 'in der Mitte' zwischen 'Arbeitgeber' und 'Arbeitnehmer' stehen zu müssen, in Wirklichkeit jedoch nur die Argumente der Geschäftsleitung hervorbrächte. Deshalb sei es notwendig, hier aufzustehen und die Situation von der richtigen Seite zu beleuchten.

Der Kollege erhielt viel Beifall, worauf der erste Betriebsratsvorsitzende sich genötigt sah, in die Debatte einzugreifen und zu sagen, der Kollege sei einfach ein Traumtänzer. Dafür erntete er erstmals ein sicherlich nicht eingeplantes Buhkonzert der Anwesenden. Zu mehr als nur zu Beschimpfungen war er anschließend nicht in der Lage.

Ein anderer Kollege stand auf und betonte nochmals die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung in Anbetracht der zugenommenen Arbeitshetze und forderte den 6-Stunden-Tag.

Heinrichs selbst ergriff das Wort

Sicherlich um der Debatte und der Versammlung ein Ende zu bereiten, stand schließlich Heinrichs selbst auf und ergriff das Wort.

Hier stünde nun der eben erwähnte Ausbeuter und Kapitalist – damit wollte er der Sache die Spitze brechen, was ihm aber nicht so recht gelang, der Beifall war nur spärlich. Dann redete er geschlagene 40 Minuten, bestätigte die Einschätzung der Lage durch den ersten Betriebsratsvorsitzenden und ging sonst im wesentlichen auf die geforderte Arbeitszeitverkürzung ein. *"Lassen Sie sich Ihre Köpfe nicht verwirren, meine Herren"*, und schließlich sagte er das, was sowieso jeder von ihm erwartete: eine Arbeitszeitverkürzung sei ja gleichzeitig eine Lohnaufbesserung, weil weniger gearbeitet würde. Zudem müßten mehr Arbeiter das schaffen, was heute von wenigen geschaffen würde. Man würde in einem solchen Fall kaum darum herumkommen, die Belegschaft zu verkleinern. Und dann ging der Gesang weiter: alle zusammenhalten, den Gürtel enger schnallen, die nächsten zwei Jahre durchhalten, uns ginge es heute immer noch verdammt gut im Vergleich zu anderen Ländern usw.

Am Beispiel der Arbeitszeitverkürzung wurde klar, daß er genauso redet, wie ein Kapitalist vor hundert Jahren. Aber die Ideologie des Zusammenhalts verfängt schon noch.

Man kommt nicht umhin zu bemerken, daß die Parolen der SPD – gemeinsam für das Gesamtwohl arbeiten – für die Kapitalisten heute ein sehr geeignetes Mittel sind, um die Arbeiter zu verwirren. Jedoch wird die Entwicklung der Verhältnisse beweisen, daß der Kapitalismus für uns Arbeiter nichts bringt als Ausbeutung und Unsicherheit der Existenz.

Auch Heinrichs erhielt noch Beifall, was zeigt, daß die Illusionen über dieses kapitalistische Ausbeutungssystem noch groß sind. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, die Unversöhnlichkeit der Interessen der Arbeiterklasse und des Kapitals aufzudecken und die Einheit der Arbeiter im Kampf gegen die Maßnahmen der Kapitalisten herzustellen.

–R., Bremen–

Springer-Darmstadt:

Demonstration gegen Entlassung



Einen Tag nach der Demonstration führten Kollegen von Springer am Freitag, dem 27.6.1975, einen Informationsstand in der Darmstädter Innenstadt durch.

Etwa 150 Kollegen sollen bei Sprin-
bringe. Obwohl der Betriebsrat mehr-
Springer-Darmstadt:
Demonstration gegen Entlassung



Einen Tag nach der Demonstration führten Kollegen von Springer am Freitag, dem 27.6.1975, einen Informationsstand in der Darmstädter Innenstadt durch.

Etwa 150 Kollegen sollen bei Springer in Darmstadt entlassen werden.

Als Grund für die Entlassungen gibt die Axel Springer-Verlags AG rückgängige Anzeigengeschäfte und die damit verbundene Verlegung des Drucks des Springer-Blattes "Funkuhr" nach Ahrensburg.

Seit Mai wird von der Geschäftsleitung gezielt Angst und Unruhe unter den Kollegen verbreitet. So hat man die "Funkuhr" für zwei Nummern probeweise in Ahrensburg gedruckt. Dabei hat man den größten Teil der 120 Teilzeitbeschäftigten, die ohne jeglichen Vertrag bei Springer nur bei Bedarf arbeiten – die man also von heute auf morgen auf die Straße setzen kann – gesagt, sie bräuchten nicht mehr kommen. Einige Tage später wurde wieder auf sie zurückgegriffen und ihnen mitgeteilt, daß sie bis zum Herbst weiter beschäftigt würden. Damit war aber klar, daß im Herbst der Druck der "Funkuhr" nach Ahrensburg verlegt werden wird.

Am Donnerstag, den 26.6.1975, fand eine außerordentliche Betriebsversammlung statt, bei der die Kollegen genaueres erfahren wollten.

Die Geschäftsleitung hatte sich zu den geplanten Entlassungen bisher noch nicht geäußert, nur im "Darmstädter Echo" hatte sie gemeint, die Zahl von 150 Entlassungen sei zu hoch.

Auch auf der Betriebsversammlung, zu der extra Springer-Chef Marx herbeigeflogen war, versuchte die Geschäftsleitung wieder die Kollegen mit allgemeinem und juristischem Gerede zu verunsichern. Genaus Angaben zu den Entlassungen weigerte sie sich zu geben.

Ab 1976 soll das Format der "Hör Zu", von der eine Teilauflage in Darmstadt gedruckt wird, auf das Format des "Spiegels" verkleinert werden. Der Betriebsrat fragte das Mitglied der Geschäftsleitung, Marx, ob diese Umstellung auf kleineres Format neue Entlassungen mit sich bringe. Obwohl der Betriebsrat mehrmals fragte und ein klares "Ja" oder "Nein" als Antwort verlangte, wich Marx aus und gab keine konkrete Antwort. Die Geschäftsleitung wurde auf der Betriebsversammlung ausgepfiffen.

Die geplanten Entlassungen einigten die Kollegen.

Nach der überdurchschnittlich gut besuchten Betriebsversammlung formierte sich ein Demonstrationszug von etwa 400–500 Kollegen, der von Kollegen aus anderen Druckereien (Burda, Hapra) unterstützt wurde.

Hatte die Axel Springer AG bereits 1974 mehr als 10 Mio. Reingewinn – den die Kollegen erarbeitet haben – sich in die Tasche gesteckt (nach Angaben der Springereigenen "Welt" vom 27.6.1975), so soll dieser Profit 1975 auf Kosten der Arbeiter noch erhöht werden.

Betroffen sind die entlassenen Kollegen, die im Raum Darmstadt kaum eine Chance haben, in ihrem Beruf eine neue Anstellung zu finden – sowie die Kollegen im Betrieb, die unter der gesteigerten Arbeitshetze leiden müssen.

Bei Springer waren 1969 noch etwa 800 Kollegen beschäftigt. Durch "natürliches Gesundschrumpfen" wurde die Belegschaft auf 569 verringert.

Die Kollegen sagen, daß die Maschinen wesentlich schneller laufen!

Heute wird mit 569 Mann in 3 Tagen das gedruckt, was früher mit 800 Kollegen in 5 Tagen gedruckt wurde.

Durch die geplanten Entlassungen sollen auch *"freiwerdende Kapazitäten stillgelegt werden"* (Darmstädter Echo vom 24.6.1975). Das zeigt wieder einmal, daß durch die Produktion nach dem Profitgesetz wertvolle Produktionsmittel – die, die die Arbeiter geschaffen haben – vernichtet werden.

Das Ziel des Kampfes der Belegschaft ist richtig:

Erhaltung der Arbeitsplätze und keine Hinnahme der Entlassungen!

–d.–

Uniklinik Frankfurt

Den Protest gegen die Einsparungen organisieren

***"Pflegepersonal ist jetzt ausreichend in den Krankenhäusern vorhanden"* konnte man wiederholt vor kurzem in den bürgerlichen Zeitungen lesen. Wenn man diesen Vorhang von veröffentlichen Meldungen zurückschiebt, sieht man, wie geschäftig der Staat darangeht, Einsparungsmaßnahmen auf Kosten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu treffen. Die Genossen der KBW-Betriebszelle Universitätsklinik Frankfurt schreiben:**

Frankfurt. Was der Magistrat bereits für die städtischen Verwaltungen und Betriebe verfügt hatte, hat jetzt Finanzminister Reitz auch für die Uniklinik zwecks Kosteneinsparung verfügt:

Jede schon freie und jede freiwerdende Stelle an der Uniklinik bleibt 3 Monate zur Überprüfung ihrer Rentabilität unbesetzt. Und: 25 % dieser Stellen werden von vornherein gar nicht mehr besetzt.

Laut Oberin Gassenmaier entspricht der 25 %-Anteil der freien Stellen, die nicht mehr besetzt werden, momentan an der Klinik einer Anzahl von 19 Stellen. Davon betroffen seien gegenwärtig die Verwaltungsangestellten und die medizinisch-technischen Assistentinnen. Während Frau Gassenmaier noch im Februar dieses Jahres von 200 offenen Planstellen an der Uniklinik gesprochen hat, will sie jetzt im Zeitraum vom 1.10.74 bis zum 1.5.75 ein "effektives Plus" von 147 zusätzlichen Kräften verzeichnet haben. Allein 42 Stellen seien im Zentrum Chirurgie neu besetzt worden. Nun weiß man aber aus der Chirurgie, daß z.B. 3 Schwestern auf der A 6 neu eingestellt wurden, gleichzeitig aber 4 bisher geschlossene Zimmer mit insgesamt 12 Betten wiedereröffnet wurden. Außerdem muß das Personal jetzt auch die Nachtwache stellen. Dazu wurde eine ganz neue Station, die A 0, eingerichtet.

Sicher hat Frau Gassenmaier der allgemeinen Praxis entsprechend die etwa 20 seit 1. Oktober in der Ausbildung stehenden OP- und Anästhesieschülerinnen und -schüler (die im Operationssaal und der Narkoseabteilung arbeiten), voll auf die für Ausgebildete OP- und Anästhesiepflegekräfte vorgesehenen Planstellen angerechnet.

Für das Pflegepersonal ist aber ohnehin nicht ausschlaggebend, was Oberin Gassenmaier berechnet, sondern was es auf der Station tatsächlich vorfindet: So sind im Zentrum der Chirurgie die Sitz- und Zweitwachen gestrichen worden. Eine Nachtwache ist z.B. gezwungen, 34 Patienten zu überwachen, einschließlich 3 bis 4 Frischoperierte, die versorgt werden müssen. Im Haus 11 versorgt eine einzige Nachtwache alle 3 dort befindlichen medizinischen Stationen, insgesamt über 50 Patienten. Und das, nachdem im letzten Jahr nicht einmal 2 Nachtwachen die Versorgung der Patienten auf diesen 3 Stationen gewährleisten konnten, was durch den Tod einer Patientin an die Öffentlichkeit gedrungen war.

Die Versorgung und Aufnahme der meist schwerkranken Notfallpatienten durch die medizinische Liegendaufnahme wäre z.B. nicht mehr aufrechtzuerhalten gewesen, als von den nur 5 Vollschwestern eine in Urlaub gegangen war und eine Zweite wegen Krankheit ausfiel – hätte sich nicht eine Schwester geopfert und am Wochenende Spät-, Nacht- und wieder Frühschicht, also zusammenhängend 24 Stunden durchgearbeitet.

Was man am Beispiel der Liegendaufnahme sieht, verdeutlicht die allgemeine Situation: geregelter Schichtdienst ist nicht mehr durchführbar. Die Schwestern werden als Springer zum Dienst auf anderen Stationen eingesetzt, damit wenigstens das Allernötigste noch getan werden kann. Diese Form der verschärften Arbeitshetze weiß Oberpfleger Lachnit besonders geschickt schmackhaft zu machen: *"Das Personal muß flexibel sein."*

Auf der A 7 können bei üblicher Wochenendbesetzung nur noch die Schwerkranken gebettet werden. Fällt eine Schwester durch Krankheit aus, bleibt eine Krankenpflegehilfskraft und eine Schülerin zur Versorgung von 28 Patienten. Das kennzeichnet nur zu deutlich, unter welchen strapaziösen Arbeitsbedingungen die Versorgung der Patienten aufrechterhalten werden soll. Es ist daher nicht verwunderlich, daß das Personal akute gesundheitliche Krisenzustände einzelner Patienten nicht entsprechend behandeln kann.

Station A 1: Intensivüberwachung nicht möglich – Patient springt aus dem Fenster!

Die Folgen einer solchen Personalkrise für die Uniklinik fanden am vergangenen Sonntag ihre Zuspitzung, als ein frischoperierter Herzpatient auf der Wachstation A 1 unbehindert aus dem Fenster springen konnte. Dies konnte geschehen, weil das Personal der A 1 zu einer ständigen Überwachung der Patienten bei weitem nicht ausreicht.

Angesichts solcher Zustände machen sich, wie Frau Gassenmaier berichtete, einige von der Landesregierung beauftragte Ministerialbürokraten, Professoren sowie eine Oberin weiterhin Gedanken über noch drastischere Planstellenverkürzungen, wobei sie sich mittlerweile schon an den Bettenschlüsseln aus dem Jahre 1969 orientieren, wo die Lage noch schlechter war.

Ein entsprechender Erlaß der Landesregierung zur Erstellung von Stellenplänen sei Frau Gassenmaier bereits zugegangen. Durch die darin enthaltenen Richtlinien sollen noch mehr Stellen wegrationalisiert werden als durch den vor wenigen Wochen bekannt gewordenen Bettenschlüsselvorschlag der Deutschen Krankenhausgesellschaft von 1 : 10 in der Spät-, 1 : 8 in der Früh- und 1 : 30 in der Nachtschicht.

Die Politik der Regierung ist ausgerichtet auf Verschärfung der Arbeitshetze für die Beschäftigten und auf Verschlechterung der Krankenversorgung. Diese Politik dient nicht dem Bedürfnis der Menschen, wirklich gesund gepflegt zu werden, sondern einzig und allein den Interessen der Kapitalisten, die durch Krankheit ausgefallenen Arbeitskräfte möglichst schnell und nur soweit wieder zurecht geflickt zu bekommen, wie es zur Erhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit gerade nötig ist.

Angesichts der katastrophalen Personallage ist es vollkommen klar:

Alle Pläne der Landesregierung zur Rationalisierung auf Kosten der kranken Menschen und Beschäftigten müssen vom Tisch!

Alle freien und freiwerdenden Planstellen müssen sofort neu besetzt werden!

Entsprechend der 40-Stunden-Woche müssen zusätzlich Planstellen eingerichtet werden!

Mit diesen Forderungen treten wir als Beschäftigte der Uniklinik der Landesregierung entgegen. Dabei müssen wir es als die wichtigste Kampfmaßnahme ansehen, mit der Enthüllung über die Verhältnisse und unseren Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten, denn schließlich ist es die gesamte Bevölkerung, gegen die sich die Maßnahmen der Landesregierung richten.

Für die Beschäftigten der Klinik wird es angezeigt sein, daß sie selbständig Kampfmittel ergreifen. Wenn den Stationen, wie es auf der Station 105 in der Kinderklinik geschehen ist, die nötigen Sitzwachen für die Nacht gestrichen werden, ist es eine richtige Maßnahme, wenn das Personal über seine Einstellung des Nachtdienstes beschließt.

Den Vertrauensleutekörper und den Personalrat fordern wir auf, den Kampf der Belegschaft zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu unterstützen.

(aus: Der Schrittmacher Nr. 6, Betriebszeitung der Zelle Universitätsklinik des KBW)

Brief an die Presse

Frankfurt. Auf einer Mieterversammlung der Wohnheime der Krankenpflegeschulen an den Universitätskliniken Frankfurt wurde eine Erklärung an den Kultusminister beschlossen.

182 Mieter unterschrieben. Der Brief richtet sich gegen die Mieterhöhung ab 1.1.75 um 50 bis 200 Prozent; gegen die Essenspreiserhöhung um 66 bis 100 Prozent und gegen den Stellenstopp. Sie fordern, daß **"jede freiwerdende Stelle sofort neu besetzt wird, keine Planstellen gekürzt werden und die gemäß der Durchführung der 40-Stunden-Woche erforderlichen zusätzlichen Planstellen eingerichtet und besetzt werden."**

Der Brief wurde zur Veröffentlichung an die Presse gegeben.

Kein besonderes Dienstrecht im öffentlichen Dienst!

Die Reform des öffentlichen Dienstes bringt die Bundesregierung jetzt wieder in die öffentliche Debatte. Sie ließ ihr Sinnieren, wie schwer diese Reform durchzuführen sei, im Spiegel vom 23. Juni veröffentlichen.

Seit einiger Zeit hatte die Regierung über dieses Reformwerk nichts verlauten lassen. Jetzt soll es unter der Hand wieder ins Spiel gebracht werden. Vor zwei Jahren wurden vom damaligen Innenminister Genscher die sogenannten Genscher-Thesen veröffentlicht. Diese Genscher-Thesen laufen auf eine umfassende Entrechtung aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten hinaus.

Sie besagen im einzelnen:

"Für alle öffentlichen Bediensteten gelten die bisherigen Beamtenpflichten."

Wie die Beamten sollen auch die Arbeiter und Angestellten der Staatstreue unterworfen werden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und der freien politischen Betätigung soll an die Kette der Staatstreue gelegt werden.

Die Tarifautonomie und das Streikrecht sollen für alle Beschäftigten abgeschafft werden. Stattdessen sollen die Einkommen im öffentlichen Dienst "jährlich" auf der Grundlage der Durchschnittseinkommen aller unselbständig Beschäftigten "nachträglich auf der Grundlage des Vorjahres ... vom Parlament festgelegt werden", wobei das Parlament "aus haushalt- und konjunkturpolitischen Gründen nach oben oder unten abweichen kann".

Verbot des Streiks und Lohnabbau im öffentlichen Dienst. Das sind die Ziele der Bundesregierung.

Durch einen organisatorischen Umbau des öffentlichen Dienstes sollen die Kollegen umverteilt werden. Der Personalrat ist von vornherein dabei ausgeschlossen und soll gegen die Umsetzungen nicht vorgehen können.

Der Lohn soll nach der analytischen Arbeitsplatzbewertung berechnet werden. Der Leistungsdruck soll gesteigert werden. Damit das auch klappt, bekommen 15 % der Beschäftigten besondere Leistungszulagen. Sie sollen als gekaufte Büttel die anderen überwachen und bei der Arbeit antreiben helfen.

Durch verschärfte Arbeitshetze und umfassende Entrechtung will also der Staat seine Reihen schließen und den Staat, die Unterdrückungsmaschine gegen das Volk, festigen.

Diese Absichten der Regierung wurden vorerst durch die breite Streikbewegung Anfang 1974 durchkreuzt. Die Pläne wurden zurückgestellt.

Nachdem die Regierung der ÖTV in der letzten Tarifrunde eine Niederlage beibrachte, will sie jetzt ihr Vorhaben wieder ins Gespräch bringen.

Dabei wird sie nicht stehenbleiben. Sie wird vielmehr zielstrebig auf ein Gesetz hinarbeiten, mit dem sie die Entrechtung im öffentlichen Dienst zementieren und die Löhne ohne gewerkschaftlichen Widerstand herunterdrücken kann. Diesen Plänen müssen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst entgegentreten. Der staatliche Dienstherr will mit seinem lauten Nachdenken über die Reform im öffentlichen Dienst eine Debatte erneut anfachen in der Absicht, die Tarifautonomie und das Streikrecht im öffentlichen Dienst zu unterhöhlen.

Für die Lohnrunde, die Anfang 1976 ansteht, muß die gewerkschaftliche Einheit gegen diese Angriffe gesichert werden.

Die Interessen des staatlichen Dienstherrn und der Beschäftigten im öffentlichen Dienst stehen gegeneinander. Mit der politischen Treuepflicht und dem Beamtenrecht für alle soll die politische Zwangsjacke auch über die Arbeiter und Angestellten gestülpt werden. Aber die Beschäftigten im öffentlichen Dienst brauchen genauso wie die Arbeiter und Angestellten in der Industrie die uneingeschränkte Freiheit, für ihre Interessen eintreten zu können.

Durch die geplante Reform soll dagegen die Trennung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von den anderen Teilen des Volkes verstärkt werden, damit die Unterdrückungsmaschine Staat weiter wirksam funktioniert.

Wenn die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihre Entrechtung nicht hinnehmen wollen, müssen sie eine politische Front im öffentlichen Dienst aufbauen. Es trifft sich gut, daß im nächsten Jahr der Gewerkschaftstag der ÖTV stattfindet. Er muß als eine Station auf dem Weg genutzt werden, die Front gegen die Regierung aufzubauen.

Die Gewerkschaft ÖTV darf kein besonderes Dienstrecht für den öffentlichen Dienst hinnehmen, sondern muß im Kampf gegen jede Absonderung der Kollegen im öffentlichen Dienst die Solidarität aller DGB-Gewerkschaften suchen. g.b.

Hessen:

Besetzungssperre für 6000 Planstellen

Drastische Sparmaßnahmen plant die hessische Landesregierung in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes außer dem Verfassungsschutz, Polizei, Justiz und Strafvollzug und im Schulbereich und anderen verschiedenen Landesämtern.

Im 'Darmstädter Echo' vom 26.6. heißt es: *"Die Landesregierung beschloß, daß freie und freiwerdende Planstellen in der Landesverwaltung sofort bis auf weiteres nicht besetzt werden dürfen.*

Außerdem soll nur jede vierte freie oder freiwerdende Stelle den einzelnen Ressorts der Regierung zur Verfügung bleiben, um unabweisbaren Personalbedarf abzudecken."

Dies bedeutet, daß von 130 000 Planstellen des Landes Hessen etwa 40 000 der Besetzungssperre unterliegen. Darunter z. B. die Hochschule und auch der Gesundheitsbereich.

Zusätzlich zu diesen Stellenkürzungen gibt es seit dem 20.5. einen Erlaß des hessischen Kultusministers, in dem es heißt: *"Nach Paragraph 5 Absatz 1 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1975 dürfen freie und freiwerdende Stellen für planmäßige Beamte und Angestellte erst nach Ablauf von drei Monaten vom Zeitpunkt des Freiwerdens wieder besetzt werden."*

Weiter heißt es in dem Erlaß des Kultusministers vom 20. Mai, daß von den Planstellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte die ab 1. April frei waren, 20 % zu sperren waren, um damit *"künftig in Bedarfsfällen Umschichtungen innerhalb der Ressorts und zwischen den Ressorts zu ermöglichen"*. Dazu kommt, daß es in Hessen ein Stop für Höhergruppierungen in eine andere Lohngruppe gibt. So wurden an der Technischen Hochschule Darmstadt 400 Anträge auf eine höhere Lohngruppe abgelehnt.

Die Begründung des Kultusministers, die er in einem Erlaß festhielt, daß alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst richtig eingruppiert seien.

Betriebszelle TH Darmstadt

GEW

GEW-Bayern übernimmt Bundessatzung

München. Mit 122 gegen 16 Stimmen und vier Enthaltungen hat die Vertreterversammlung der GEW-Bayern die Bundessatzung übernommen. Die bayrische GEW hatte die Ausschlußvollmachten des Bundesvorstandes, die in der Satzung verankert sind, bisher heftig bekämpft. Der Landesverband und der Landesausschuß hatten sich gegen diese Bestimmungen ausgesprochen und auf den GEW-Kongressen in Mainz und Köln geschlossen dagegen gestimmt. Jetzt drohte der wiedergewählte Vorsitzende Eckert, daß, wenn die Satzung abgelehnt würde, der Verband sich auflösen müsse.

Gewerkschaftliche Mitgliedschaft arbeitsloser Kollegen

Herne. Die Mitgliederversammlung der GEW Herne vom 19.6. fordert die Landesvertreterversammlung auf, sich dafür einzusetzen, daß jeder, der in den Organisationsbereich der GEW fällt und von Arbeitsloigkeit betroffen wird, als ordentliches Mitglied in die GEW aufgenommen werden bzw. in ihr verbleiben kann.

Begründung:

Damit die arbeitslosen Kollegen mit den gewerkschaftlich Organisierten gemeinsam den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit führen können, müssen sie Gewerkschaftsmitglieder werden können. Dies sieht die Satzung der GEW bisher nicht vor.

Westberlin

Gegen die Entrechtung im öffent. Dienst

10000 demonstrierten

Westberlin. Am 25.6. demonstrierten 10 000 gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst.

Unter anderem laufen gegen die Wahlkandidaten zum Westberliner Senat von der Gruppe Rote Fahne (KPD), SEW und KBW Verfahren. Lehrer werden aus dem gleichen Grund schon aus dem Schuldienst entfernt.

An der Spitze des Demonstrationszuges ging die SEW (zwischen 500 und 1 000 organisiert) unter Parolen, die dem Zusammenschluß der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen die Angriffe des staatlichen Dienstherren nicht dienen, so z.B.: "Für das Recht des Marxismus auf Selbstdarstellung." In einem Teil des Zuges von ca. 5 000 wurden im wesentlichen die Parolen der Ortsgruppe des KBW getragen: "Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im öffentlichen Dienst. Weg mit allen Disziplinierungen. Für uneingeschränkte Organisationsfreiheit. Weg mit dem KPD-Verbot."

Auf der Kundgebung sprachen der IG-Metall-Funktionär H.Brandt und Professor Gollwitzer.

Streik bei „Westdruck"

"Westdeutsche Allgemeine Zeitung" rationalisiert

Hagen. Freitagnachmittag wurde bei der Firma "Westdruck" (350 Beschäftigte) wegen der geplanten fristlosen Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden gestreikt.

"Westfalenpost" und Ausgaben der "Westfälischen Rundschau", die dort gedruckt werden, konnten nur stark gekürzt erscheinen.

Für die Montagsausgabe vergaben die Verlagsleitung beider Zeitungen den Druckauftrag an andere Druckereien. Schon im April und im Mai hatte die IG Druck und Betriebsräte sich gegen Rationalisierungspläne der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" gewandt. Alte Betriebsvereinbarungen über Sozialleistungen wurden aufgehoben, besonders betroffen war die "Weltdruck". Die Geschäftsleitung der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" hatte von dem Betriebsrat verlangt, Lohnabbau und den Abbau von Sozialleistungen zuzustimmen. Wenn nicht, würde das neue Druckzentrum nicht in Hagen, sondern in Dortmund gebaut.

Am Montag, dem 30. Juni, wurden neue Druckverträge zwischen "Westdruck" und dem Zeitungsverlag Westfalen, der "Westfalenpost" und der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" abgeschlossen. In den technischen Betrieben sollen Arbeitsplätze abgebaut werden, weil die Anzeigenteile dieser Zeitungen zusammengelegt werden.

Von einer solchen Ausbildung haben wir genug

Teilnehmer eines KVZ - Leserkreises über ihre Erfahrungen während der Lehrlingsausbildung

Besonders scharf trifft die gegenwärtige Wirtschaftskrise die Arbeiterjugend. Wie die ganze Arbeiterklasse ist auch sie gespalten in die, welche keine Lehrstelle finden und arbeitslos sind, und in jene, die eine Lehrstelle haben. Daß sie eine Lehrstelle haben, bedeutet aber noch nicht, daß sie damit auch nur halbwegs eine Ausbildung erhalten, die sie in die Lage versetzt, sich in der Produktion auszukennen und zu bewegen. Die folgenden Beispiele aus einem KVZ-Leserkreis belegen anschaulich, daß die Berufsausbildung in den Händen der Kapitalisten dazu führt, daß die Fähigkeiten der Jugend nur soweit entwickelt werden, wie dies für die Profitmacherei der Kapitalisten nützlich ist. Man kann daran auch lernen, wie die Spaltung der Jugend durch das bestehende Schulwesen dazu führt, daß die Masse der Jugendlichen von jeder Ausbildung ferngehalten wird, die sie befähigen würde, die Produktion zu beherrschen. Sie, die eines Tages alles produzieren werden, erhalten nur so viel Kenntnisse, daß sie als Anhängsel an die kapitalistische Maschinerie für die Profite der Kapitalisten arbeiten können.

Um dies zu ändern, ist es notwendig, daß den Kapitalisten jeder Einfluß auf die Berufsausbildung streitig gemacht wird. Die Fähigkeit zur Beherrschung der Produktion, die sich die Arbeiterjugend erwerben muß, wird zur wirklichen Beherrschung der Produktion aber erst führen, wenn das kapitalistische Privateigentum zerschlagen ist, wenn die Arbeiterklasse über die Produktionsmittel verfügt und damit die gesellschaftliche Produktion beherrscht.



Lehrlingsausbildung

In einer unserer letzten KVZ-Leserkreissitzungen haben wir über die Lage der Arbeiterjugend und die Ausbildungssituation in Betrieb und Schule gesprochen. Vierzehn von den Anwesenden waren selbst Arbeiter oder Angestellte. Deshalb konnte eine Menge praktischer Erfahrung ausgetauscht werden. Hier einige Beispiele:

K., B., B., ehemalige Karstadtlehrlinge:

Unsere Ausbildung bei Karstadt als Verkäuferinnen dauerte zwei Jahre. Die Ausbildung wurde nicht ordnungsgemäß ausgeführt. Wir bekamen zwar am Anfang einen Ausbildungsplan, der aber nur teilweise eingehalten wurde. Die eigentliche Ausbildung fing überhaupt nicht richtig an. Wir mußten Handlangerdienste machen: Spiegel putzen, Handtücher holen, Staub putzen usw., was natürlich nichts mit dem Ausbildungsplan zu tun hat.

Auch in der Berufsschule lernten wir nur Dinge, die nichts mit der Ausbildung zu tun hatten, ja sogar im Gegensatz dazu standen. Wir hätten mehr Praktisches lernen müssen, z. B. wie man ein richtiges Verkaufsgespräch führt.

Was wir gelernt haben, mußten wir uns alles selbst aneignen.

H., Hilfsarbeiter am Göttinger Arbeitsamt:

Ich habe drei Jahre eine Ausbildung zum Industriekaufmann gemacht in einer Eisenmetallgießerei in Uslar. Einen Ausbildungsplan gab es nicht. Meine Ausbildung bestand in Ablagearbeiten. Zudem "durfte" ich noch Botengänge machen, von der Post zur Bank und von der Bank zur Post oder Privateinkäufe für den Kapitalisten meines Betriebs. Mein Ausbildungsziel erreichte ich nach 2 1/2 Jahren, weil ich in der Schule ganz gut war. Was ich da gelernt habe, hatte aber mit meiner Tätigkeit im Betrieb kaum etwas zu tun. Dann wurde ich gewerkschaftlich aktiv und bald darauf aus "Rationalisierungsgründen" entlassen. Ich fand nie mehr eine Stelle als Industriekaufmann, weil ich nur Volksschulabschluß habe und nur Realschüler aufgenommen werden. Aber als Hilfsarbeiter konnte ich immer arbeiten.

M., arbeitslos:

Von 1965 bis 1968 machte ich in Österreich eine Kellnerlehre. Meine Ausbildung war so: Das 1. Lehrjahr putzte ich Silbergeschirr; im 2. und 3. Lehrjahr schleppte ich Speisen. 50 bis 60 Stunden mußte ich in der Woche arbeiten. Mein Lehrlingslohn betrug 80.- bis 100.- DM, Überstunden wurden natürlich nicht bezahlt. Das Trinkgeld mußte ich abliefern. Es wurde nach einem Punktesystem verteilt, bei dem die Oberkellner die meisten Punkte bekamen und ich einen halben als Lehrling. Darüber, daß man mit der Gewerkschaft gegen so was was machen kann, hatte mich niemand unterrichtet. Weil mir Streß und Arbeitshetze zuviel wurden und ich mich gegen diese Ausbeutung nicht wehren konnte, riß ich von zu Hause aus. Als ich wieder zurückkam, machte ich meine Lehre zu Ende, um wenigstens einen "Abschluß" zu haben. Eingestellt wurde ich sofort wieder, weil ja, wenn gerade Krise ist, ein Lehrling das billigste Arbeitstier ist. Berufliche Fähigkeiten hat man mir die ganze Lehrzeit über nicht beigebracht.

B., arbeitslos:

Meine Ausbildung als Elektroinstallateur habe ich bei Rustrat in Göttingen gemacht. Sie dauerte 3 1/2 Jahre. Einen Ausbildungsplan gab es bei uns auch nicht. Im 1. Lehrjahr mußten wir ziemlich viel Handlangerarbeiten machen, einkaufen und Dreckarbeiten. Vom 2. Lehrjahr an wurden wir voll für die Erledigung der Firmenaufträge eingesetzt. Ob wir dabei etwas lernten, war ein purer Zufall. Nur wenn man Glück hatte und sich ein älterer Kollege die Zeit nahm, einem bei der Arbeit was beizubringen, konnte man überhaupt etwas lernen; hauptsächlich durch eigenen persönlichen Einsatz. Andernfalls konnte man die ganzen 3 1/2 Jahre alberne Löcher für Schalter und Steckdosen ausstemmen.

R., der auch bei Rustrat gearbeitet hat, bestätigt das.

G., arbeitslos:

Ich habe Radio- und Fernsehtechniker gelernt, 3 1/2 Jahre. Im ersten Lehrjahr sind wir beim Antennenbau auf dem Dach rumgekraxelt und haben gelernt, wo ungefähr der Sender steht. Sonst noch, wie man Auftragsformulare ausfüllt und Rasierapparate repariert. In den nächsten Jahren hat man uns dann schrittweise auch an Radios, Tonbandgeräte und schließlich Fernseher rangelassen. Wir kriegten einen Schaltplan in die Hand gedrückt, nach dem wir Fehler suchen sollten. Wenn das nicht schnell genug ging, wurde uns die Arbeit weggenommen und einem Gesellen übertragen. Wieviel man beigebracht bekommt, wenn, wie bei uns, auf 15 Lehrlinge ein Meister und drei Gesellen kommen, kann man sich vorstellen. Die Berufsschule ist oft ausgefallen. Durchgenommen wurden nur ganz spezielle Sachen, die mit der Ausbildung nichts zu tun hatten.

M., arbeitslos:

Ich bin Ostern 1953 aus der Volksschule gekommen. Ich wollte etwas Handfestes lernen, Schlosser oder so. Aber ich konnte keine Lehrstelle finden. Nach vier Monaten hat mich der Vermittler vom Arbeitsamt dann wegen meiner "1" in Zeichnen zu einem Architekten geschickt. Dem Architekten haben Zeichnungen von mir, die ich mitgebracht hatte, gefallen – dachte ich. Denn er nahm mich als Lehrling. So wurde ich eben Bauzeichner.

Doch der brauchte mich dringend; denn er hatte einen Großauftrag von einer Siedlungsgenossenschaft. Da fiel die Routinearbeit an. Nach kurzer Einarbeitungszeit habe ich dann Fenster- und Türdetails gezeichnet. Weil ich bald Spezialist war, blieb das meine Lehrzeit hindurch meine Hauptarbeit.

Andere Zeichentechniken habe ich mir selbst abgeguckt, sonntags. Da hat sich keiner Mühe gegeben, mir mal was zu zeigen.

Die Berufsschule war beschissen. Ich war, weil es für mich keine Fachklasse gab, bei den Tischlern untergebracht. Unsere Lehrer waren fast nur Meister mit Zusatzausbildung. Meiner kam vom Kommis. Der Ton war danach. Wenn einer nicht spurte, kam der "heilige Geist". Ich habe, so oft es ging, gefehlt. Für meine Arbeit konnte ich da nicht viel lernen.

Die 2. Hälfte meiner Ausbildung sollte praktische Kenntnisse im Mauern und Zimmern vermitteln. Ich habe bei meinem Baumeister eine Woche Kellerwände geschalt, eine Decke gegossen und eine Ziegelmauer mit hochgezogen. Dann kam der Chef und fragte, ob ich nicht mal im Büro helfen könnte. Er hatte nämlich keine Zeichner, aber viele kleine Aufträge von Bauern: von Plumpsklos bis Stallbauten. Das durfte ich dann den Rest meiner Lehrzeit machen. Er ließ mich bald allein arbeiten, meist selbständig. Aber ich habe dabei auch gesehen, daß ich für 32 Pfennige die Stunde gearbeitet habe, und er für meine Arbeit von zwei Tagen 150.- bis 200.- DM kassiert hat. Mein Baumeister war auch sehr "nachsichtig" mit der Berufsschule. Ich bin gar nicht mehr hingegangen, sondern arbeiten. Zur Gehilfenprüfung habe ich die alten Zeugnisse abgegeben und mich ohne Tischler-Fachwissen der Prüfung ausgesetzt; sie haben mich mit "ausreichend" passieren lassen, denn mein Lehrherr war mittlerweile Stadtbaurat geworden.

Im Lehrbüro war inzwischen ein neuer Lehrling; der Baumeister hatte einen neuen "Praktikanten", ich konnte mir einen neuen Job suchen.

Durch diese Beispiele wurde allen im Leserkreis klar: Die Kapitalisten interessieren sich einen Dreck für die Ausbildung der Arbeiterjugend.

Deshalb muß sie ihnen entrissen werden. Im Gegensatz zu jetzt gehören Theorie und Praxis in der Ausbildung zusammen, sonst kann man nichts richtig für seinen Beruf lernen.

Weg mit der Ausbildung im Interesse der Kapitalisten!

Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr unter der Kontrolle des Volkes!

KVZ-Leserkreis
Göttingen-Südstadt

Die Lage der koreanischen Arbeiter in Westdeutschland

Keine Rentenversicherung, aber die Beiträge werden eingezogen / Bespitzelung durch den südkoreanischen Geheimdienst

In den westdeutschen Krankenhäusern arbeiten gegenwärtig etwa 8 000 südkoreanische Krankenschwestern. 2 500 Südkoreaner arbeiten als Bergleute in westdeutschen Zechen. Selbst verglichen mit den übrigen ausländischen Arbeitern ist ihre Lage noch rechtloser.

Die westdeutschen Kapitalisten und die Dienstherren in den Krankenhäusern nutzen aus, daß viele Werktätige in Südkorea wegen der hohen Arbeitslosigkeit und den unerträglichen Lebensverhältnissen keinen anderen Ausweg sehen, als ihre Arbeitskraft im Ausland zu verkaufen. Sie zwingen sie, ihre Arbeitskraft billiger und unter Verzicht auf ihre Rechte zu verkaufen. Gerade die Krankenhausleiter sind auf billige Arbeitskräfte versessen.

Sie passen gut in die Rationalisierungsmaßnahmen, mit denen die Krankenhausleiter dafür sorgen wollen, daß die Krankenhäuser "rentabel" werden.

Die Sonderverträge zwischen der BRD und Südkorea, die als Leitlinien für die Ausbeutung der Koreaner in der BRD dienen, sind Teil des westdeutschen Entwicklungshilfeprogramms. Der Charakter dieser "Entwicklungshilfe" wird an den Vereinbarungen zur Beschäftigung koreanischer Krankenschwestern und Bergarbeiter in der BRD zwischen der Südkoreanischen Regierung und der Deutschen Krankenhausgesellschaft bzw. dem Gesamtverband des Deutschen Steinkohlebergbaus deutlich. Die Anzahl der Bewerber richtet sich allein nach dem Interesse der deutschen Seite an billigen und brauchbaren Arbeitskräften. So werden nur Bergleute zwischen 20 und 35 Jahren angeworben und voll ausgebildete Krankenschwestern, die *"der psychischen Belastung einer wenigstens dreijährigen Trennung von ihrer Familie und ihrer sonstigen heimischen Umgebung gewachsen sind", "nicht schwanger sind" und "in den von den deutschen Krankenhäusern ... vorgesehenen Einsatzbereichen ... beschäftigt werden können".*

Vor ihrer Einstellung werden den Koreanern soweit Deutschkenntnisse beigebracht, daß sie *"mündliche Anweisungen ihrer Vorgesetzten richtig auffassen und wiedergeben können".* Ein Teil dieses Unterrichtes findet noch in der BRD statt und wird als "Anlernzeit" angerechnet.

Arbeitsbedingungen in der BRD

Die "Anlernzeit" wird ihnen natürlich entsprechend schlechter bezahlt. Was sie aber hier als Bergarbeiter oder als Krankschwester oder –pflegerin lernen, ist für sie beruflich in Korea unbrauchbar. Denn im Bergbau werden in Korea ganz andere Techniken angewandt, und die Krankenschwestern sind dort als hoch qualifizierte Arbeitskräfte eingesetzt, während sie hier oft vor allem einfache Hilfstätigkeiten ausüben. Deshalb ist ihre Zukunft nach wie vor unsicher.

Von der gesetzlichen Pflicht der Rentenversicherung in der BRD sind die koreanischen Kollegen "befreit" – und nur bei Verlängerung dieser "Befreiung" kann auch ihr Arbeitsvertrag verlängert werden –; stattdessen werden die Rentenversicherungsbeiträge von Arbeiter- und Unternehmerseite für den "Lufttransport" in die BRD und zurück verwandt. Als Ausländer aus einem Nicht-EG-Land haben die Koreaner nach der diskriminierenden Kindergeldregelung der Bundesregierung keinen Anspruch auf Kindergeld für ihre in Korea zurückgelassenen Kinder, sie dürfen ihre Familien aber auch nicht in die BRD holen. Die Koppelung von Arbeitsvertrag und Aufenthaltserlaubnis bedeutet für sie, daß sie trotz Beitragszahlungen keinen effektiven Schutz vor Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Sicherung bei Berufserkrankungen haben, denn bei Verlust ihres Arbeitsplatzes müssen sie nach Korea zurückkehren, wo es weder Arbeitsämter und Arbeitslosenversicherung noch Kranken- und Sozialversicherung gibt.

Sprachschwierigkeiten, unterschiedliche Sitten, Gebräuche und Mentalität behindern den Kontakt der koreanischen Arbeitskräfte mit ihren Kollegen und ihrer Umwelt. Zementiert wird dieser Zustand noch durch die Ghettoisierung in Schwesternwohnheimen und geschlossenen Bergarbeiterwohnheimen. Während ihres Aufenthaltes in der BRD wird ihnen ein einmaliger Heimaturlaub zugestanden, um – nach den Worten des "Ruhrkohle"-Direktors Terschüren – einen allzu großen Leistungsabfall zu verhindern.

Eine Zukunft in der BRD sollen sie nicht haben. Dafür sorgt die in den Vereinbarungen mit der koreanischen Regierung festgehaltene **Zwangsrotation:** Spätestens nach drei Jahren (bei Krankenschwestern in einigen Bundesländern nach fünf Jahren) müssen die Kollegen nach Korea zurück und werden gegen andere – neuerdings zum Teil noch billigere und "willigere" Arbeitskräfte von den Philippinen – ausgewechselt.

Politische Kontrolle, Bespitzelung und Korruption durch die koreanischen Behörden

Mit dieser Vereinbarung räumt die Bundesregierung dem faschistischen Pak-Regime ein Mittel ein, die Koreaner selbst noch im Ausland unter Kontrolle zu halten.

Daß es dieses Mittel braucht, obwohl sie schon vorher die Bewerber nach ihrer "beruflichen, gesundheitlichen, **geistigen und charakterlichen** Eignung" auswählt, zeigen die jüngsten Proteste von Koreanern in der BRD gegen das faschistische Regime Pak Chung Hi.

Deshalb genügt der Pak-Clique auch die "normale" politische Unterdrückung und Entrechtung der Koreaner durch das Ausländergesetz – Einschränkung der Presse-, Organisation-, Versammlungsfreiheit usw. – nicht. Die Bespitzelung und Verfolgung der Koreaner in der BRD durch den südkoreanischen Geheimdienst KCIA ist allgegenwärtig. Schikanöse Behandlung durch die koreanischen Behörden bei der Paßverlängerung, Bespitzelung, Schikanierung und Behinderung bei der Wahrnehmung ihrer Rechte durch die koreanischen Dolmetscher sind an der Tagesordnung.

Die westdeutsche Arbeiterklasse kann überhaupt kein Interesse haben an der besonderen Ausbeutung und politischen Unterdrückung ihrer koreanischen Kollegen. Am Arbeitsplatz braucht sie die Solidarität der Kollegen im gemeinsamen Kampf, und der mutige Widerstand der koreanischen Kollegen ist für uns ein Beispiel, daß man auch unter schwierigsten Bedingungen gegen Ausbeutung und Unterdrückung vorgehen kann. Durch alle Tageszeitungen ist der Fall eines koreanischen Bergarbeiters in Walsum (Ruhrgebiet) gegangen, der einen koreanischen Dolmetscher als Spitzel entlarvte und dafür noch mit de; Ausweisung bestraft werden sollte. Die geschlossene Solidarität seiner Kollegen hat diese Ausweisung verhindert.

Unterstützen wir die Forderungen, die die koreanischen Arbeiter in der BRD aufgestellt haben:

– Schluß mit der Bespitzelung in Betrieben und Heimen – koreanischer Geheimdienst raus aus der BRD!

– Freie Wahl des Arbeitsplatzes!

– Gleiches Kindergeld für ausländische Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern!

– Die Dolmetscher müssen von den Arbeitern ausgesucht und gewählt werden!

– Das Schmiergeldsystem muß weg!

– Gleiche Rechte für ausländische und deutsche Arbeiter!

M./D.-

Rückgang der Produktion und steigende Arbeitslosigkeit:

Kennzeichen der gegenwärtigen Überproduktionskrise

Antwort auf einen Artikel in der Roten Fahne des KABD / In der Krise tritt die Notwendigkeit des Sozialismus deutlicher heraus

In der Roten Fahne 12/75 hat der Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD) die in verschiedenen Nummern der KVZ und in Kommunismus und Klassenkampf 1/75 dargelegte Einschätzung der wirtschaftlichen Lage einer Kritik unterzogen. Dazu hat er auch eine Broschüre unter dem Titel "Die fortschreitende Krise des KBW" herausgegeben. Gleichzeitig hat er damit Stellung genommen zu einer in Kommunismus und Klassenkampf 1/75 niedergelegten Kritik an der Auffassung des KABD, daß in Westdeutschland gegenwärtig keine Überproduktionskrise herrschen würde.

Diese Auseinandersetzung ist, wie der KABD zu Recht feststellt, kein "Streit um Kaisers Bart". Es geht bei der Frage, wie die gegenwärtige wirtschaftliche Lage einzuschätzen ist darum, ob die Behauptung der Krise zur Schwächung des Lohnkampfes führt, wie der KABD behauptet, da man so der "Krisenpropaganda" der Kapitalisten auf den Leim ginge. Oder ob es nicht vielmehr so ist, daß nur, wenn davon ausgegangen wird, daß gegenwärtig eine Überproduktionskrise herrscht, der Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, gegen die Entlassungen und die Lohndrückerei richtig geführt werden kann.

Es geht weiter um die Frage, ob die gegenwärtig überall offen erkennbare Fesselung, Vernichtung und Brachlegung von Produktivkräften, wie es sich in leerstehenden Fabrikgebäuden, unbenutzten Maschinen und dem Heer der Arbeitslosen zeigt, nicht als Krise gekennzeichnet werden muß, als eine Situation, in der sich die Unfähigkeit der kapitalistischen Profitwirtschaft, die gesellschaftlichen Produktivkräfte zu entwickeln, offen zeigt. Es geht darum, ob diese Lage, in der sich die Notwendigkeit anderer Produktionsverhältnisse als der bestehenden immer mehr aufdrängt, nicht politisch verstärkt für die Propagierung des Sozialismus genutzt werden muß.

lismus genutzt werden muß.

Seine Auffassung zur wirtschaftlichen Lage, an der er bis heute festhält, hat der KABD in der Roten Fahne 14/75 folgendermaßen formuliert: *"Es gibt gegenwärtig in der BRD keine Überproduktionskrise – wohl Konkunkturschwankungen in einigen Branchen . . . Die Hochkonjunktur geht zu Ende und wird zunächst durch eine schwankende Stagnation und dann durch eine Wirtschaftskrise abgelöst."*

Die rapide anschwellende Arbeitslosigkeit seit Ende 1973 ist für den KABD *"eine zwangsläufige Folge dieser drei Maßnahmen des Monopolkapitals"*, der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, der Rationalisierung des Kapitalexports.

Wir dagegen meinen, daß die Konzentration, die Rationalisierungen und der Kapitalexport allgemeine Formen sind, in denen sich die kapitalistische Profitmacherei, die Akkumulation des Kapitals ständig vollzieht. Daß an Hand dieser allgemeinen Formen, in denen sich die Profitmacherei vollzieht, aber nicht der gegenwärtige Rückgang der Produktion und die steigende Arbeitslosigkeit erklärt werden kann. Daß dieses vielmehr ein Ausdruck davon ist, daß die Akkumulation und damit die Profitmacherei selbst ins Stocken geraten ist.

Verschärfte Rationalisierung bei schrumpfender Produktion

Wie geht der KABD vor, um zu entscheiden, ob gegenwärtig eine Überproduktionskrise herrscht? Gegen unsere Auffassung, daß gegenwärtig eine Überproduktionskrise besteht, daß die Profitmacherei ins Stocken geraten ist, schreibt er: *"Die armen Monopolkapitalisten! Dabei haben sie ihre Profite beträchtlich steigern können, trotzdem sich die Ausweitung der Produktion in einigen Branchen der Industrie verlangsamt hat."*

Ganz abgesehen davon, daß diese Behauptung nur für einige Monopolkapitalisten gilt, kann man die Frage, ob eine Krise herrscht, aus zwei Gründen nicht so entscheidend, wie es die Rote Fahne tut. Die Krise als das offene Ausbrechen des Widerspruchs zwischen den gesellschaftlichen Produktivkräften und den Verhältnissen der Profitmacherei umfaßt die kapitalistische Gesellschaft insgesamt, die ganze Kapitalistenklasse. Bezüglich der Profite wird sie sich nicht für alle Kapitalisten gleichermaßen bemerkbar machen. So können auch in der Krise zumindest eine zeitlang die Monopole ihre Profite halten oder gar erhöhen auf Kosten der kleineren oder mittleren Kapitale, die z. B. als Zulieferer von ihnen abhängig sind. Seinen Ausdruck findet dies darin, daß 1974 rund 7 000 Kapitalisten in den Konkurs gingen, rund 40 % mehr als im Vorjahr, daß die Zahl der Großkonkurse (Schuldenlast von mehr als einer Million) sich bereits 1973 gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt hat. Dagegen führt der KABD ins Feld: *"Die gegenwärtige Vernichtung kleiner Unternehmen hat als Ursache die verstärkte Konzentration des Kapitals und nicht die Krise, eine Krise verschärft nur diesen Prozeß."* Genau aber diese Verschärfung war im Jahre 1974 bis zur Gegenwart festzustellen.

Weiterhin übersieht der Einwand des KABD, die Krise wäre nicht, weil es noch hohe Monopolprofite gibt, daß gerade die Monopole den Export vorrangig beherrschen und über diesen 1974 ihr Geschäft noch machen konnten, womit es 1975 schlechter bestellt ist.

Obzwar noch die Monopolkapitalisten zum Teil 1974 ihre Profite steigern konnten, ist es so, daß die Profite der Kapitalistenklasse insgesamt in den vergangenen Jahren abgenommen haben. Nicht die absolute Masse der Profite die sie gemacht haben, wohl aber der Profite im Verhältnis zu dem Kapital, das sie besitzen. Gefallen ist ihre Profitrate (Verhältnis der Gewinne zu dem Kapital, das sie schon besitzen) nicht weil die Arbeiter mehr erhalten, sondern weil sie die vorhandenen riesigen Gewinne in Westdeutschland nicht mehr alle gewinnbringend anlegen können. So haben sie zwar verstärkt über den Kapital- und Warenexport versucht, ihre Profitmacherei auf dem Weltmarkt zu erweitern, was ihnen auch teilweise gelungen ist. Sie haben aber damit nur die innere Krise auf den Weltmarkt getragen, indem sie dort die imperialistische Konkurrenz verschärft haben. Für den KABD schärft haben. Für den KABD herrscht keine Krise, weil die Profite der Monopolkapitalisten sich erhöhten, wenn sich auch die *"Produktion in einigen Branchen der Industrie verlangsamt"* hat.

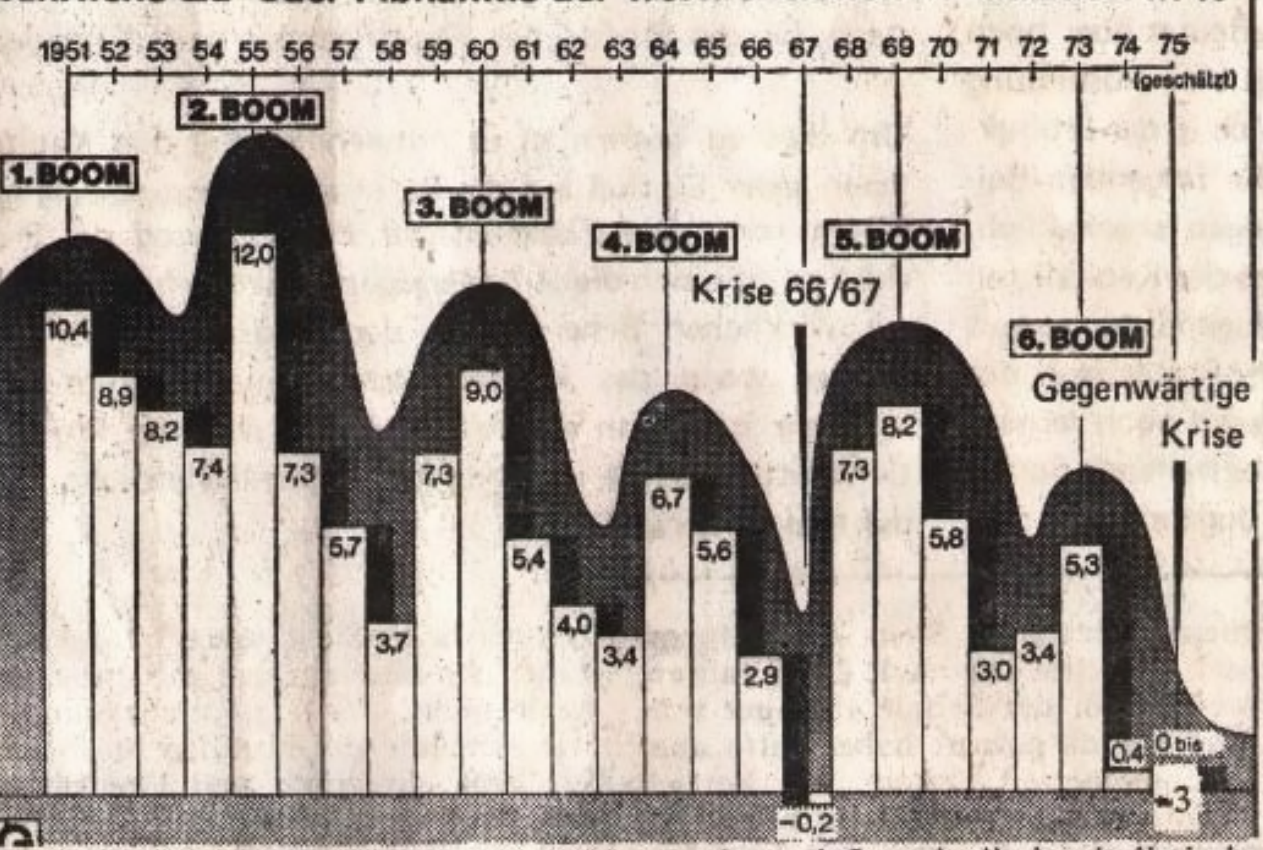
Um aber zu untersuchen, ob eine Krise herrscht, genügt es nicht, die Höhe der Profite zu untersuchen. Entscheidend ist, was mit diesen Profiten geschieht. Denn der Zweck der kapitalistischen Profitmacherei besteht darin, den vorhandenen Gewinn stets für neue Profitmacherei anzulegen, also zu investieren bzw. zu akkumulieren. Ob die Profitmacherei ins Stocken geraten ist kann also nur beantwortet werden, wird untersucht, ob die Akkumulation fortschreitet oder stagniert bzw. zurückgeht. Das kann man sich an der Krise 1966/67 klarmachen. Die Investitionen nahmen 1967 gegenüber dem Vorjahr um 8,4 % ab, als die Krise überwunden war nahmen sie 1968 um 8,0 % gegenüber dem Vorjahr zu. Nur indem sie ständig die Profite investieren, können die Kapitalisten die Produktion ausweiten, und damit ihre Profitmacherei. Entsprechend den Investitionen sank das Wirtschaftswachstum 1967 um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr und stieg 1968 wieder um 7,3 %.

Ganz entsprechend ist die Lage gegenwärtig. Stiegen 1973 die Investitionen gegenüber dem Vorjahr nur noch schwach um 1,1 %, so fielen sie 1974 bereits um 7,5 %. Entsprechend verhält es sich mit dem Wirtschaftswachstum, das 1973 noch um 5,3 % stieg, 1974 nach Schätzungen noch knapp um ein halbes Prozent und 1975 bei 0 % oder darunter liegen wird.

Man sieht daran, daß die Monopolkapitalisten ihre Profite nur machen konnten auf der Grundlage einer schrumpfenden Produktion, während dies im Aufschwung und der Hochkonjunktur grad andersherum ist: hier geht die Ausdehnung der Profitmacherei mit der Ausdehnung der Produktion Hand in Hand. Schrumpfende Produktion ist aber stets ein Ausdruck davon, daß die Akkumulation stockt.

Brachlegung der Produktivkräfte als Kennzeichen der Krise

Nach Ansicht des KABD ist auch die gegenwärtige Arbeitslosigkeit von gut über einer Million Arbeitsloser und knapp einer Million Kurzarbeiter – was die offen ausgewiesenen Arbeitslosen betrifft – nicht ein Kennzeichen der Krise, sondern eine *"Folge der Konzentration des Kapitals, Rationalisierung und Kapitalexport"*.



An Hand des Schaubildes kann man gut sehen, daß auch die kapitalistische Wirtschaft Westdeutschlands in ihrer Geschichte durch die Gesetzmäßigkeit der Überproduktionskrisen gekennzeichnet ist. Es zeigt sich auch, daß die Krise ihren Grund stets in einem Rückgang der Produktion hat, der dadurch entsteht, daß die kapitalistische Profitmacherei ins Stocken geraten ist.

Hierfür führt die Rote Fahne als Beleg die Gutehoffnungshütte Oberhausen an. *"Nach dem Geschäftsbericht 1973/74 der Gutehoffnungshütte Oberhausen wurden von 1972 bis 1973, also innerhalb von 2 Jahren, rund 3 000 Arbeiter entlassen. In der gleichen Zeit stieg der Umsatz um 37 % von 7,618 Mrd. DM auf 10,45 Mrd. Was haben die Entlassungen mit der Krise zu tun! Gar nichts, sie sind vielmehr die Folgen einer rigoros durchgeführten Rationalisierung in den Konzernbetrieben der Gutehoffnungshütte, die zu einer verstärkten Ausbeutung der nicht entlassenen Arbeiter führte. Kam 1972 auf je einen Beschäftigten ein Umsatz von 71 000 DM, so stieg er 1974 auf 115 700 DM, d.h. um 63 %."*

Bezüglich der Arbeitslosigkeit ist es Bezüglich der Arbeitslosigkeit ist es zwar richtig, daß die Rationalisierung als allgemeine Maßnahme des Monopolkapitals stets zu Entlassungen führt. Aber der entscheidende Punkt, der die Krise kennzeichnet, liegt nicht einfach in den Entlassungen wegen Rationalisierung, sondern darin, daß die, die entlassen werden, keine Arbeit mehr finden. Weder bei dem bisherigen Kapitalisten noch bei einem anderen. Daß die infolge von Rationalisierungen entlassenen Arbeiter keine Arbeit mehr finden, liegt an keinem anderen Grund als dem, daß eben in der Krise die Rationalisierung nicht Hand in Hand mit der Ausweitung der Produktion geht, sondern von der Einschränkung und Schrumpfung der Produktion begleitet wird. Selbst wenn also die Gutehoffnungshütte noch nicht von der Krise erfaßt war und auch ihre Produktion noch ausweiten konnte, so ist eben die Tatsache, daß die, die auf die Straße geworfen wurden, keine Arbeit mehr finden können, ein Beweis für die Krise. Denn nur hier führt die Rationalisierung zum verschärften Anschwellen der industriellen Reservearmee.

Entsprechend argumentiert der KABD bezüglich der Brachlegung der sachlichen Produktivkräfte. Er schreibt: *"Die nicht volle Auslastung der Industriekapazität hat ihre wesentliche Ursache in der verstärkten Rationalisierung, d.h. durch die Einführung modernster automatischer Anlagen werden Betriebe oder Abteilungen mit veralteten Produktionsanlagen stillgelegt. Das bedeutet, daß bei verminderter Kapitazitätsauslastung trotzdem noch mehr produziert wird, was daher keine Folge einer Krise ist."*

Mag das auch im Einzelfall stimmen. Die Kapitalistenklasse insgesamt betrachtet stimmt es nicht. Vielmehr zeigt sich hier, daß die Rationalisierung gegenwärtig nicht zur Ausweitung der Produktion führt.

Dafür einige Zahlen als Beleg. Der Umsatz der Industrie (Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) betrug im März 1975 nur noch 94,7 % im Verhältnis des Umsatzes zum April 1974. Die Industrieproduktion lag im April um 12,9 % unter dem Stand des entsprechenden Vorjahresmonats. Daß dieser Rückgang selbst für die exportoffensivsten Branchen gilt, zeigen folgende Zahlen. Der Umsatz der Chemischen Industrie lag im März 1975 bei 84,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Der Umsatz der Elektrotechnischen Industrie lag im Februar 1975 bei 94,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Gestiegen bezogen auf den Monat Februar war dagegen z.B. der Umsatz der Maschinenbaubranche, der 104,3 % betrug. (Alle Zahlen nach statistischer Wochendienst 1975, Heft 23). Selbst wenn man dieses vorliegende Zahlenmaterial nicht als genau wird betrachten können, zeigt es doch eindeutig die Tendenz, daß die Rationalisierung gegenwärtig nicht zu einer beschleunigten Ausdehnung der Produktion führt, sondern vielmehr in einer Situation der Schrumpfung der Produktion durchgeführt wird.

Stagnation oder Krise

Nach Ansicht des KABD bereiten die gegenwärtige Rationalisierung, Konzentration und der Kapitalexport die "kommende Krise" vor: *"Die Hochkonjunktur geht zu Ende und wird zunächst durch eine schwankende Stagnation und dann durch eine* *wird zunächst durch eine schwankende Stagnation und dann durch eine* *Wirtschaftskrise abgelöst."*

Es fällt an dieser Kennzeichnung auf, daß sie quer steht zum normalen Verlauf des Krisenzyklus, den Marx folgendermaßen beschreibt: "Der charakteristische Lebenslauf der modernen, die Form eines durch kleinere Schwankungen unterbrochenen zehnjährigen Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation, beruht auf der beständigen Bildung, größeren oder geringeren Absorption und Wiederbildung der industriellen Reservearmee oder Überbevölkerung." (Kapital 1.Band, S. 661)

Da der KABD nicht meint, die gegenwärtige oder kurz bevorstehende *"schwankende Stagnation"* löse die Krise ab sondern gehe der Krise voraus, muß damit wohl gemeint sein eine Stagnation der Hochkonjunktur. Dies ist aber offensichtlich nicht der Fall, wie die Zahlen zur Arbeitslosigkeit und zum Rückgang der industriellen Produktion zeigen. Tatsächlich ist es so, daß der KABD, da er die Krise nicht anerkennen will, gezwungen ist, den Rückgang der Akkumulation und Produktion mit "Stagnation" zu bezeichnen, womit er aber nur in den Widerspruch gerät, erklären zu müssen, wie solche Stagnation der Hochkonjunktur in Übereinstimmung zu bringen ist mit dem Rückgang der Produktion. Gehen kann dies freilich nicht.

Aber gerade weil die Krise schon da ist, treten die drei allgemeinen Tendenzen des Monopolkapitals, welche der KABD anführt, Rationalisierung, Konzentration und Kapitalexport, verschärft auf. Denn das Kapital versucht so, wieder zu einer Ausweitung der Produktion zu kommen. Dazu muß aber überschüssiges Kapital vernichtet werden, der Lohn gedrückt werden, nicht um die Krise zu verhindern, wie der KABD meint, sondern um aus ihr herauszukommen.

Ob und wann dies den Kapitalisten gelingen wird, kann dahingestellt bleiben. Gegenwärtig jedenfalls spricht alles dafür, daß dies noch einige Zeit dauern wird. Denn verschärft wird jetzt die Lage dadurch, daß auch die Exportoffensive der Westdeutschen Kapitalisten ins Stocken geraten ist. Um 11 % ging der Export im Mai gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat zurück. Berücksichtigt man die Preissteigerungen, die bei den Exportwaren besonders hoch waren, so hat im Mai 1975 *"die deutsche Wirtschaft nach der Menge rund ein Viertel weniger Waren ausgeführt als im Mai 1974"* (FAZ 27.6.1975) Da die westdeutschen Kapitalisten rund ein Viertel ihrer Waren im Ausland verkaufen, kann man sich leicht ausrechnen, daß die Produktion durchaus noch tiefer einbrechen kann.

Die einzige Alternative ist der Sozialismus

In der Krise verschärft sich die kapitalistische Rationalisierung, die Konzentration und Zentralisation des Kapitals, um die imperialistische Konkurrenz auf dem Weltmarkt, um die Produktion zum Zwecke der Profitmacherei wieder ausweiten zu können.

Im eigenen Land versuchen die Kapitalisten mit dem Druckmittel des Arbeitslosenheeres die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und den Druck auf den Reallohn zu verschärfen. Für die Arbeiterklasse bedeutet die Krise eine Spaltung in Arbeitslose und solche, die in der Produktion stehen, und während die einen von den Kapitalisten keine Arbeit erhalten, können die anderen für die Kapitalisten gar nicht schnell genug arbeiten.

Gegen diesen verschärften Angriff der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse kann diese sich nur zur Wehr setzen, wo es ihr gelingt, diese Spaltung zu überwinden und ihre Einheit und politische Selbständigkeit gegen die Kapitalistenklasse herzustellen. Daher muß die Arbeiterklasse Forderungen aufstellen, die verhindern, daß die Arbeitslosen gegen die in der Produktion stehenden eingesetzt werden können und Forderungen gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Dazu schreibt die Rote Fahne: *"Heute muß sich die Arbeiterklassse gegen den Abbau des Reallohns zur Wehr setzen und für die Erhaltung der Arbeitsplätze kämpfen."*

Den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze muß die Arbeiterklasse freilich führen. Sie kann ihn aber nicht als Kampf um das Recht jedes Arbeiters auf einen Arbeitsplatz nicht als Kampf um das Recht jedes Arbeiters auf einen Arbeitsplatz führen, weil es ein solches Recht im Kapitalismus nicht geben kann.

Auf eine solch allgemeine Stoßrichtung richtet der KABD aber den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze aus, obzwar er nicht behauptet, es könne im Kapitalismus ein Recht auf Arbeit geben. Dazu schreibt er: *"Ein solcher Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze kann aber nur durch schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich möglich und auch erfolgreich sein. Das liegt wohl im Interesse der noch im Betrieb tätigen wie auch der arbeitslosen Arbeiter und Angestellten."*

Tatsächlich ist es aber so, daß die Arbeiterklasse den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze nur soweit führen kann wie es ihr gelingt, die in der Krise verschärfte Spaltung der Klasse in Arbeitslose und solche, die in der Produktion stehen, zu überwinden, ihre Einheit und politische Selbständigkeit gegenüber den Kapitalisten herzustellen. Der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze kann also bezüglich allgemeiner Forderungen nur geführt werden als Kampf gegen die verschärfte Arbeitshetze und die Folgen der Arbeitslosgikeit. So nur kann auch die Einheit der Lohnabhängigen hergestellt werden, die es den Arbeitern jedes einzelnen Betriebes besser ermöglichen wird, sich gegen Entlassungen zur Wehr zu setzen.

Darüber hinaus wird man klar sagen müssen, daß es ein Recht auf Arbeit im Kapitalismus nicht geben kann, nicht, solange die Verhältnisse der Profitmacherei herrschen.

Daß es ein solches Recht auf Arbeit nicht geben kann in dieser Ausbeuterordnung, bestreitet auch der KABD nicht. Er zieht aber nicht die Konsequenz, die einzig daraus gezogen werden kann. Daß alle Kommunisten und fortschrittlichen Arbeiter in den Kampf gegen die Folgen der Krise, gegen die kapitalistische Rationalisierung und Entlassungen die Klarheit hineintragen müssen, daß es ein Recht auf Arbeit erst geben kann, wenn diese Ausbeuterordnung beseitigt und wenn die Arbeiterklasse zum Beherrscher der Produktion sich aufgeschwungen hat. Wenn die Arbeiterklasse die gesellschaftliche Produktion von den Verhältnissen der Profitmacherei, des kapitalistischen Privateigentums befreit hat.

–e.r.–

Heidelberg: Die Durchsetzung der Fahrpreiserhöhung ist dem staatlichen Gewaltapparat teuer zu stehen gekommen

Nachdem unübersehbar und nicht mehr zu leugnen war, daß die Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhung in Heidelberg Massencharakter angenommen hatten, erhob die bürgerliche Presse im ganzen Lande ein großes Geschrei. Zuerst mußte der Massencharakter der Aktionen zugegeben werden. Sonst war nicht erklärlich, warum man darüber berichtet. Dann mußte der Massencharakter geleugnet und die Sache irgendwelchen Politrockern in die Schuhe geschoben werden. Denn Hoffnung und Methode der Bourgeois-Herrschaft liegen bekanntlich in der politischen Spaltung und Zersplitterung der Arbeiterklasse und der Volksmassen. In den Aktionen in Heidelberg aber war örtlich die politische Spaltung in der Massenkation weitgehend überwunden worden, so daß sich eine wirkliche Massenbewegung zwecks Verhinderung der Fahrpreiserhöhungen durch Aktionen herausbildete. Dies war bloß möglich unter einer klaren und einheitlichen politischen Führung der Aktion. Was Wunder, daß die bürgerliche Presse jetzt allerhand Lügen verbreitet über den Charakter der Aktion, indem sie von angereisten Politrockern spricht, was lächerlich ist, und auf der anderen Seite Sanktionen gegen den KBW ersonnen werden, der die Aktion eingeleitet, unterstützt und politisch geführt hat.

Die Klassenkämpfe in Westdeutschland sind insgesamt zersplittert und noch keineswegs zusammengefaßt. Es lohnt sich in solcher Lage wohl, eine örtliche Auseinandersetzung, wie die jüngsten Massenaktionen in Heidelberg, eingehender zu betrachten. Denn, wenn sie auch stark geprägt gewesen ist von örtlichen Voraussetzungen und keineswegs in gleicher Weise überall wiederholbar, so treten doch bestimmte Gesetzmäßigkeiten des Kl assenkampfes deutlich hervo und verlangen nach Auswertung.

Die Auseinandersetzung hat ihre Geschichte. Eine wichtige Bedingung ist, daß der KBW, bzw. die Kommunistische Gruppe (Neues Rotes Forum), die zur Gründung des KBW beigetragen hat, schon mehrere Jahre lang in Heidelberg tätig ist. So daß sich viele im Verlauf der Jahre durch eigene Erfahrung von der Richtigkeit der Auffassungen und der Zweckmäßigkeit der Politik der Kommunisten überzeugen konnten. Die revolutionäre Bewegung in dieser Stadt findet ihr Zentrum in der Ortsorganisation des KBW und seinen Zellen. Und diese Einheitlichkeit macht sie handlungsfähig und flexibel. Gleichzeitig muß der diktatorische Charakter des bürgerlichen Staatsapparates dort schroff hervortreten, wo die politische Handlungsfähigkeit und Selbständigkeit der Massen stärker ausgeprägt ist.

Es hat sich dies niedergeschlagen unter anderem im Ausgang der Kommunalwahlen, wo die Ortsorganisation 3,7 % der Stimmen auf sich vereinigen und einen Kandidaten in den Stadtrat schicken konnte.

War gegenüber zahlreichen Aktionen im Lauf der Jahre der diktatorische Charakter der Maßnahmen der Stadtbürokratie sowieso klarer ge worden, so trat nun eine Lage ein, in der die demokratische Etikette Stadtrat, die alles mit dem warmen Schein der Demokratie umhüllt hatte, an Glanz einbüßte. Oberbürgermeister Zundel ging alsbald dazu über, die gewählte Stadträtin Helga Rosenbaum im Zusammenhang der Vorbereitung der Massenaktion gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG (HSB) aus dem Stadtrat per Geschäftsordnung auszuschließen. Sie wurde aus der Ratssitzung abgeführt und bekam gleich noch eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs.

All dies hat wirklich dazu beigetragen, den unterdrückerischen und diktatorischen Charakter des Staatsapparates zu entlarven und hat der Massenaktion auf der Straße Raum verschafft.

Die Bewegung, die von den Zellen und den Massenorganisationen in Betrieb, Schule und Hochschule politisch vorbereitet und organisiert worden war, richtete sich gegen die Ausplünderung der Volksmassen durch den bürgerlichen Staat. Sie hat sich konzentriert gegen diese Fahrpreiserhöhungen bei der Straßenbahn, weil gegen diese Fahrpreiserhöhungen das Kampfmittel der Blockade der Straßenbahn durch Massenaktion möglich ist. Von der ganzen Bewegung erkannter Gegner war aber der ganze Staatsapparat als Organ der Plünderung und Unterdrückung der Volksmassen. Durch die sorgfältige politische Vorbereitung und bei Ausnutzung der politischen Schwäche der Stadtbürokratie gelang es, zu einer Situation zu kommen, in der die Massendebatte sich gar nicht entzünden konnte an der Frage, sind die Aktionen gerecht oder nicht. Diskutiert wurde: Kann man sich durchsetzen und wie kann man sich durchsetzen? Man war einheitlich gegen die Fahrpreiserhöhungen.

So kam es, daß wirklich große Massen in diese Aktion hineingerissen wurden. Will man die Gesamtbeteiligung schätzen, so muß man davon ausgehen, daß es am Donnerstag etwa sechs- bis siebentausend waren, die sich trotz Polizeidruck in einer einheitlichen Demonstration zusammenschlossen und begannen, das Rathaus zu umlagern. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß insgesamt wohl fünfzehntausend Menschen in die Aktionen einbezogen waren. Nicht gleichzeitig, aber insgesamt. Das ist sehr viel bei einer Einwohnerzahl von 125 000. Das hat eine politische Erschütterung des Kräfteverhältnisses in der Stadt gebracht.

Bei oberflächlicher Betrachtung will man zum Ergebnis der Massenaktion sagen, sie hat sich nicht durchgesetzt. Am Samstag wurde die Massenaktion durch ein unerhörtes Aufgebot an Polizeibatallionen unterdrückt und konnte gegenüber diesen Polizeikräften die Straßenblockade nicht vollständig durchsetzen und ihre Kräfte nicht entwickeln.

Indessen haben weder die Massen selber noch die Ortsorganisation das Wesen der Aktion so aufgefaßt. Von Anbeginn war klar: Die Massenaktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen würden einen großen Umfang annehmen. Weil in ihnen sich konzentrieren konnte der ganze Zorn, der gegen die Plünderpolitik des Staatsapparates da ist. Die Massenaktion fand breiteste Unterstützung nicht, weil die Straßenbahnpreise eine Lebensfrage wären. Sondern weil es den Volksmassen im Kampf gegen diese Preiserhöhungen möglich war, dem Staatsapparat, der sie vielfältig plündert, kujoniert, unterdrückt, Schläge zu versetzen und gegenüber dem parlamentarisch verbrämten Politkretinismus der bürgerlichen Parteien ihren selbständigen Willen in der Massenaktion zur Geltung zu bringen.

Getragen wurde die Aktion von den Arbeitern und Angestellten, von den berufstätigen Leuten. Objektiv kann man das daran sehen, daß die Aktionen regelmäßig erst nach Arbeitsschluß Massenumfang annahmen. Wir selber können sagen, daß die Zellen unserer Organisation eine Beteiligung ihrer Kollegen weit über den gewöhnlichen Kreis unserer Sympathisanten hinaus erreichten.

Überdies, der Verkauf von Agitationsbroschüren und politischer Literatur, der während der ganzen Kämpfe auf der Straße von unseren Mitgliedern fortgeführt wurde, nahm große Ausmaße an und zeigt, daß neue Kräfte in die Aktion mit einbezogen worden sind, und vor allem, daß diese neuen Kräfte weiter voran wollen, ihre politischen Anschauungen festigen wollen, um den Gegner besser bekämpfen zu können.

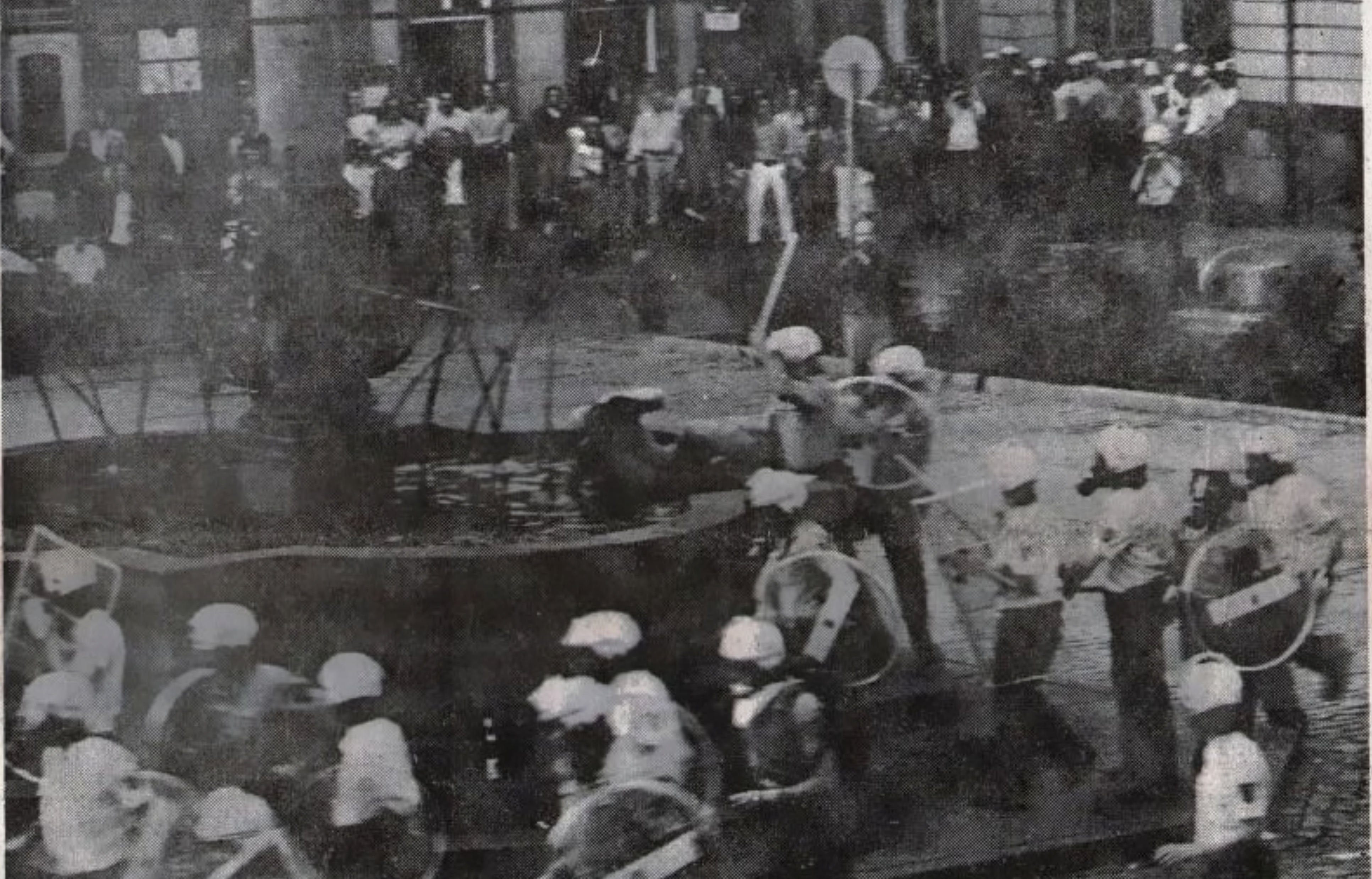
Die Massenaktionen in Heidelberg wurden durch den Polizeiknüppel gebrochen. Aber es gelang der Polizei keineswegs, diese Aktionen einfach zu zerschlagen, so daß die Massen führungslos der Polizeiwillkür ausgesetzt wären und deprimiert über die Ohnmacht abgezogen wären. Als sich am Samstag zeigte, daß die Polizeimacht nicht ausmanövriert werden konnte, weil es einfach zu viele waren, wurde die Aktion organisiert abgebrochen.

Im Ergebnis sind Legitimation und Autorität des Staatsapparates weiter angebrochen. Die politische Selbständigkeit der Volksmassen ist gestärkt. Der Charakter des bürgerlichen Staates als Diktatur der Bourgeoisie ist ein Stück weiter hervorgetreten. Der Wunsch nach Beseitigung dieser Diktatur ist dringlicher geworden. In den Massen gibt es weniger das Gefühl der Niederlage. Viele sagen, wenn wir und indem wir noch viele solche "Niederlagen" erleiden, kommen wir dem Sieg näher. Das ist ganz richtig.

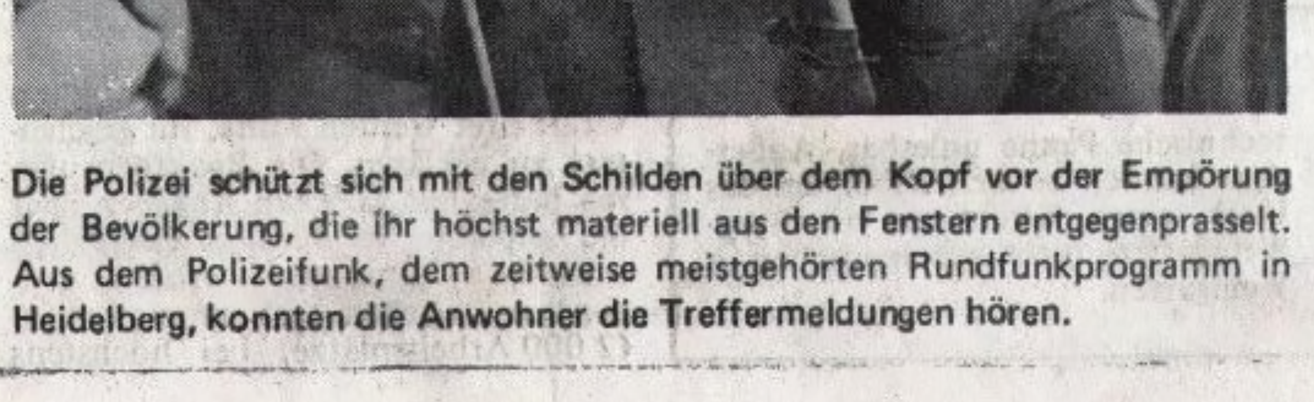
–M.F.–



Die ganze Nacht über wird das Rathaus belagert. Fünf Stunden brauchen die Stadträte, um die Fahrpreiserhöhung, die sie für sich schon lange entschieden hatten, über die Bühne zu quälen.



Die Polizei prügelt einen Jungen am Brunnenrand auf dem Rathausplatz halbtot; schwerverletzt muß er ins Krankenhaus eingeliefert werden.



Die Polizei schützt sich mit den Schilden über dem Kopf vor der Empörung der Bevölkerung, die ihr höchst materiell aus den Fenstern entgegenprasselt. Aus dem Polizeifunk, dem zeitweise meistgehörten Rundfunkprogramm in Heidelberg, konnten die Anwohner die Treffermeldungen hören.

Chronik der Kämpfe in Heidelberg

Montag, 26.5.1975:
Auf einer vom KBW einberufenen Kundgebung wird beschlossen, gegen die Fahrpreiserhöhung zu kämpfen und die Blockade zu organisieren. Die neugewählte kommunistische Stadträtin Helga Rosenbaum wird verpflichtet, im Gemeinderat gegen die Erhöhung aufzutreten.

Samstag, 31.5.1975:
Etwa 1 000 demonstrieren gegen die Fahrpreiserhöhung.

Donnerstag, 5.6.1975:
Helga Rosenbaum wird aus der Gemeinderatssitzung ausgeschlossen, weil sie unprogrammgemäß die Fahrpreiserhöhung anspricht und für eine Gruppe von Türken, die gegen ihre Ausweisung protestiert, einen Dolmetscher fordert.

Mittwoch, 13.6.1975:
Der Finanzausschuß des Gemeinderats beschließt, dem Gemeinderat eine 25 %ige Erhöhung der Fahrpreise zu empfehlen.

Donnerstag, 19.6.1975:
Um 16.30 Uhr findet ein Sternmarsch zum Bismarckplatz statt, dem zentralen Verkehrsknotenpunkt. Die Straßenbahn wird blockiert. Die Polizei drängt die Demonstranten von den Schienen, die sich dann auf den Achsen des Sternmarsches wieder formieren und Demonstrationszüge auf den Bismarckplatz durchführen. Die Polizei setzt Knüppel ein, das Pepper-Fog-Gerät funktioniert nicht. Der Bismarckplatz ist voller Menschen, die sich zunehmend in die Aktionen einreihen. Waren es am Ausgangspunkt 1 000, so blockieren am Schluß zirka 1 500 bis 2 000. Im Ergebnis ist der Straßenbahnverkehr blockiert worden, wenn auch einzelne Bahnen fuhren.

Die Tagespresse kommentiert widersprüchlich. Das "Tageblatt" spricht von einer vollständigen Blockade, die RNZ von einem "Schlag ins Wasser".

Forts: Seite 10

Fortsetzung:

Chronik der Kämpfe

Die Aktionen finden ihren Abschluß in einer Kundgebung auf der Bismarckwiese, auf der zu Aktionen am nächsten Tag aufgerufen wird.

Helga Rosenbaum wird für die nächsten zwei Sitzungen vom Gemeinderat ausgeschlossen.

CDU und FWV (Freie Wählervereinigung) haben erklärt, für die Fahrpreiserhöhungen zu stimmen, SPD und FDP dagegen.

Freitag, 20.6.1975:

Die Masse der Demonstranten steigt; es sind über 2 000, die sich aktiv beteiligen. Die Demonstration beginnt mit einer kurzen Kundgebung auf der Bismarckwiese, dann teilt sich der Demonstrationszug wieder in die drei Blöcke, die selbständig agieren und von ihrer Achse aus versuchen, auf den Bismarckplatz zu kommen. Wieder ist der Bismarckplatz voller Menschen. Die Taktik der Demonstranten besteht darin, die Blockade jeweils mit politischen Kundgebungen an die Herumstehenden zu verbinden, was gut gelingt; nach den Reden klatschen die Leute. Die Polizei setzt zum ersten Mal die "Wunderwaffe", das Pepper-Fog-Gerät, ein. Nach anfänglicher Einschüchterung stellen sich die Demonstranten auf dies unbewegliche Ding ein, weichen jeweils vor ihm aus und sammeln sich dann wieder zur Blockade. Der Verkehr wird zum Erliegen gebracht, die Polizei greift hart ein.

Die RNZ spricht von einer "enormen Wirkung" des Pepper-Fog, das Tageblatt gibt zu, daß der Verkehr blockiert wurde und daß die Polizei brutal auch Unbeteiligte verprügelt hat.

Die Aktionen finden ihren Abschluß in einer Aktionsbesprechung im Mensa-Innenhof. Eine Resolution wird mit großer Mehrheit verabschiedet, die die Blockade als das einzige Kampfmittel herausstellt.

Samstag, 21.6.1975:

An diesem Tag beteiligen sich bis zu 5 000 Menschen aktiv, das heißt, daß diese Woche jeden Tag eine Steigerung der aktiven Beteiligung erreicht worden ist.

Die Demonstration stellt sich auf dem Kornmarkt auf, wieder in den drei Blöcken. Anfangs waren es zirka 1 000, nach dem Marsch durch die Hauptstraße schon zirka 2 000. Die Polizei hat den Bismarckplatz besetzt, so daß die Demonstration sich vor dem Bismarckplatz teilt und wieder von den drei Achsen angreift. Die Polizei setzt zum ersten Mal Wasserwerfer und Tränengasbomben mit dem Kampfgas CN ein. Die Auseinandersetzung verlagert sich zunehmend in die Hauptstraße, wo für die Demonstranten die taktisch besten Bedingungen herrschen. Unorganisiert entstehen Blockaden von den Leuten, die die Hauptstraße überschwemmen. Bis zu 5 000 nehmen aktiv teil. Die Blockaden wechseln mit Demonstrationszügen ab.

Um 14 Uhr wird versucht, auf dem Universitätsplatz eine Abschlußkundgebung durchzuführen; diese wird mehrmals von der Polizei mit Tränengas angegriffen. Die Demonstranten lernen unter Beifall, die Granaten zurückzuwerfen. Schließlich gelingt es, gegen den Terror der Polizei die Kundgebung durchzuführen.

Die Blockaden gehen spontan bis 18 Uhr weiter. Am Nachmittag zieht die Polizei sich zurück, die Leute stehen diskutierend vor den Straßenbahnen, der Verkehr liegt völlig brach. Obwohl alle Geschäfte zuhaben, ist die Stadt noch voller Leute.



Gemeinderatssitzung am 19.6. Oberbürgermeister Zundel hat den Ausschluß der kommunistischen Stadträtin Helga Rosenbaum befohlen, den die Kammerdiener ausführen wollen.

Die Bourgeoisie wird durch diesen Samstag wachgerüttelt. Am Montag erscheint in beiden Tageszeitungen ein Sperrfeuer gegen die Aktionen. "Gewollte Gewaltakte", "Politische Kriminalität des KBW"; Oberbürgermeister Zundel kündigt Strafanzeige gegen die Stadträtin Helga Rosenbaum an wegen der Äußerung: "Nunmehr beginnt der Kampf auf der Straße."

Montag/Dienstag 23./24.6.1975:

In der Stadt finden Agitationsstände statt; Verkauf der KVZ, der HSB-Broschüre und revolutionärer Literatur auf Tischen. Mit Megaphonen werden kurze Ansprachen gehalten, es finden lebhafte Debatten statt.

Mittwoch, 25.6.1975:

,Die Demonstrationszüge formieren sich in drei Blöcken auf der Hauptstraße, sie werden sofort von der Polizei zerschlagen, die ungleich härter als in der letzten Woche vorgeht, zum ersten Mal mit Holz- statt Gummiknüppeln. Die Aktionen verlagern sich in die Innenstadt, wo die Blockade größtenteils gelingt, wenn die Blockierer auch immer sofort angegriffen werden. Beteiligung 5 000 bis 6 000 Menschen, verteilt über die Innenstadt.

Um 19 Uhr findet auf dem Rathausplatz eine Abschlußkundgebung von zirka 2 000 Menschen statt. Nachdem sie beendet ist, wird sie von der Polizei mit Tränengas, Knüppeln und Wasserwerfern angegriffen und aufgelöst; den ganzen Abend über sind noch Diskussionsgruppen in der Stadt.

Auf der Kundgebung werden neue Resolutionen und Unterschriften aus den Betrieben verlesen (Graubremse, V-Dia, Beschluß des Betriebsrates der RNZ in Neckargemünd mit Unterstützung der Aktionen), das heißt, der Protest verbreitert sich kontinuierlich und findet seine Zuspitzung in der immer größer werdenden Beteiligung an den Blockaden auf der Straße.

Donnerstag, 26.6.1975:

Ab Mittag blockieren die Schüler und Studenten, es gelingen aber nur kurze Kundgebungen, die Polizei ist überall in der Stadt. Massencharakter gewinnen die Aktionen erst ab Betriebsschluß. Ab 16 Uhr wurde der Straßenbahnverkehr in der Hauptstraße eingestellt und mit Bussen am Neckar ersetzt. Die Polizei zieht sich aus der Altstadt zurück. Vom Bismarckplatz, wo die Blockaden schnell von der Polizei zerschlagen werden, geht ein Demonstrationszug durch die Hauptstraße zum Rathaus, er schwillt auf 5 000 bis 6 000 an. Das Rathaus, wo der Gemeinderat über die Erhöhung beschließen will, ist von Polizei umstellt. Vor dem Rathausplatz wird eine Kundgebung abgehalten.

Der Demonstrationszug zum Bismarckplatz schwillt weiter an. Auf dem Bismarckplatz wird blockiert, der Demonstrationszug angegriffen, er zerstreut sich, sammelt sich dann aber wieder in der Hauptstraße, demonstriert zum Rathaus, teilt sich vorher auf und schließt den Ring ums Rathaus, das von der Polizei umstellt ist. In den einzelnen Gassen finden Agitationsreden statt. Die Polizei macht einzelne Ausfallangriffe, zieht sich aber wieder zurück.

Die Belagerung geht die ganze Nacht weiter, alles wartet auf die Entscheidung des Gemeinderats. In der Hauptstraße, der Floringasse und in der Kettengasse werden Barrikaden aus Baustellenmaterial, Sperrmüll und Mülltonnen errichtet, die von der Polizei aber wieder geräumt werden. Die ganze Umgebung des Rathauses ist voll mit Diskussionsgruppen. In der Hauptstraße werfen die Demonstranten mit Flaschen und anderen Gegenständen auf die Polizisten.

Auch nach Bekanntgabe des Ergebnisses – der Gemeinderat beschloß erhöhung – um 22 Uhr geht die Belagerung weiter. Die Polizei geht zum blanken Terror über, wirft Tränengasbomben in offene Fenster, fährt mit hoher Geschwindigkeit durch die kleinen Gassen.

Die Aktionen gehen bis 2 Uhr nachts, bis die Polizei abzieht.

Der Donnerstag war der Höhepunkt der Aktionen, was die aktive Einbeziehung der Massen angeht. Die Hetze der Bourgeoisie in den Zeitungen hat nicht gegriffen.

Freitag, 27.6.1975:

Nachmittags gehen Agitationstrupps in die Stadt und agitieren für die Demonstration am Samstag als entscheidende Auseinandersetzung. Ein Agitationstrupp zieht durch die Hauptstraße, blockiert jede Straßenbahn kurz, spricht einen kurzen Agitationstext, die Parolen; gleichzeitig wird die Straße bemalt. Diese Agitationsform findet große Aufmerksamkeit, die Massen sind für die Weiterführung der Aktionen, der Broschürenverkauf geht ausgezeichnet, die Polizei ist in der Stadt nicht zu sehen.

Samstag, 28.6.1975:

Die ganze Stadt ist von 1 500 bis 2 000 Polizisten, mit Holzstöcken ausgerüstet, besetzt; an jeder Straßenecke ein Trupp. An den verabredeten drei Treffpunkten sind weniger als 500 Leute, zwei Züge werden im Ansatz zerschlagen, einem gelingt ein Demonstrationszug über den Bismarckplatz, wo er sich auch verdoppelt; er wird jedoch wenig später aufgelöst. Die Stadt ist voller Leute. Die Demonstranten sammeln sich in kleinen Trupps in der Hauptstraße. Es finden kurze Blockaden statt, die jedoch schnell aufgelöst werden; die Straßen werden bemalt, insgesamt sind zirka 2 000 aktiv an den Auseinandersetzungen beteiligt. Ein größerer Demonstrationszug formiert sich zum Bismarckplatz, wird jedoch vorher aufgerieben.

Das Ziel, die Besetzung des Bismarckplatzes, kann nicht erreicht werden.

Kleinere Blockaden gehen bis 19 Uhr. Es bilden sich große Diskussionsgruppen auf den Plätzen der Stadt, in denen die Erfahrungen der letzten Tage debattiert werden. Aber es sind da ziemlich viele, die jetzt wissen, daß man sich vom bürgerlichen Staat nichts erhoffen kann, sondern für seine Interessen kämpfen muß.



Frankfurt. Nachdem am 12.6., an dem Tag, an dem die Stadtverordnetenversammlung eine erneute drastische Fahrpreiserhöhung beschlossen hatte, über 3 000 Menschen gegen die Tariferhöhung demonstriert hatten, hat die Ortsgruppe des KBW am Samstag, dem 28.6., mit Ständen und kurzen Ansprachen auf der Zeil, der Frankfurter Hauptgeschäftsstraße, für die Verhinderung der Durchführung der beschlossenen Erhöhungen agitiert und die Rücknahme des Beschlusses der Stadtverordneten gefordert. Während gleichzeitig in Heidelberg 2 000 Menschen gegen die dort beschlossenen Tariferhöhungen durch Blockadeaktionen Widerstand leisteten, versuchten die Genossen der Ortsgruppe in Frankfurt, die Gegner der Fahrpreiserhöhung für eine erneute Demonstration am 5. Juli zu gewinnen und berichteten ihnen von den Kämpfen in Heidelberg.

Ungefähr 400 Menschen nahmen an einer zentralen Kundgebung teil und etwa die Hälfte davon beteiligte sich an einem kurzen Demonstrationszug.

Der Magistrat reagierte auf die öffentliche Ankündigung weiterer Proteste gleich ausgesprochen nervös. Mit einem großen Polizeiaufgebot, darunter über 60 Zivilen, wurden 14 Menschen aus den Versammlungen heraus verhaftet und mehrere Stunden festgehalten.

Pressemitteilung

Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218
Büro: 6800 Mannheim, Glasstraße 4
c/o Almut Bilger, Tel. 0621 / 37 99 34

Bereits über 100.000 Unterschriften für die Forderungen:

- **Weg mit dem § 218!**
- **Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes!**
- **Das Volk selber soll entscheiden!**
- **Volksentscheid gegen den § 218!**

Unter diesen Forderungen: Zentrale Demonstration in Bonn am 21. September

Für diese Forderungen sind in den wenigen Wochen seit Anfang Juni bereits mehr als 100.000 Menschen in der BRD und Westberlin mit ihrer Unterschrift eingetreten!

Mehrheiten in Schulklasse, Seminaren, Mietshäusern und ganzen Straßenzügen haben diese Forderungen unterstützt. Die Arbeiter und Angestellten einer Abteilung, gewerkschaftliche Arbeitskreise und Jugendkörperschaften haben sich mit ihrer Unterschrift mehrheitlich hinter diese Forderungen gestellt. Der Vertrauensleutekörper von Ford-Köln z. B. hat eine Resolution verabschiedet, in der er die ersatzlose Streichung des § 218 und den Volksentscheid gegen den § 218 fordert. Auch die Delegiertenkonferenz der IG Metall in Köln und in Darmstadt haben sich diesen Forderungen angeschlossen. In den Kasernen werden sie diskutiert und finden große Zustimmung und die Unterstützung vieler Soldaten.

Diese breite Unterstützung, die die Initiative der Komitees in allen Teilen des Volkes findet, bestätigt die Richtigkeit des Vorschlags der Komitees zur Fortsetzung des Kampfes gegen den § 218 und ihres Aufrufes. In dem beschlossenen Aufruf heißt es:

"Seit dem Bestehen ist der § 218 den Volksmassen verhaßt. In den letzten Jahren ist die Ablehnung dieses Paragraphen immer größer geworden. Eine breite Meinung hat sich gebildet für die Forderung: Dieser Paragraph muß weg! Diese Forderung ist vollkommen gerecht und entspricht den Interessen des Volkes. Daran kann keine Bundestagsentscheidung, kein Kirchenspruch und kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes etwas ändern."

Am 1. Juli waren es 48 der 79 vertretenen Komitees, die den Aufruf nach eingehener Diskussion auf einem Kongreß beschlosen haben. Heute, am 1. Juli, arbeiten bereits Komitees und Initiativen in über **100 Städten** auf der Grundlage dieses Aufrufs!

Das nächste Ziel der Komitees ist die Durchführung einer Massendemonstration in Bonn am **21. September 1975** – zu Beginn der Sitzungsperiode des Bundestages. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Unterschriftensammlung weitergeführt. Im Aufruf der Komitees und Initiativen gegen den § 218 heißt es:

"Unterstützt die Unterschriftensammlung der Komitees und Initiativen gegen den § 218! Bringt Mehrheiten gegen den § 218 in den Gewerkschaften und Betrieben, in den Stadtteilen, den Schulen und Universitäten zum Ausdruck. Beteiligt Euch an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn!"

Zu Ihrer Information bzw. für Rückfragen
– legen wir einen Aufruf als Anlage dieser Pressemitteilung bei
– steht Ihnen der Ausschuß unter der oben angegebenen Adresse und Rufnummer zur Verfügung.

Mannheim, den 1. Juli 1975
Für den Ausschuß der Komitees

Almut Bilger

Berichtigung

In der letzten Nummer der KVZ ist auf Seite 10 ein Bild abgedruckt, das die Aufschrift "Weg mit dem § 218! Volksentscheid!" **auf einem Kirchendach zeigen sollte. Diese Aufschrift war durch eine** technische Panne unlesbar. Außerdem handelt es sich dabei um das Dach einer Kirche in Freiburg-Weingarten, nicht wie angegeben in Weingarten.

Heitersheim. Am Mittwoch, dem 18.6.1975, hat der Heitersheimer Gemeinderat einstimmig beschlossen, die Verhandlungen mit der Firma BBR über den Bau einer Brennelementefabrik, in der auch Plutonium verarbeitet werden sollte, für gescheitert zu erklären. Die Reaktorbaufirma hatte mit falschen Angaben über die geplante Produktion (angeblich sollte kein Plutonium verarbeitet werden), falschen Versprechungen (2 000 Arbeitsplätze, bei höchstens 200 geplanten, davon die überwiegende Mehrheit für auswärtige Spezialisten) und dem Hinweis auf die Gewerbesteuermillionen sich eine erste Zusage des Gemeinderats beschafft. Als allmählich herauskam, was die Firma wirklich vorhatte, bildete sich spontan eine Bürgerinitiative, die auch in den umliegenden Gemeinden Unterstützung fand. Jetzt hat der Gemeinderat die Baugenehmigung verweigert.

Biblis. Fast 400 Menschen kamen zu einer Versammlung der Umweltschutzinitiative gegen den weiteren Ausbau des schon jetzt größten Kernkraftwerks der Welt, das vom Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk (RWE) betrieben wird. Die Versammelten waren sich einig, daß jedenfalls ein weiterer Ausbau des Kernkraftwerks wegen der großen GEfahren, insbesondere durch den Ausstoß der riesigen Kühltürme, nicht zugelassen werden darf.

Sparmaßnahmen und höhere Kosten für das Volk:

...so stellt sich der Staat die Reform des Volksbildungswesens vor

Abbau der staatlichen Bildungsausgaben ist gegenwärtig die Hauptlinie der bürgerlichen Bildungspolitik. Reformen im Bildungswesen beschränken sich auf Sparmaßnahmen, die zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrer und zu noch schlechteren Ausbildungsverhältnissen für die Jugendlichen führen. Gleichzeitig wird den Massen für die schlechter werdende Ausbildung ihrer Jugend immer mehr Geld aus den Taschen gezogen. Kein Posten im Volksbildungswesen ist dabei dem bürgerlichen Staat zu klein, als daß er nicht versuchen würde, die Kosten dafür auf die Massen abzuwälzen.

Ausnahmen davon gibt es – wie die Korrespondenz aus Bielefeld zeigt – nur da, wo direkt der Nachwuchs der bürgerlichen Klasse ausgebildet wird und wo diese noch darauf hoffen kann, daß das bürgerliche Gedankengut nicht auf den Widerstand der Jugendlichen trifft. An den Hochschulen ist diese Hoffnung inzwischen vergeblich. Diese Sorte von Sparmaßnahmen, während den Kapitalisten gleichzeitig Milliarden als Subventionen und Investitionshilfen zugeschustert werden, zeigt, daß solange der bürgerliche Staat über das Volksbildungswesen herrscht, die Ausbildung der Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes miserabel bleiben wird. In einer Wirtschaftskrise wie sie jetzt herrscht, tritt dies verschärft zu Tage. Das hat seinen Grund darin, daß dieser Staat die Aufgabe hat, die kapitalistische Wirtschaft und damit die Profite zu sichern. So nimmt er den Lohnabhängigen über die Steuern immer mehr Gelder ab, die er den Kapitalisten zuschiebt und immer, wo es um Gelder für die Bedürfnisse der Volksmassen geht, erzählt er, Geld wäre keines da.

Diese Verrottung des Volksbildungswesens trifft auf einen immer heftigeren Widerstand der Massen, wie viele Demonstrationen in letzter Zeit gezeigt haben. Verhältnismäßig breit ist dabei die Einmütigkeit darüber, daß der Staat für die Kosten der Ausbildung der Jugend aufkommen muß, und daß daran kein Abstrich gemacht werden darf. Weniger Klarheit dagegen herrscht darüber, daß man dem bürgerlichen Staat die Herrschaft über das Volksbildungswesen streitig machen muß, daß die Arbeiterklasse und das Volk über die Ausbildung bestimmen müssen. Nur so wird ein Volksbildungswesen möglich sein, in dem die Fähigkeiten der Jugend sich entwickeln können.

–Red.–

Universität Freiburg:

Durch Mehrheitsbeschluss: CDU-Studenten schifften ab

In verschiedenen bürgerlichen Zeitungen wurde in den letzten Tagen berichtet, kommunistische Studenten in Freiburg hätten ein Veranstaltung von CDU-Studenten gestört und deren Vorsitzenden verprügelt. "So diskutieren Kommunisten" stellte die 'Bild-Zeitung' dazu fest. So lügt die bürgerliche Presse, wird man wohl entgegnen müssen, wenn man weiß, was sich wirklich ereignet hat.

Auf einer Vollversammlung hatten die Freiburger Studenten beschlossen, eine Aktionswoche gegen die politischen Entlassungen im öffentlichen Dienst durchzuführen. In einer Erklärung von 300 Beschäftigten der Universität Freiburg war zum "Radikalenerlaß" erklärt worden, dieser stelle den Versuch dar, "politische Einschüchterung, Duckmäusertum und Opportunismus ... zu etablieren".

Mitten in der Aktionswoche wollten die CDU-Studenten nun eine Propagandaveranstaltung für die politischen Entlassungen durchführen unter dem Thema "Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst".

Die Studenten ließen es sich nicht nehmen, auf diese Veranstaltung zu gehen. Anders als die CDU-Studenten gedacht hatten beschloß die überwältigende Mehrheit der fast 600 erschienenen Studenten aber, daß auf's Podium als Diskussionsleiter nicht ein CDU-Student als Vertreter des bürgerlichen Staates, sondern ein vom "Radikalenerlaß" Betroffener gehöre.

Dieser Abstimmung wollten sich die CDU-Studenten, die ihre Felle davonschwimmen sahen, aber nicht beugen und drängten den Diskussionsleiter vom Mikrofon weg. Kein Wunder, daß die Studenten ihrem Willen, den sie durch Abstimmung zum Ausdruck gebracht hatten, Geltung verschafften, indem sie die CDU-Studenten vom Mikrophon verdrängten.

In einer Presseerklärung der Kommunistische Hochschulgruppe (KHG) heißt es dazu: "Daß dabei irgendjemand verletzt wurde, entbehrt jeder Grundlage. Die umstehenden Studenten waren Zeuge, wie sich Rainer Erös zu Boden fallen ließ und Verletzungen vortäuschte."

Um der Hetze der CDU-Studenten, die zu erwarten war, vorzubeugen, verabschiedeten die anwesenden Studenten anschließend eine Resolution:

"Die hier anwesenden Versammelten haben heute eine Provokation des RCDS zurückgeschlagen. Der RCDS und seine Drahtzieher in den Ministerien und in der Unibürokratie sind diejenigen, die aktiv für die Durchsetzung des Schießerlasses sorgen. Dazu arbeiten sie mit allen Mitteln der Bespitzelung und der Gerichte. Um dafür Freunde zu finden, machen sie Veranstaltungen wie die heutige. Weil der RCDS als Handlanger der Herrschenden unter den Studenten keine Mehrheiten für seine Ansichten mehr findet, geht er offen mittels Bespitzelung und Gerichte gegen diejenigen vor, die sich für ihre Interessen und Rechte einsetzen. Deshalb war es richtig, daß wir in einer Abstimmung mit überwältigender Mehrheit einen Diskussionsleiter eingesetzt haben. Die Reaktionäre weigerten sich, diesen Beschluß anzuerkennen, und mußten deshalb vom Podium gedrängt werden.

Daß es uns gelungen ist, diese Veranstaltung von einer Werbeveranstaltung für die Berufsverbote zu einer Veranstaltung gegen die Berufsverbote zu machen, war ein praktischer Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote ..."

Red. nach Berichten

Weg mit dem Fahrkostenerlass

An den Pforzheimer Schulen wurde erst wenige Wochen vor den Sommerferien ein Erlaß bekannt, der die Streichung der Fahrtkostenzuschüsse ab Klasse 11 und eine Anteilerhöhung von 8 auf 12 DM bis Klasse 10 vorsieht.

Auf Initiative verschiedener Schülerzeitungen wurde von Schülern ein Komitee gegen die Streichung der Fahrtkostenzuschüsse gegründet.

Das Komitee arbeitete auf städtischer Ebene, wobei einige umliegende Orte miteinbezogen wurden. Es arbeiteten Schüler aus fast allen Pforzheimer Schulen mit, und schon bei der ersten Sitzung erschienen über 60 Menschen. Noch am selben Abend wurde ein informatives Flugblatt aus-
60 Menschen. Noch am selben Abend wurde ein informatives Flugblatt aus-
gearbeitet, Wandzeitungen geschrieben und Unterschriftenlisten abgezogen.

Die Empörung bei Eltern und Schülern über diese weitere Sparmaßnahme war so groß, daß innerhalb kurzer Zeit über 3 000 Unterschriften gesammelt wurden.

Man war sich einig, daß eine Demonstration erfolgen müsse, die auf den 26.6. festgelegt wurde. Durch Flugblätter und Sandwichaktionen wurde auf die Demonstration aufmerksam gemacht. An den Schulen wurden Vollversammlungen abgehalten, auf denen sich die Mehrheit der anwesenden Schüler für eine Demonstration aussprachen und eine Resolution des Komitees unterstützten. An mehreren Schulen sprach man sich für einen Schulstreik aus.

Die spontanen Forderungen, die auch auf den Transparenten erschienen, lauteten:

Weg mit dem Erlaß! Zuschüsse müssen wieder her, sonst geben wir keine Ruhe mehr! Gegen Etatkürzungen an allen Pforzheimer Schulen! Für Einhaltung der Lernmittelfreiheit! Gegen Sparmaßnahmen im Bildungsbereich! Keine Kürzung der
dungsbereich! Keine Kürzung der
Ausbildungsförderung (BAFöG)!

Auf der Demonstration am 26.6. marschierten etwa 1 000 Menschen mit, die in Sprechchören lautstark ihre Empörung zum Ausdruck brachten. Der Demonstrationszug bewegte sich durch die Innenstadt und endeten mit einer Schlußkundgebung auf dem Marktplatz, auf der mehrere Schüler sprachen.

Waldskirch/Rastatt. Auch am Gymnasium Waldskirch hat sich der Widerstand gegen den Sparerlaß der Landesregierung bereits entwickelt. In einer vom Schülerrat einberufenen Schülerversammlung auf dem Pausenhof wurde dort beschlossen, die erhönten Fahrkosten nicht zu bezahlen. Einstimmig wurde eine Resolution verabschiedet, in der es heißt: Die Schülerschaft ist der Meinung, daß diese Sparmaßnahmen der Landesregierung in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise und der Arbeitslosigkeit eine unzumutbare Belastung für die Eltern der betroffenen Schüler darstellt. Besonders hart trifft diese Sparmaßnahme diejenigen Eltern, die sowieso gerade nur mit ihrem Lohn über die Runden kommen.
über die Runden kommen.

Inzwischen haben über 200 Eltern diese Resolution unterschrieben.

Auch in Rastatt stieß der Erlaß der Landesregierung auf Empörung. Am 23.6. trafen sich dort Eltern und Schülervertreter und beschlossen, entschieden gegen diese Sparmaßnahmen vorzugehen. Dort wird jetzt eine Unterschriftensammlung gegen den Erlaß durchgeführt. –Schüler der Sympathisanten gruppe des KBW–



Pforzheim 26.6.: Kundgebung gegen den Fahrkostenerlaß

Viel Geld wird am Oberstufenkolleg verbraten

In der KVZ vom 12.6.75 wird vom Kampf der Schüler an den Carl-Severing-Berufsschulen in Bielefeld berichtet, der sich gegen die unhaltbaren Unterrichtsbedingungen an diesen Schulen richtet.

In der gleichen Stadt, in der Berufsschüler eine gründliche Ausbildung nicht erhalten können, haben jedoch die Schüler des "Oberstufenkollegs Bielefeld" die Möglichkeit, sich unter allerbesten Bedingungen auf ihr Studium an der Universität vorzubereiten.

Das Oberstufenkolleg ist 1968 als großangelegter Schulversuch des Landes Nordrhein-Westfalen begonnen worden. 6 Jahre wurde an dem Millionenprojekt geplant und gebaut. Das Oberstufenkolleg dient ausschließlich dazu, Schüler der Klassen 11 bis 13 für eine akademische Laufbahn zu qualifizieren.

Und so sind die Lernbedingungen für die Kollegiaten: während an den Carl-Severing-Berufsschulen

- durch Lehrermangel bisher nahezu 50 % der Unterrichtsstunden ausfallen mußten und sich dieser Zustand weiterhin zu verschärfen droht, erhalten die Kollegiaten 100 % ihres Unterrichts, noch da zu in Lerngruppen von durchschnittlich 15 Schülern (normale Klassengröße in der Berufsschule: 25 Schüler);
- Werkstatträume fehlen, arbeiten die Kollegiaten in nach modernsten Erkenntnissen ausgestatteten Fachräumen mit teuren Apparaturen und Einrichtungen;
- jedem Schüler durchschnittlich 7,5 qm Fläche im Schulgebäude zur Verfügung stehen, kann sich ein Kollegiat auf genau der doppelten Fläche (15 qm) aalen;
- die Schüler ihr Butterbrot selbst mitbringen müssen, werden die Kollegiaten in der Schulmensa verpflegt;
- für die Schüler kaum Bücher zur Verfügung stehen, können die Kollegiaten eine bestens ausgestattete Bibliothek mit einer großen Zahl abonnierter Zeitschriften benutzen.

So wird also in einer Modellschule, an der die bürgerliche Klasse ihre Funktionäre heranzieht, das Geld verbraten, das dann, wenn es um die Ausbildung der Arbeiterjugend geht, angeblich nicht da ist.

–S., Bielefeld–

Haushaltskürzungen an den Universitäten

Mainz. Auf Beschluß der Landesastenkonferenz führten die Studenten von Rheinland-Pfalz am 19.6. in Mainz eine Demonstration gegen die Haushaltskürzungen der Landesregierung durch. Etwa 700 Studenten beteiligten sich an der Demonstration. Der Beschluß der Landesregierung sieht z.B. an der Universität Mainz vor, daß 25,7 % der für 1975 vorgesehenen Ausgaben eingespart werden. Die Forderungen der Demonstration waren: Weg mit den Haushaltskürzungen! Einstellung aller ausgebildeten Lehrer! Weg mit den Berufsverboten! Einheitliche Ausbildung für alle Jugendlichen in Theorie und Praxis bis zum 18. Lebensjahr.

Köln. 200 Millionen will die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen noch in diesem Jahr an den Hochschulen einsparen. Dazu ist vorgesehen, daß die Haushalte der Hochschulen für 75 um 45 % gekürzt werden.

Studentenparlamentswahlen

Braunschweig. Vom 10.6. bis 12.6. fanden an der Technischen Universität Braunschweig die Wahlen zu den Organen der verfaßten Studentenschaft statt. Stärkste Fraktion wurde wie im vergangenen Semester der Kommunistische Studentenbund, der wiederum 9 Mandate erhielt. Die Liste der Jungsozialisten erhielt 6 Mandate (gegenüber 2 im Vorjahr), insgesamt 15 Mandate gingen an Studenten, die keiner politischen Organisation angehören. Die rechten Gruppierungen erhielten zusammen 5 Mandate und damit 2 weniger als im vergangenen Semester.

Köln. Die Wahlen zum Studentenparlament an der Universität Köln ergaben eine Stärkung der rechten Gruppen im Studentenparlament durch Gewinne der Liste "Unabhängige", die von den 50 Mandaten 13 erhielt (gegenüber 10 im Vorjahr). Der Sozialistische Hochschulbund (SHB) erhielt 6 (8), die MSB-Spartakus-Studenten erhielten 6 (4) Mandate. Ebenfalls 6 Mandate erhielten der SLH und die Jusos (bisher 4). Die Kommunistische Hochschulgruppe erhielt wie im Vorjahr 3 Mandate. Die Wahlbeteiligung, die im Vorjahr 40 % betragen hatte, betrug diesmal 44,9 %.

Mannheim. Bei den Wahlen zum Studentenrat der Fachhochschule Technik erhielt die Kommunistische Hochschulgruppe 5 von 9 Sitzen. Sie stellt auch den neuen AStA.

Osnabrück. Aus den Wahlen zum Studentenparlament an der Universität Osnabrück ging der Kommunistische Studentenbund als zweitstärkste Fraktion hervor. Er erhielt 6 von 23 Sitzen gegenüber 4 im alten Parlament. Stärkste Fraktion wurde der RCDS (Ring Christlich Demokratischer Studenten) mit 10 Sitzen, der zuvor 7 Sitze hatte.

Freiburg. Bei den Studentenratswahlen an der Pädagogischen Hochschule Freiburg vom 23.–25.6. ging die Kommunistische Hochschulgruppe (KHG) mit 35,7 % (letzte Wahl 19,3 %) aller abgegebenen Stimmen (das sind ca. 340 Wähler und 8 von 21 Sitzen) als Sieger hervor. Rechte Gruppen bilden mit 7 Sitzen die zweitstärkste Fraktion. MSB, SHB und Jusos erhielten zusammen nur 6 Sitze, das sind 31,6 %.

Koblenz. Bei den Wahlen zum Studentenparlament der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule verlor der RCDS die absolute Mehrheit (8 Sitze) und erhielt nur noch 5 Mandate. Den AStA stellt jetzt die GEW (5 Mandate) gemeinsam mit der Freien Liste (2 Mandate). Insgesamt wurden 15 Parlamentssitze vergeben. Der Kommunistische Studentenbund, der sich erst im April 1975 gegründet hat, errang bei diesen Wahlen 1 Mandat.

Freiburg. Die studentische Vollversammlung der evangelischen Fachhochschule für Sozialwesen in Freiburg wählte am 9.6. einen AStA. An den AStA-Wahlen beteiligten sich 42 % der ca. 326 Studenten. Gewählt wurde die einzige Liste, die zum AStA kandidierte, und die sich aus 5 Mitgliedern der Basisgruppen und 2 Mitgliedern der Kommunistischen Hochschulgruppe zusammensetzte.

Frankfurt. An den Wahlen zum Studentenparlament der Universität Frankfurt beteiligten sich lediglich 24 % der Studenten. Stärkste Fraktion wurde mit 7 Sitzen die SHJ (eine Gruppe von Spontaneisten), die Jungsozialisten erhielten 5 Sitze. Die CDU-Studenten (RCDS) erhielten 3 Sitze. 2 Sitze erhielt der Kommunistische Studentenbund.



US-Kriegsverbrecher General Davison und Verteidigungsminister Leber

Eines Kriegsverbrechers Abschied

Heidelberg. Zum 1. Juli wurde der amerikanische General Davison in den Ruhestand versetzt. Davison war seit 1971 Oberbefehlshaber über die in Europa stationierten US-Landstreitkräfte. Zugleich kommandierte er die 7. US-Armee und die NATO-Heerestruppe Mitte. Das NATO-Kommando befindet sich in Mannheim-Seckenheim, das Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg. Bis 1971 kommandierte der General den strategischen Bezirk von Saigon.

Für seine Verdienste als Offizier der US-Armee wurde Davison ein besonderer Verdienstorden im Namen des amerikanischen Präsidenten von dem Inspekteur des amerikanischen Heeres verliehen. Am Freitag war der US-General bereits mit dem Großen Zapfenstreich des Bonner Wachbataillons der Bundeswehr im Heidelberger Schloßgarten geehrt worden. Bei dieser Veranstaltung hielt Verteidigungsminister Leber eine Ansprache: "Der an herausragender Stelle als Soldat wirkende General Davison habe sich um dieses Land verdient gemacht" (Rhein-Neckar-Zeitung vom 30.6.1975).

Der Grund für diese Feststellung Lebers gab der 'Mannheimer Morgen' bei seiner Beschreibung des Generals: "Partnerschaft – Inhalt und Ziel aller Verteidigungsanstrengungen, die das Atlantische Bündnis politisch wie militärisch für eine präsente, glaubwürdige Abschreckung unternehmen sollte." Mit dieser Charakterisierung des Generals wird abgehoben auf die Interessen der europäischen NATO-Mitglieder nach einer selbständigeren Rolle. Dem trug der Repräsentant des US-Imperialismus Rechnung. Davison berücksichtigte die veränderte Lage des US-Imperialismus in der Welt.

Vor der Übernahme des Kommandos in Heidelberg 1971 war Davison Chef der amerikanischen Truppen in Indochina. Ihm unterstand der strategische Bereich Saigon. Er brüstete sich damals damit, daß seit seiner Amtsübernahme auf einen gefallenen US-Soldaten 28 Soldaten der vietnamesischen Befreiungsstreitkräfte kamen, während vorher das Verhältnis 1 : 18 bestand. Er habe in seinem Bereich den Vietcong vernichtet, tönte er großkotzig. Im My Lay-Prozeß sagte er aus, daß jede Einheit ihr My Lay habe. In My Lay, einem vietnamesischen Dorf, hatte der Leutnant Calley wahllos Frauen, Kinder und alte Menschen hingemetzelt.

Als Davison nach Heidelberg versetzt wurde, gab es breite Proteste aus der Heidelberger Bevölkerung gegen die Anwesenheit dieses Kriegsverbrechers. Eine große Demonstration wurde zu dem US-Hauptquartier geführt mit der Parole: "US-Kriegsverbrecher Davison – raus aus Heidelberg!" Die Ehrungen, mit denen der General jetzt überhäuft wurde, zeigen, daß die Bourgeoisie weiß, was sie an diesem Offizier verliert. –g.j.–

sprache: "Der an herausragender Stelle als Soldat wirkende General Davison habe sich um dieses Land verdient gemacht" (Rhein-Neckar-Zeitung vom 30.6.1975).
Der Grund für diese Feststellung Lebers gab der 'Mannheimer Morgen' bei seiner Beschreibung des Generals: "Partnerschaft – Inhalt und Ziel aller Verteidigungsanstrengungen, die das Atlantische Bündnis politisch wie militärisch für eine präsente, glaubwürdige Abschreckung unternehmen
und alte Menschen hingemetzelt.
Als Davison nach Heidelberg versetzt wurde, gab es breite Proteste aus der Heidelberger Bevölkerung gegen die Anwesenheit dieses Kriegsverbrechers. Eine große Demonstration wurde zu dem US-Hauptquartier geführt mit der Parole: "US-Kriegsverbrecher Davison – raus aus Heidelberg!" Die Ehrungen, mit denen der General jetzt überhäuft wurde, zeigen, daß die Bourgeoisie weiß, was sie an diesem Offizier verliert. –g.j.–

Die in der KVZ Nr. 25 angegebene Telefonnummer, bei welcher **der Pierburg-Film bestellt werden** kann, ist verwechselt worden. Die richtige Nummer ist 0611 / 554910

Im heiligen Dienst...

Das "Katholische Gesang- und Gebetsbuch" – einziges Schriftstück neben der Bibel

An einem Wachtag habe ich aus Langeweile ein Gesangbuch in die Hand genommen. Als ich das unten gedruckte Vorwort gelesen hatte, war ich empört darüber und sprach deshalb meine Kameraden darauf an. Sie hatten zwar nur Gespött für den Text übrig. Aber sie hielten es für eine Sauerei, daß es das einzige Schriftstück neben der Bibel ist, was wir in den ersten Tagen zu lesen bekommen, wenn man uns mal in den Knast steckt.

Katholisches Gesang- und Gebetsbuch für die Deutsche Bundeswehr – Herausgegeben vom Katholischen Militärbischofsamt, Bonn. Vorwort:

Ich bin Soldat. Mein Leben stand bisher im engeren Bereich der Familie, der Heimat, des Betriebes. Nun gliedere ich mich ein in die weite Gemeinschaft des Dienstes für das Volk und für die Völker. Ich habe eine ehrenvolle Berufung. Das Schicksal vieler ist nun auch in meine Hand gelegt. Ich zeige mich dessen würdig.

Ich stehe in einer straffen Ordnung. Sie ist notwendig für jede Aufgabe. Sie ist eine hohe Schule auch für meinen Charakter. Zucht und Maß, Freude und Freiheit, Gewalt über mich selbst sollen Frucht meines Dienstes sein. Diese Pflicht, die ich erfülle, ist mir von Gott auferlegt. Dienen will ich so, daß ich meinem Gott jeden Augenblick rein und klar ins Auge schauen kann.

Ich will nicht untergehen in einer namenlosen Menge. Ich will nicht, daß mich die Uniform verberge. Denn ich weiß, Gott ist stets an meiner Seite. Als sein Kämpfer muß ich mich bewähren und als Persönlichkeit. Darum ist mein Grundsatz: Ich bleibe rein, ich halte die Treue meiner Gattin, meiner Braut, ich halte in Ehren die Würde der Frau und meines eigenen Leibes, ich halte die Zunge in Zaume und das Auge klar.

Ich trage Verantwortung. Um dieser Verantwortung willen gliedere ich mich in die Gemeinschaft ein, ich muß gehorchen. Ich will Kamerad sein. Ganz selbstlos. Über allen steht Gottes Gesetz, steht mein Gewissen, nach Gottes Gesetz ausgerichtet. Ich tue nichts Schlechtes, auch wenn anscheinend Gutes daraus folgt, oder wenn es unter dem Schein des Guten verlangt wird. Ich bin seit der Taufe Soldat Christi. Ich muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Ich streite für Gottes Ehre.

–G.M., Schwanewede–

Bei der Behandlung in zivilen Krankenhäusern:

Keine Befristung!

Der Artikel in der KVZ Nr. 24 macht die Misere im Militärgesundheitswesen und die richtigen Forderungen dagegen deutlich.

In meiner Kompanie erzählte ein Kamerad folgendes: Ihm ist vor einiger Zeit immer wieder flau geworden, bekam Schwindelanfälle, Sehstörungen, Herzbeschwerden. Die Militärärzte hätten nichts finden können und haben ihn in eine Spezialklinik überwiesen. Hier wurde er dann für mehrere Wochen untersucht und beiobachtet. Die Ärzte konnten ebenfalls nichts genaues feststellen, es bestand jedoch starker Verdacht auf Herzerkrankung. Bei der Überweisung in die Spezialklinik wurde von den Militärärzten nun eine Behandlungsfrist festgelegt. Normalerweise hätte der Kamerad auch über die Frist hinaus im Krankenhaus weiter behandelt werden müssen, da die Ursachen für die Krankheit noch nicht erkannt waren und der Soldat nicht geheilt werden konnte. Obwohl der Soldat weiter unter der Krankheit litt, mußte er nach Ablauf der Frist zu seinem Standort zurückfahren und sich bei den Militärärzten melden. Diese schickten ihn dann noch am gleichen Tag zurück in die Spezialklinik zur Weiterbehandlung. Man sieht, wie mit der Gesundheit der Kameraden umgesprungen wird. Hätte der Soldat während der Fahrt einen Herzanfall gekriegt und wäre daran verstorben, dann hätte man wohl später offiziell lesen können: Verstorben außerhalb des Dienstes.

Soldaten gegen den Paragraphen 218

Augustdorf/Paderborn. Das Soldaten- und Reservisten-Komitee hat Unterschriften gesammelt gegen den § 218 mit folgenden Forderungen:
- Weg mit dem § 218!
- Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes!
- Das Volk selber soll entscheiden!
- Volksentscheid gegen den § 218!

Auf einer Liste haben 28 Soldaten unterschrieben: Das bedeutet, daß in einer Kompanie von nur 37 Mannschaftsdienstgraden 28 Soldaten unterschrieben habe. Auf einer weiteren Liste sind 35 Unterschriften von Soldaten einer Kompanie, in dieser Kompanie wird noch weiter gesammelt.

–K., Soldaten- und Reservistenkomitee Augustdorf/Paderborn–

Neue Taktik der Polizei im Straßenkampf



Neue Taktik der Polizei im Straßenkampf



Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" stellt in ihrer Ausgabe vom Montag kommentarlos die Mittel vor, die nach Auskunft der Polizeiführung bei der Niederwerfung der Massenbewegung gegen die Fahrpreiserhöhung in Heidelberg erfolgreich waren. Angeblich sollen diese Mittel "neu" sein. Worin bestanden diese Mittel?

Das erste dieser Mittel bestand darin, daß der Oberbürgermeister Zundel sich nach Auskunft der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zum 'Heidelberger Tageblatt' begab, um sich über mangelnde Objektivität in der Berichterstattung zu beschweren. Wer den Spielfilm "Der Pate" gesehen hat, wird wissen, wie sich das abgespielt haben mag. Jedenfalls war von Stund an im 'Tageblatt' die Rede von auswärts hergereisten Politrockern, wobei es sich die gemaßregelte Tageblattredaktion nicht verkneifen konnte, zu berichten, daß aus den Fenstern der Hauptstraße massenhaft der Schutt auf die Polizei geflogen ist. Das erste Mittel dieser Taktik ist also keineswegs neu, sondern besteht in der gewöhnlichen Einschüchterung und Erpressung.

Das zweite Mittel soll ein "psychologisches" gewesen sein. Im Verlauf der Massenaktion hatten nämlich verschiedene Gruppe, die der DKP nahestehen, zum Aufbau eines "Roten Punkte Verkehrs" aufgerufen. Politisch gesehen war das in der gegebenen Situation ein Mittel der Spaltung von innen heraus, weil es auf die Beschäftigung mit etwas unwesentlichem abgelenkt hätte, wo es darauf ankam, die Blockaden zu halten. Die Polizeiführung hat das benutzt. Sie hat verbreitet, gegen das Personenbeförderungsgesetz verstoße, wer den "Rote Punkt Verkehr" unterstütze. Damit waren zwei Fliegen mit einer Klappe gefangen. Erstens wurde eine innere Spaltungslinie der Aktion ausgenutzt, indem in der Stadt eine Lage herrschte, wo jedermann davon ausgeht, wogegen die Polizei ist, das muß das Richtige sein. Zweitens wurde gleichzeitig dieses Mittel als gesetzeswidrig bezeichnet, so daß man Hemmungen haben sollte, sich einen persönlichen Prozeß anzuhängen, den man dann persönlich und mit Schadenersatz durchzustehen hat. Hinter dem "psychologisch" verbirgt sich zweierlei. Erstens die Absicht der Spaltung und zweitens die blanke Lüge, denn selbstverständlich gibt es gar keine gesetzliche Grundlage, die den "Rote Punkt Verkehr" verbieten würde. Spaltung und Lüge, das ist das zweite Element der "neuen" Taktik.

Das dritte, nun aber wirklich "neue" soll sein, daß die Polizei in die Straßenbahnwagen gesetzt wurde, was "abschreckend" gewirkt haben soll. Die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' schreibt 'abschreckend' selber mit Apostroph. Dieses polizeitaktische Mittel soll den Erfolg gebracht haben. Tatsächlich war es so, daß dieses neue Mittel bloß eingesetzt werden konnte, weil beiläufig 2 000 oder noch mehr Polizisten die Stadt besetzt hielten, so daß an jedem Straßeneck welche standen. Das war die Basis für die Taktik. Anders hätte es gar nichts geholfen und gegenüber der Massenaktion ist ganz sicher, daß die Polizisten hübsch fein säuberlich in ihren Fahrzeugen sitzen geblieben wären. Deswegen ist diese "neue" Taktik auch erst am späten Samstag angewendet worden, als sich auf der Straße der Polizeiknüppel durchgesetzt hatte. Das "neue" an dieser Taktik besteht darin, daß es nötig wurde, in einer Stadt von 125 000 zweitausend oder mehr Polizisten einzusetzen. Dies soll verborgen werden. Während die Bourgeoisie mit ihrer Taktik der Einschüchterung selbst der bürgerlichen Presse, der Erpressung und der Spaltung, der offenen Lüge prahlt, prahlt sie nicht mit dem massierten Polizeieinsatz. Der Grund dafür ist schlicht. Auf den Bundesmaßstab umgerechnet, vermöchte die Bourgeoisie Polizeikräfte in diesem Umfang gar nicht aufzustellen, und selbst wenn man die Armee mitrechnet, so vermöchte sie es nicht. Und sicher ist auch, daß derart massierte Polizeiaufgebote keineswegs mehr ideologisch fest auf der Linie der Bourgeoisie zu halten sind. Das Soldaten- und Reservistenkomitee Heidelberg hat während der Aktion Flugblätter an die Polizeikräfte verteilt. Wir meinen, wenn die Bourgeoisie dazu übergeht, die Polizei in solchem Umfang in die Städte zu ziehen und wenn sie sie dort liegen lassen wird, das wird ein interessantes Ergebnis haben. Es hat jedenfalls kein Knüppel einen Bürger der Stadt überzeugt, umgekehrt ging es besser.

–f.–

Portugal: Das Volk treibt die Agrarreform voran

Einige Beispiele, wie das Volk die Agrarreform in Angriff nimmt, ohne auf die offizielle Erlaubnis zu warten

Den Informationen unserer Freunde in Lissabon ist zu entnehmen, daß die Agrarreform erst Ende Sommer 1975 offiziell in Angriff genommen werden soll.

In einer Erklärung des Agrarministers Oliveira Baptista heißt es über die Ziele dieser Reform: 1. Unterstützung der Klein- und Mittelbauern; 2. Enteignung der Großgrundbesitzer; die Agrarreform ist ein lokaler Prozeß, sie darf nicht von der Stadt aus befohlen werden. Man muß bei der Agrarreform die lokalen Gegebenheiten und den Willen der Bauern mit einbeziehen. Abschaffung des Großgrundbesitzes und Übernahme dieser Ländereien durch die Bauernmasse; im Norden Schaffung von Genossenschaften oder anderer Vereinigungen (weil dort jeder Bauer nur ein kleines Stückchen Land besitzt, Parzellenwirtschaft); gemeinsame Ausnutzung der technischen Mittel; Übergabe der "Ländereien der Dorfgemeinschaft", die der Faschismus den Bauern weggenommen hat. In den bewässerten Gebieten darf der Grundbesitz eines Bauern **nicht größer als 50 Hektar** sein, in den übrigen **nicht mehr als 500 Hektar**. Diese Größen sind nicht statisch; sie können von Ort zu Ort schwanken. Sie hängen vom Ernteertrag, von den anzubauenden Produkten und von der Qualität des Bodens ab. **Was darüber hinausgeht, wird verstaatlicht, d.h. die Bauern, die auf dem verstaatlichten Boden arbeiten, bekommen vom Staat ein festes Gehalt.** Schaffung von lokalen Räten, die die Agrarreform vorwärtstreiben; Aufklärungskampagnen, besonders im Norden. Es ist verboten, daß ein Bauer, der ein Stück Land pachtet, die Pacht mit einem Prozentsatz des Ernteertrages oder in irgendeiner Form von Arbeit dem (Guts-)Besitzer bezahlt.

Die Kritik an diesen Zielen

Es sei falsch, heißt es, daß die Arbeiter auf verstaatlichten Ländereien vom Staat bezahlt werden; besser wäre eine kollektive Besetzung dieses Bodens durch die Bauern und der **Aufbau einer gemeinsamen Produktion.** So geschieht es auch momentan im ganzen Land; die Bauern wollen nicht auf die Agrarreform warten und besetzen schon jetzt Ländereien. Diese Besetzungen werden von der revolutionären Linken unterstützt, wenn auch nicht immer im Namen der Partei, da viele Bauern noch "Angst" vor dem Kommunismus haben (durch die jahrelange faschistische Propaganda).
jahrelange faschistische Propaganda).

Bericht von einer Landbesetzung

Bildlegende: Während einige Bauern, die die Länderei von Alpendres besetzt haben, die Bäume säubern, bleiben andere wachsam.

Bewaffnete Bauern besetzten weiterhin heute morgen z.T. unkultivierte Ländereien aus dem ganzen Distrikt von Beja (Alentejo in Südportugal). Sie haben schon damit begonnen, die Bäume und den Boden zu säubern, mit dem Ziel, die enteigneten Ländereien pflüg- und nutzbar zu machen. Die Agrarreform, die von den eigenen Bauern ins Leben gerufen worden ist, nachdem eine große Versammlung von Vertretern aus diesem Gebiet stattfand, tut so ihre ersten und entscheidendsten Schritte. In den angrenzenden Gebieten werden z.Z. auch Versammlungen abgehalten, mit dem Ziel, eine vereinigte Aktion herzustellen. Aus sicherer Quelle haben wir erfahren, daß die Landbesetzungen auch schon in den Distrikten von Evora und Portalegre angefangen haben.

Die Gewerkschaft der Bauern aus dem Distrikt von Beja hat einen Bericht veröffentlicht, in dem es heißt:

"Die Großgrundbesitzer setzen ihre Politik nach dem 25. April 1974 fort und verschärfen sie fortwährend, indem sie viele Bauern entlassen, die Wirtschaft boykottieren und Zehntausende Hektar Land unkultiviert lassen. Momentan sind hier 4 000 Männer und ungefähr 10 000 Frauen arbeitslos. Angesichts dieser Tatsachen, die die Gewerkschaft oftmals der provisorischen Regierung vorgelegt hat, waren diese sofortigen Maßnahmen unerläßlich."

Die Bauern haben ihre Versammlungen vermehrt, mit dem Ziel, eine Verteilung der Arbeitslosen auf die Ländereien zu veranlassen. Am Schluß des Berichtes war zu lesen: "Vorwärts mit der Agrarreform!", und die Bauern erklärten, daß sie gegen die Wirtschaftssabotage kämpfen werden, in Vereinbarung mit dem Programm der MFA, der Bewegung der Streitkräfte. Und weiter: *"Wir werden nicht zurückweichen. Unsere Bewegung ist eine wahrhafte Agrarreform. Wir lassen es nicht zu, daß die Großgrundbesitzer eingreifen werden. Wir wollen der Regierung helfen und unsere Arbeit sichern,* **auch wenn es mit Waffengewalt sein muß.**"

"Die Bevölkerung von Quebradas besetzt Ländereien rund um das Dorf"

Die Bevölkerung von Quebradas hat sich entschlossen, das wiederzugewinnen, was ihnen, wie sie meinen, rechtlich gehört. In diesem Sinne beschlossen sie, den Eigentümer Felix da Costa hinauszuschmeißen. Nachdem dem Bundespräsidenten eine Erklärung abgegeben wurde, berief die Bevölkerung von Quebradas (im Gebiet von Rio Maior) eine Versammlung ein, an der das gesamte Dorf teilnahm und in der man mit einer klaren Haltung die Besetzung der Quinta do Carrascal beschloß. *"Wir wollen dem verlassenen Weinberg wieder Leben geben, der dann durch den Willen des Volkes wieder seine 300 Fässer Wein geben wird."* Das Gebiet, das die Bevölkerung von Quebradas besetzte, beschränkt sich nicht auf diese 10 Hektar. **Momentan sind etwa 500 Hektar unter "Volksbesetzung".** Folgende Ländereien wurden um Quebradas besetzt: Quinta do Carrascal, do Azambujo, Colonia Penitenciara de Alcoentre, Varro Miguel, Quinta do Borracal, Amieira und Carrascal. Die Bauern sehen es als dringend an, diese Ländereien zu besetzen und **ihnen einen "kollektiven Charakter" zu geben.** In der Quinta do Carrascal, wo der Keim aller Ausbeutung war, dem diese Bauern zum Opfer gefallen waren, wurde der Plan für die Landbesetzungen geschmiedet. – Diese Ländereien haben immer dem Grafen Tojal gehört und zum Schluß der Noma Maria Margarida da Serbra. Diese Frau mußte die Ländereien wegen Unwirtschaftlichkeit an Felix da Costa verkaufen. Dieser breitete sich nach und nach aus und warf die Bauern von ihrem Land. Das gesamte Gut hatte etwa 110 Parzellen rund um das Dorf. Ein Bauer: *"Als wir hier ankamen, war ich sieben Jahre alt, und dieses Land war unkultiviert. Ich half mit beim Kultivieren,*
wie man es sich nicht vorstellen kann,
wie man es sich nicht vorstellen kann. Heute bin ich 43 Jahre alt. Wer bezahlt uns die Jahre Arbeit auf diesem Land, wo wir noch dazu vor fünf Jahren ohne Entschädigung herausgeschmissen wurden? Obwohl wir meinen, daß wir niemandem etwas schuldig sind, haben wir die bereits geernteten Produkte bezahlt. Auch haben wir die Maschinen des Felix da Costa beschlagnahmt. **Uns ist es klar, daß wir alles das nur mit Gewalt erreichen konnten, und wir sind bereit, allem, was auf uns zukommt, die Stirn zu bieten.** *Das gehört uns. Das Überleben der Dorfbewohner war immer von dem Getreideanbau auf diesem Land abhängig. Früher (vor fünf Jahren) haben wir hier Gemüse angebaut, und als Felix da Costa uns ohne Entschädigung herausschmeißen wollte und wir natürlich nicht gehen wollten, ließ er Bulldozer auffahren und das gesamte Gemüse unterpflügen. Zu dieser Zeit hatten wir Angst, denjenigen die Stirn zu bieten, die gegen uns waren, obwohl wir genau wußten, daß wir im Recht waren. Aber nach dem 25. April sehen wir, wie das Volk für seine Rechte kämpft, wie die Bauern von Beja das verlangen, was gerecht ist, wie die Postangestellten streiken und verlangen, was sie für rechtlich befinden. Ah,* **jetzt haben wir keine Angst mehr, zu sagen, daß wir das wollen, was uns gehört.** *Wenn der 25. April kam, um Freiheit zu bringen, so bedeutet das für uns, daß wir die Untaten rächen, die man uns angetan hat. Wir rächen uns, daß man uns einfach so (und sogar über das Gericht) hinausgeschmissen hat.*

Die Dorfbewohner sind vereinigt. Wir haben unsere Arbeit auf alle nach einer Liste aufgeteilt. Gestern waren hier 300 Leute versammelt. Heute sind hier nur sechs Bauern. Die anderen müssen woanders arbeiten. Aber Achtung, das ist hier alles so lange friedlich verlaufen. **Wenn jemand kommt, um uns das wegzunehmen, was uns gehört, dann ist hier sofort das gesamte Dorf versammelt. Männer, Frauen und Kinder, Alte und Junge sind bereit, das zu verteidigen, was wir beschlossen haben, wiederzuerobern.** *(In diesem Dorf sind selbst Kinder und Alte mit gewetztem Messer unter dem Hemd bewaffnet.)* **Wir haben hier ein Alarmsystem, das es uns ermöglicht, Gott weiß wie schnell die gesamte Bevölkerung auf die Beine zu bringen. Einige Bauern arbeiten bei der Weinbewirtschaftung mit umgehängtem Jagdgewehr. Aber die Waffen sind nur zur Verteidigung, nicht zur Aggression.** *Zur Verteidigung, weil er (F. da Costa) einige Drohungen durchblicken ließ. Er sagte, wenn schon seine Ländereien verloren sind, dann macht er, was ihm gerade paßt.*

Während die Frauen die trockenen Reben pflückten, trällerten sie vor sich hin: 'Das Volk in Waffen wird sich nicht mehr unterkriegen lassen.' Die Männer fügten hinzu: 'Die Bevölkerung von Quebradas hat ihre Waffen gut geölt.' "

Dieses Dorf wurde nicht besonders von der Auswanderungswelle erfaßt. Nur einer aus dem Dorf befindet sich in der Bundesrepublik. Als er von der Neuigkeit hörte, antwortete er, daß er zurückkomme.

"Wir haben vor, das alles in eine Genossenschaft zu verwandeln, wo jeder die gleichen Rechte und Verpflichtungen hat. Auch haben wir vor, eine Maschine anzuschaffen."

Ein Bauer erklärte: *"Unser größter Mangel besteht in einer politischen Aufklärung. Wenn einer sagt, daß Landbesetzung Kommunismus ist und daß wir alle Kommunisten sind, dann soll es so gut sein.* **Wir wissen nur eins, daß unsere Sache gerecht ist.** *Wir haben keine Angst vor dem Kommunismus. Wir sind anständig, haben aber wenig Bildung. Unter uns gibt es keinen, der reich ist, denn wenn einer reich wäre, wäre er nicht hier. Hier sind alle gleich. Jeder muß genausoviele Tage im Jahr arbeiten wie sein Kollege, und bezüglich seiner Arbeitstage werden die Ausgaben abgeleitet (die gerecht verteilt werden), so daß jeder seinen Anteil aus dem Gewinn der Arbeit bekommen kann. Auch werden wir eine 'Studie' machen, um eine Form der Vergütung für diejenigen, die nicht arbeiten können, zu finden. Die haben ja genau wie wir Hunger."*

Die Dorfbewohner von Quebradas stehen sich auch nicht gut mit dem Pfarrer. Ein Bauer: *"Der braucht uns jetzt nicht mehr zu dienen; wenn er nicht arbeiten will, soll er abhauen."* Ein anderer: *"Hört bloß mit dem auf; ich bin schon richtig allergisch gegen den Pfarrer."* **"Wir haben schon an die Kirche geschrieben, daß der Pfarrer ein Faschist ist, und dem Bischof, daß er ihn absetzen soll, aber bisher haben wir noch keine Antwort erhalten. Auf alle Fälle hören wir jetzt mit den Ausflügen nach Fatima und solchem Kram auf."**

Bezüglich der Agrarreform sagten die Bauern: *"Die sollte man über eine gemeinsame Genossenschaft errichten, wo man miteinander abspricht, was getan werden soll."* – *"Man kann nicht plötzlich vorgehen und sagen: 'Das gehört uns.' Das genügt nicht; man muß absprechen, wie man vorgehen will, wie und was man anbauen will auf einer Erde, die ja schließlich uns allen gehört. Heute haben wir eine Versammlung, um zu diskutieren, wie wir die Erde bebauen wollen. Dieses Land war ja lange Zeit unkultiviert. Viele Weinstöcke sind abgestorben. Wir müssen einen Bewässerungsgraben ziehen, damit wir im nächsten Jahr unsere 300 Fässer Wein bekommen"*, sagte ein Bauer, der überglücklich war, eine neue Form zu arbeiten gefunden zu haben. (Die PRP/BR arbeitet auch in dieser Sache.)

Dies sind nur Beispiele für zahlreiche Projekte in Portugal. Das Volk nimmt die Agrarreform vor, ohne auf die offizielle Erlaubnis zu warten. Es ist der MFA immer einen Schritt voraus.

W.



Bewaffnete portugiesische Bauern haben Land besetzt und aufgeteilt

Oman - Solidarität

Solidaritätsveranstaltungen in verschiedenen Städten

Karlsruhe. Anläßlich des 10. Jahrestages des Beginns des Befreiungskampfes in Oman machte die Ortsgruppe Karlsruhe einen Stand auf dem Karlsruher Flohmarkt und veranstaltete ein Solidaritätsfußballturnier. Beim Flohmarkt kamen 46,25 DM zusammen. Am Fußballturnier beteiligten sich 6 Mannschaften, die sich spannende Begegnungen lieferten. Insgesamt konnten durch Startgelder, Torprämien und Getränkeverkauf 186 DM zu Unterstützung des Volkes von Oman gesammelt werden. Das Fußballturnier hat allen Beteiligten viel Spaß gemacht. Nach den Sommerferien soll deshalb ein noch größeres Turnier stattfinden.

–Ortsgruppe Karlsruhe–

Bremen. Vom 9. bis 13. Juni führte das Nah-Ost-Komitee eine Omanwoche durch. Mit Ständen und an den Hochschulen wurde über den Kampf des omanischen Volkes für die Unabhängigkeit Omans vom Imperialismus berichtet.

Auf einer Veranstaltung mit 70 bis 80 Teilnehmern wurde der Film "Aufstand am Persischen Golf" von R.Dhunjiboy gezeigt. Auf dieser ersten Veranstaltung des Komitees konnten neue Kontakte geknüpft werden und die Kenntnisse über den Befreiunskampf in Oman verbreitet werden. Insgesamt konnten über 300 DM zur Unterstützung der PFLO (Volksfront zur Befreiung Omans) gesammelt werden. Ein Plakat und eine Broschüre der PFLO "Zur Klassenstruktur in Oman", die vom Nah-Ost-Komitee übersetzt worden ist, ist für DM 1,- beim Nah-Ost-Komitee zu erhalten. Eine Studentin der Hochschule für Gestaltung in Bremen hat eine Radierung hergestellt, die Szenen aus dem Befreiungskampf in Oman darstellt (Ausbildung, Gesundheitswesen, bewaffneter Kampf). Die Radierung kann zum Solidaritätspreis von 50,- DM erworben werden.

Kontaktadresse:
Nah-Ost-Komitee Bremen
c/o M. Rebentisch
28 Bremen
Ostertorsteinweg 72

US-Söldner im Einsatz gegen das Volk von Zimbabwe

Daß der US-Imperialismus sich auch militärisch in Rhodesien am Kampf gegen das Volk von Zimbabwe beteiligt, deckte kürzlich M.Tapsen Mawere, Vertreter der ZANU, in den USA auf. Mindestens 60 US-Söldner seien in Rhodesien im Einsatz.

Nach der französischen Zeitung 'Le Monde' vom 24.6.1975 hat der Verantwortliche im US-State-Department für Rhodesien die Rekrutierung der Söldner in den USA über eine "private Firma", die "Colerado Phoenix Association" zugegeben.

Mit dem wachsenden Widerstand in der Welt und in den USA selber greift der US-Imperialismus immer mehr zum Manöver, US-Soldaten über vom US-Kriegsministerium gegründete 'Privatfirmen' zum Einsatz zu bringen.

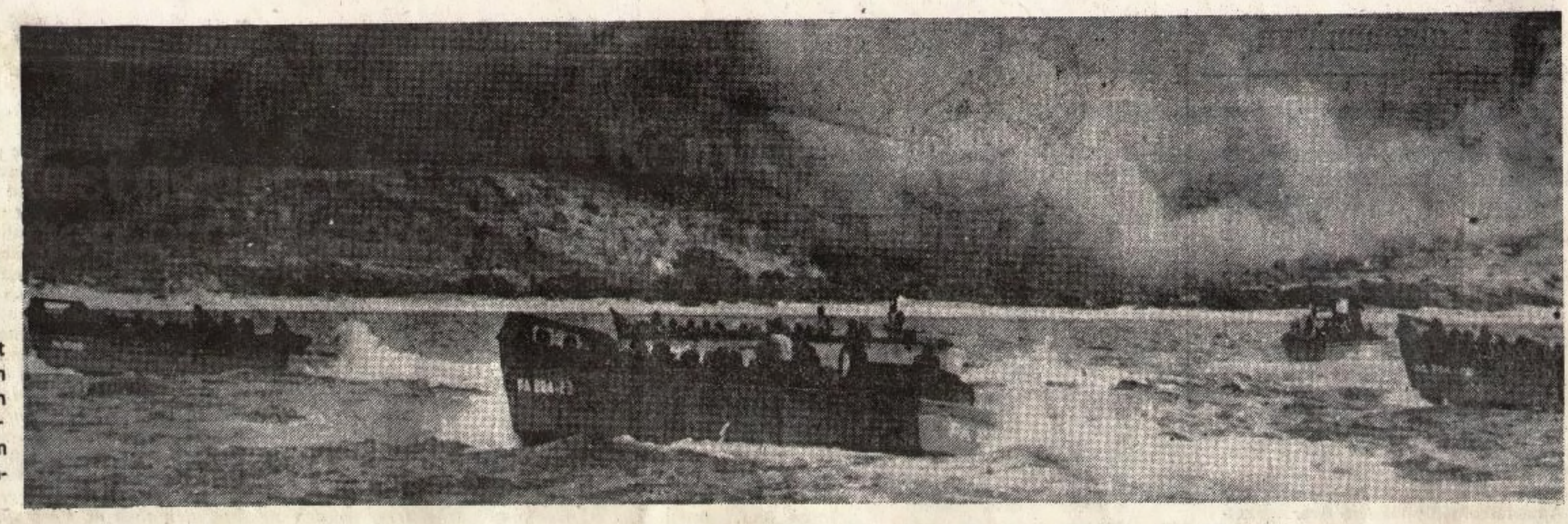
Oman Frage auf dem Kirchentag

Frankfurt. Auf dem evangelischen Kirchentag z. B. stand die Frage des bewaffneten Kampfes im Mittelpunkt. Wir haben dargelegt, daß der Kampf geführt wird gegen die Einmischung und die direkte Besetzung des Landes durch die Imperialisten und dieser Kampf nur mit Waffengewalt erfolgreich sein kann, da der Imperialismus mit Zähnen und Klauen wild um sich schläge. Gleichermaßen muß sich der Kampf auch gegen Scheich Qabus, die Marionette des Imperialismus richten, der das ganze Land für die Imperialisten geöffnet hat und so die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Volkes verhindert.

Auf dem Oman-Fest, an dem ca. 50 Menschen teilnahmen, wurde das Interesse des BRD-Imperialismus näher beleuchtet. Es wurde herausgestellt, daß die BRD als Land der 2. Welt sich gegenüber den beiden Supermächten um Selbständigkeit und größeren Einfluß in der 3. Welt bemüht.

Wir haben festgestellt, daß sehr viele Fragen vorhanden sind und viele Informationen verbreitet werden müssen. Wenn man dies tut, ist auf der anderen Seite die Bereitschaft vorhanden, den Kampf des Volkes von Oman zu unterstützen. In den 14 Tagen, in denen wir zu Oman gearbeitet haben, haben wir an die 200 Postkarten zur Unterstützung der politischen Gefangenen und ungefähr die gleiche Zahl PFLO-Programme verkauft. Wir haben ca. 1 000 DM durch Basare, Spendensammlungen – u.a. 300 DM Spende eines Studentenhauses – gesammelt und zwei Menschen gewonnen, die kontinuierlich zu diesen Fragen arbeiten wollen.

–MS., Nahostkomitee Frankfurt–



Das Bild zeigt die Invasion Koreas durch US-Marineinfanterie am 15. September 1950.

Der Sieg gehört dem koreanischen Volk

Die US-Imperialisten drohen mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen die sozialistische Republik Korea.

Präsident Ford hat ziemlich offen die Drohung ausgestoßen, gegen die sozialistische Volksrepublik Korea Atombomben einzusetzen:

"Auf einer Pressekonferenz, die mit dem 25. Jahrestag des Kriegsausbruchs in Korea zusammenfiel, betonte Ford am Mittwochabend in Washington: 'Wir haben eine starke strategische und taktische Abschreckungsstreitmacht, und natürlich werden diese Streitkräfte in einer flexiblen Weise und in unserem nationalen Interesse eingesetzt'." (Mannheimer Morgen, 27.6.) Ford bestätigte so die Drohung des US-Kriegsministers Schlesinger. Dieser hatte am 20. Juni erklärt: "Falls ein Krieg in Korea ausbräche, würden die USA in Betracht ziehen, ihre taktischen Atomwaffen einzusetzen." (nach Hsinhua vom 23.6.)

Diese Drohung gegen das sozialistische Korea hat ihren Grund: In Südkorea hat der US-Imperialismus neben Taiwan die letzte direkte Marionettenregierung in Ostasien. Aus Vietnam, Laos und Kambodscha ist er verjagt, Staaten wie Thailand und die Philippinen hat er nicht mehr vollständig unter der Fuchtel. Am 1. Juli hat Thailand diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufgenommen, am 9. Juni haben die Philippinen diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufgenommen. Gleichzeitig ist die Diktatur der Park Chung Hee Clique erschüttert, immer wieder kam es in letzter Zeit zu Aufständen und Demonstrationen. Attentatsversuche auf diesen berüchtigten Verbrecher wurden unternommen. Er hält sich nur noch durch die Unterstützung der USA und mit Hilfe der 40 000 US-Truppen im Land. Im Volk verhaßt, hat er keinen Raum mehr für Täuschungsmanöver, sondern kann sich nur noch durch eine offen faschistische Diktatur über Wasser halten.
tur über Wasser halten.

Die Supermacht USA braucht Südkorea unbedingt als Stützpunkt. Es ist ihr letzter auf dem ostasiatischen Festland. Er ist entscheidend als Aufmarschgebiet auf das kernasiatische Festland und wichtig für sie als offene Flanke der sozialistischen Volksrepublik China. Die andere Supermacht, die sozialimperialistische Sowjetunion, unterstützt ebenfalls offen und heimlich die Park-Clique und wünscht ihr Überleben, sodaß die Volksrepublik China durch die beiden imperialistischen Supermächte in die Zange genommen werden kann.

Am 25. Juni hat sich zum 25. Mal der Tag gejährt, an dem der US-Imperialismus seine offene Aggression gegen das koreanische Volk durchgeführt, die Nation gespalten und das künstliche Gebilde "Südkorea" hergestellt hat. Dieser Tag ist ein Tag, an dem das gesamte koreanische Volk sich an dieses Verbrechen erinnert. Er ist zugleich Ansporn, für die endgültige Vertreibung der US-Truppen aus dem Land und die Vernichtung der Park-Clique zu kämpfen, um dann zur friedlichen Wiedervereinigung der koreanischen Nation voranzuschreiten. Die DRVK findet weltweite Unterstützung. Deshalb fürchtet der US-Imperialismus um diese seine Bastion und bereitet in der öffentlichen Meinung eine erneute Aggression vor.

Deshalb sind jetzt alle bürgerlichen Schreiberlinge eifrig dabei, Lügengeschichten über die Geschichte des Koreakrieges zu verbreiten. Sie behaupten, "Nordkorea" sei der Aggressor gewesen, die UNO und der US-Imperialismus hätten zur Verteidigung des Südens eingreifen müssen. "Die Welt" veröffentlicht eine ganze Artikelserie, die "Bild-Zeitung" hetzt in großen Lettern gegen das koreanische Volk und gegen den Vorsitzenden der Partei der Arbeit Koreas, den Genossen Kim Ir Sen: "Kim Il Sung, der dicke Mörder, der geliebt werden will. Der kommunistische Diktator von Nordkorea plant einen neuen Krieg." *"Ein neuer Krieg um Korea droht. Vor 15 Jahren scheiterte der erste Eroberungskrieg Kim Il Sungs gegen Südkorea am Widerstand der Amerikaner. Damals wurden die Nordkoreaner in jahrelangen blutigen Kämpfen zurückgetrieben. Und morgen?"* (Bild vom 27.6.1975)

In diesem einen Satz sind gleich zwei faustdicke Lügen enthalten. Erstens wird so getan, als ob es von jeher zwei Koreas gegeben hätte, ein Nordkorea und ein Südkorea. Zweitens wird so getan, als ob Nordkorea 1950 den Krieg begonnen hätte, Südkorea angegriffen worden sei und die US-Imperialisten die "Freiheit" verteidigt hätten. Beides ist falsch.

Das koreanische Volk hat seit Tausenden von Jahren als einheitliche Nation gelebt

Korea ist eine Nation mit einer jahrtausendealten Geschichte. Es ist ein Volk, eine Nation mit eigener Sprache und Kultur. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in dem Jahrhundert, in dem der Imperialismus sich herausbildete und danach trachtete, sich die Völker der Welt, ihre Territorien und ihre natürlichen Reichtümer zu unterwerfen und auszuplündern, ist Korea ebenfalls überfallen und unterdrückt worden. Zuerst 1905 vom japanischen Imperialismus. Dieser hat ein "Protektorat" errichtet und bestialiscn gewütet.

Das koreanische Volk hat sich gegen ihn erhoben und schließlich im langanhaltenden bewaffneten Befreiungskampf den vollständigen Sieg errungen. Ganz Korea war von den japanischen Imperialisten befreit.

Auf dieser Grundlage hat auch die im Dezember 1945 in Moskau abgehaltene Konferenz der Außenminister der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens den Beschluß gefaßt, "Korea wieder zu einem unabhängigen Staat zu machen". Der US-Imperialismus hingegen witterte seine Chance, in die Fußstapfen eines geschlagenen imperialistischen Konkurrenten treten zu können und sich an seiner Stelle festsetzen zu können. Entsprechend handelte er. 20 Tage nach der Befreiung Koreas vom japanischen Imperialismus landeten US-Truppen in Korea unter dem fadenscheinigen Vorwand, die geschlagene japanische Armee entwaffnen zu wollen. Kaum waren sie in Südkorea gelandet, kündigten sie die Einrichtung einer Militärregierung an. Die US-Truppen unterdrückten alle Machtorgane des koreanischen Volkes, schlossen den 38. Breitengrad wie eine Landesgrenze ab und unterbanden allen Verkehr zwischen beiden Teilen Koreas. Sie taten das ganz unverhohlen. Geschichtliche Tatsachen lassen sich nicht unterdrücken: Am 10. Oktober 1945 ernannte sich die amerikanische Militärregierung in Südkorea zur einzigen Regierung in Südkorea. Kein einziges Mitglied dieser angeblichen koreanischen Regierung sprach im übrigen koreanisch.

Am 14. Februar 1946 wurde Syngman Rhee als US-Marionette eingesetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte er sich in den USA aufgehalten und war von den US-Imperialisten auf diesen Einsatz vorbereitet worden.

Gegen diese Versuche des US-Imperialismus, sich in Korea festzukrallen, trieben die Massen unter der Führung der Kommunisten und Kim Ir Sens im nördlichen Landesteil konsequent die Etappe der neudemokratischen Revolution voran. Gesetze zur Bodenreform, zur Enteignung der Großgrundbesitzer wurden erlassen und Gesetze zur Nationalisierung der Industrie. Im Juni 1948 wurde von Delegierten aller koreanischen politischen Organisationen, die für die Wiedervereinigung des Landes eintraten, beschlossen, am 25. August eine gesamtnationale Wahl durchzuführen. Die Organisationen aus dem Süden Koreas vertraten 90 % aller organisierten Südkoreaner.

Das Ergebnis dieser Wahl spricht für sich: 99,97 % im Norden und 77,53 % im Süden wählten die Oberste Volksversammlung mit 572 Abgeordneten. Sie war so mit dem eindeutigen Willen der koreanischen Nation nach Wiedervereinigung und Selbstbestimmung ausgestattet. Diese Volksversammlung gründete am 9. September 1948 die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK). Daraus ergibt sich bis heute, daß die Demokratische Volksrepublik Korea völlig zurecht für ganz Korea spricht, daß Kim Ir Sen ihr Ministerpräsident ist. Daraus ergibt sich, daß die US-Truppen widerrechtlich koreanisches Land besetzt halten, ihre Marionette Park illegitim ist und überhaupt kein Recht hat, im Namen Koreas zu sprechen.

Die Aggression ging von den Marionetten des US-Imperialismus aus

Wie aus den Stellungnahmen der bürgerlichen Presse ersichtlich, tut sie so, als ob der Koreakrieg im Juli 1950 ausgebrochen wäre und als ob die Demokratische Volksrepublik Korea, deren Territorium eingeschränkt war auf die Gebiete nördlich des 38. Breitengrades, der Aggressor gewesen sei. In Wirklichkeit wurden von den Söldnertruppen bereits im August/September 1949 ständig Angriffe auf die DVRK durchgeführt und wurde versucht, Ausgangspositionen für den Krieg zur vollständigen Einverleibung des Landes zu schaffen. Am 25.6.1950 wurde ein Großangriff der Söldnertruppen Syngman Rhees durchgefüht, der die Volksarmee der DVRK zum Gegenschlag zwang. Monatelang zuvor hatte die US-Marionette Syngman Rhee bereits wüste Angriffsdrohungen ausgestoßen und mit der raschen Eroberung Pjöngjangs, der Hauptstadt der DVRK, geprahlt. Unmittelbar eine Woche vor Auslösung des Krieges durch die südkoreanischen Besatzertruppen und Söldlinge hielten die Oberbefehlshaber der USA, Großbritanniens und Australiens eine Militärkonferenz ab, um sich *"mit den militärischen Problemen in diesem Gebiet zu befassen"*. Daß die Imperialisten selber wußten, daß die DVRK keinen Krieg führen würde, gaben sie selber, wenn sie unter sich waren, auch offen zu: *"Zu einem Bericht (des Geheimdienstes) vom 10. März 1950, der besagte, daß 'die Volksarmee im Juni 1950 in Südkorea einfallen wird', äußerte sich MacArthurs (Oberbefehlshaber der US-Truppen) Hauptquartier unverblümt: 'Wir schenken dieser Behauptung keinen Glauben'."* (Dieses Zitat, wie auch die anderen Angaben, aus Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam.)

Die Provisorische UN-Kommission in Korea, ein Instrument der USA, mußte nach Ausbruch des Krieges in einem Telegramm an die UN wahrheitsgemäß nordkoreanische Rundfunkmeldungen zitieren, daß die südkoreanischen Marionettentruppen im Laufe der Nacht in das Land eingedrungen wären und jetzt in südöstlicher Richtung zurückgedrängt würden. Ihr blieb nichts anderes übrig, als die Wahrheit zu melden.

Mit welchem Geist und mit welchem Interesse der US-Imperialismus diesen Krieg geführt hat, kommt darin zum Ausdruck, wie er seine Kriegsfeldzüge selber nannte: "Operation Killer". Obwohl der US-Imperialismus vor nichts zurückschreckte und erstmalig Napalm-Bomben einsetzte, das ganze Land verwüstete, wurde er nach drei Jahren durch den heroischen Kampf des koreanischen Volkes zu einem Waffenstillstandsabkommen gezwungen. Der 38. Breitengrad wurde als militärische Trennungslinie vereinbart. Ausdrücklich wurde in verschiedenen Artikeln des Waffenstillstandabkommens vereinbart, daß innerhalb von drei Monaten nach dem Inkrafttreten des Abkommens eine politische Konferenz beider Seiten durchgeführt werden solle, um durch Verhandlungen die Fragen des Abzuges aller ausländischen Truppen aus Korea festzulegen und die friedliche Beilegung der Koreafrage sicherzustellen. Ausdrücklich wurde festgelegt, daß innerhalb von drei Monaten nach Unterzeichnung des Abkommens Maßnahmen zur Wiedervereinigung des Landes getroffen werden sollten. Alle diese Festlegungen sind in der Folgezeit vom US-Imperialismus gebrochen worden. Heute sind die einzigen ausländischen Truppen in Korea die des US-Imperialismus. 40 000 Mann sind unter dem fadenscheinigen Deckmantel der UNO stationiert. Ständig ist der US-Imperialismus dabei, große Mengen von Waffen und anderem Kriegsmaterial nach Südkorea zu schicken. Allein im Zeitraum Juni 1973 bis Juni 1974 erhielt die südkoreanische Park-Clique Material im Wert von 215 Millionen Dollar. Im Zeitraum von 1953 bis 1973 wurde das Waffenstillstandsabkommen über 124 840 mal durch sie verletzt.

Diese Clique kann ihre Herrschaft nur durch die wütende Unterdrückung jeder Opposition aufrechterhalten. Ihre Existenz beruht auf den Bajonetten des US-Imperialismus. Während der Norden eine schwungvolle Entwicklung genommen hat und der sozialistische Aufbau des Landes vorangetrieben wird, der Seehsjahresplan vorerfüllt werden wird, lebt in Südkorea das Volk in tiefem Elend, mästen sich die Großgrundbesitzer und Kapitalisten. Die englische Wirtschaftswissenschaftlerin Joan Robinson hat bezüglich Nordkorea festgestellt: *"Alle Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit werden durch diese Leistungen in den Schatten gestellt."* (nach Horowitz)

Blüht so der Norden auf, so verkommt der Süden unter der Herrschaft der Park-Clique. Kein Wunder also, daß die Strömungg der Massen für Vertreibung des US-Imperialismus und den Sturz dieser Clique und für die Wiedervereinigung des koreanischen Vaterlandes stark ist. Daß sie immer aufs Neue zu heftigen Erschütterungen der Herrschaft der Park-Clique geführt hat, die sich nur noch um den Preis verschärfter Repression und verstärkter Unterstützung des US-Imperialismus am Leben halten kann. Mit allen Mitteln sabotiert sie die Wiedervereinigung des Landes und die Einheit der Nation.

Wer also ist der Spalter, der Aggressor? Die Antwort ist eindeutig. Und weil sie so eindeutig ist, verschweigen die bürgerlichen Zeitungen in diesen Tagen beharrlich die gerechten Vorschläge, die die Regierung der DVRK zur friedlichen Wiedervereinigung gemacht hat.

Gerechte Vorschläge für die friedliche Wiedervereinigung der koreanischen Nation

Im Mai 1972 wurden von dem Genossen Kim Ir Sen die drei Prinzipien der Selbständigkeit, der friedlichen Wiedervereinigung und der großen nationalen Einheit aufgestellt. Die südkoreanische Clique war gezwungen, einer gemeinsamen Veröffentlichung zuzustimmen und den Weg zu Kontakten freizugeben.

Im Juni 1973 wurden erneut von der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea Vorschläge gemacht, die die friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes aller Koreaner herstellen sollten: *"Die militärische Konfrontation und Spannung zwischen dem Norden und Süden beseitigen; Zusammenarbeit und Austausch zwischen dem Norden und dem Süden auf politischem, militärischem, diplomatischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu verwirklichen; eine große Nationalversammlung, bestehend aus Vertretern des Volkes aller Lebensbereiche und Vertretern politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen des Nordens und Südens einberufen, die die Frage der Wiedervereinigung des Landes durch Konsultationen lösen soll; eine Nord- und Südkonföderation unter dem einzigen Staatsnamen 'Föderative Republik Koryo' gründen; sowie gemeinsames Vorgehen des Nordens und Südens in auswärtigen Beziehungen und kein separater UNO-Beitritt"* (Peking Rundschau, 26/1973, S. 6).

Alle diese Vorschläge gehen richtig vom Interesse der koreanischen Nation aus, unabhängig von imperialistischer Fremdherrschaft zu sein, um so die eigene Wirtschaft und die eigenen Produktivkräfte zum Wohl der Nation entwickeln zu können. Umgekehrt tritt die Park-Clique dies Interesse mit den Füßen, ist sie doch ein Schmarotzer und Parasit am Körper der koreanischen Nation. Alle diese Punkte schlagen friedliche Mittel vor. Weshalb wird verschwiegen, daß im Süden Koreas 10 Millionen mehr Menschen als im Norden leben? Wenn sich die Park-Clique ihrer Sache so sicher wäre, so hätte sie eine Volksabstimmung nicht zu fürchten. Weshalb sind von der DVRK keinerlei Akte der Aggression bekannt? Und weshalb hat man erst vor einigen Tagen lesen müssen, daß das Park-Regime danach trachtet, sich mit eigenen Atomwaffen auszurüsten, um sie gegen die DVRK einsetzen zu können?

Ganz offensichtlich zeigt sich bei näherem Hinsehen, wer der Spalter der koreanischen Nation ist und wer ihr rechtmäßiger Vertreter, wer eine ungerechte Sache nur mit Aggression und brutaler Unterdrückung aufrechterhalten kann. Nord- und Südvietnam waren eine Nation und ein Land und waren lange Zeit durch den französischen Imperialismus und den US-Imperialismus getrennt worden.. Sie sind jetzt befreit und das vietnamesische Volk ist wieder vereint. Die koreanische Nation wird den selben Sieg erringen. Dagegen stemmt sich der US-Imperialismus. Deshalb droht Ford den Atomwaffeneinsatz an. Aber die Tage der Park-Clique und des US-Imperialismus sind auch hier gezählt.

–H.J.H.–

Indien: Keine Ruhe nach dem Staatstreich!

Das heutige Regime öffnet das Land den Imperialisten und knüpft an die koloniale Gewaltherrschaft an

Die indische Ministerpräsidentin Indira Ghandi hat am Donnerstagabend vergangener Woche die Verhaftung Tausender Politiker eingeleitet. Nach Angaben der Oppositions-Parteien sind mindestens 3 500 Personen inhaftiert worden. Wahrscheinlich aber sind es mehr, denn die Verhaftungsaktion läuft weiter. Erst nachdem die Verhaftungsaktion, bei der die Polizei in Taxis zu den Wohnungen fuhr, um niemanden zu warnen, eingeleitet war, rief die Regierungschefin das Kabinett zusammen, damit es nachträglich dafür den Ausnahmezustand beschließe und die Aktion rechtfertige.

Indira Ghandi hat mit dieser Maßnahme den Staatsstreich in Indien vollzogen. Unmittelbarer Anlaß war ein Gerichtsurteil, das vor wenigen Wochen in Allahabad, ihrem Heimatort, gegen sie ergangen war. Das Gericht bestätigte, daß sie 1971 die Wahlen durch Bestechung und andere Formen der Korruption beeinflußt habe. Das Urteil erkannte ihr das Parlamentsmandat ab und verbot ihr die Ausübung von Wahlämtern auf 6 Jahre. Der Revisionsprozeß beim Obersten indischen Gericht ergab eine Bestätigung für den Tatbestand der Bestechung. Das Urteil wurde etwas abgemildert insofern, als ihr nur das Parlamentsmandat aberkannt wurde. Das Amt der Regierungschefin sollte sie behalten können. Man sieht, daß dieses Revisionsurteil bereits eindeutig in die Richtung des Staatsstreiches weist. Aufgrund der Urteile entstand in Indien eine breite Bewegung der gesamten Opposition mit der Forderung nach Rücktritt Indira Ghandis.

Mit der Verkündung des Ausnahmezustandes ist zugleich die Versammlungsfreiheit aufgehoben, die Pressezensur eingeführt und das Recht außer Kraft gesetzt worden, wonach ohne Haftbefehl inhaftierte Personen bis zur Verurteilung in einem Gerichtsverfahren auf freien Fuß zu setzen sind. Obwohl dieses Recht schon vor der Verhaftungsaktion nicht viel mehr als ein Fetzen Papier war – denn die Zahl der ohne Haftbefehl eingekerkerten politischen Gefangenen in Indien beträgt nach Angaben von Amnesty International rund 25 000 – haben jetzt die indischen Polizeiorgane und das Militär ausdrücklich die Vollmacht zu weiterer ungezügelter Willkür erhalten. Mit ihrer Aktion hat Indira Ghandi die Maske der Demokratie und des Rechts abgeworfen. Gestützt auf Polizeischergen und Armee hat sie den bürgerlich-demokratischen Rahmen der Staatsmacht in Indien beseitigt und zugleich damit den Spielraum, den die politischen Parteien bisher noch hatten. Sie hatten ihn noch, denn bestimmte Rechte sind bereits seit 1971, seit dem Aggressionskrieg gegen Pakistan, außer Kraft. Jetzt hat sich Indira Ghandi, gestützt auf Militär und Staatsbürokratie, zum Diktator gemacht.

Die "Verschwörung rechtsgerichteter Kräfte" – soziale Demagogie, um die eigenen Spuren zu verwischen

Die Verhaftungsaktion galt der gesamten parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition, selbst ihren Kontrahenten in der eigenen Partei, der Kongreß-Partei. In einer Rede am Wochenende begründete die Regierungschefin die Aktion mit einem drohenden "Komplott rechtsgerichteter und reaktionärer Kräfte". Aber eine solche Verschwörung betrieben weder ihr mächtigster Rivale in der eigenen Partei, der 71-jährige Desai, der früher Finanzminister und Stellvertreter der Ministerpräsidentin war, noch der 79-jährige Narayan, der der populäre Führer einer Antikorruptionsbewegung war. Beide Politiker hatten allerdings den Rücktritt der Regierungschefin nach dem Gerichtsurteil von Allahabad gefordert. Narayan ging so weit, daß er Armee und Polizei aufforderte, gegen Befehle der Regierung Widerstand zu leisten, denn die Regierung sei nicht mehr rechtmäßig im Amt. Ebensowenig sind die Mitglieder der einen Reformkurs fordernden 'Communist Party – Marxisten' Teil einer rechtsgerichteten Verschwörung und erst recht nicht die Naxalisten, die auf dem Lande an der Spitze der revolutionären kleinen Bauern in verschiedenen Bundesstaaten stehen und von denen bereits 1971 Zehntausende eingekerkert und der grausamsten Folter unterworfen sind.

Für die Verschwörungsthese in Betracht kommen allenfalls eine Reihe kleinerer bürgerlicher Parteien, darunter verschiedene faschistische Organisationen, denen jetzt zum ersten Mal trotz großer Rivalität ein Wahlbündnis gelungen ist, aufgrund dessen sie die Mehrheit bei den Wahlen im Bundesstaat Gujarat vor wenigen Wochen erringen konnten. Für die Congress-Partei war das eine empfindliche Niederlage, weil sie zuvor 80 % der Parlamentssitze innehatte.

Wenn Indira Ghandi dennoch von einer "rechtsgerichteten Verschwörung" redet, dann ist das soziale Heuchelei und Lüge, um die Massen hinters Licht zu führen, um die Massen zu verwirren über ihren eigenen Staatsstreich.

Die einzigen, die diesen Staatsstreich rechtfertigen, sind die Revisionisten in Indien, in der UdSSR und in der ganzen Welt. So ist die Partei der indischen Revisionisten, die Kommunistische Partei Indiens, auch die einzige Partei, die von der Verhaftungsaktion nichts zu befürchten hat. Keines ihrer Mitglieder sitzt im Gefängnis.

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS erklärte, die Aktion sei notwendig, um die Errungenschaften des Fortschritts in Indien zu verteidigen und die DKP-Zeitung 'UZ' lobt den Staatsstreich, weil damit die antimonopolistische Politik in Indien geschützt werde.

Obwohl Streiks brutal zerschlagen werden, ist die Arbeiterklasse zum Kampf gezwungen

Wogegen diese Politik Indira Ghandis offenbar geschützt werden muß, sieht der Leser auf den ersten Blick sogar in der zensierten indischen Presse. Einige Schlagzeilen der am vergangenen Sonntag in Indien erschienen Zeitungen lauten: "Streik in Rampur gescheitert", "Streik in Bihar gescheitert". Andere Schlagzeilen beziehen sich auf die Preise: "Lebenshaltungskosten in Bengalen werden sinken", "Grundnahrungsmittel in Ludhiana jetzt billiger" (Süddeutsche Zeitung vom 30.6.1975). Diese Schlagzeilen zeigen, daß die Arbeiterklasse Indiens von dem Diktator Indira Ghandi noch schärfer als bisher schon unterdrückt wird. Diese offene Diktatur soll mit Preissenkungsparolen sozial verkleistert werden, wie das bei der Herrschaft Indira Ghandis schon bisher der Fall war. Aber bisher sind die Preise jährlich um 25 % gestiegen. Das wird auch jetzt nicht anders.



Streikende indische Eisenbahner 1974 auf den Schienen

Obwohl unter der Parole "Weg mit der Armut" angetreten, hat Indira Ghandi seit der Übernahme der Regierung 1966 jeden Streik zu verhindern versucht. Weltweite Proteste hat vor einem Jahr die Zerschlagung des Eisenbahnerstreiks in Indien hervorgerufen. Damals streikten 1,8 Millionen Beschäftigte der Eisenbahn für die Angleichung ihrer Löhne an das Niveau der anderen Staatsbetriebe, für den 8-Stunden-Tag und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Antwort Indira Ghandis damals war der Einsatz der Armee gegen die streikenden Eisenbahner. In der größten Verhaftungsaktion der Geschichte Indiens wurden mit einem Schlag 30 000 Mitglieder und Funktionäre der Eisenbahngewerkschaft ins Gefängnis geworfen. Das ist die Art, wie in Indien Streiks scheitern. Möglich ist das gewesen, weil es in Indien Millionen von Arbeitslose gibt – schon 1972 sollen es 90 Millionen gewesen sein (Süddeutsche Zeitung vom 31.12.1972) – und Millionen von Arbeitern gibt, die in derselben Lage wie die Eisenbahner sind und wesentlich weniger Lohn bekommen, als sie zum Überleben brauchen. Als der frühere Entwicklungshilfeminister Eppler 1973 Indien besuchte, wurde folgende Schilderung über die Verhältnisse in Kalkutta, der 10-Millionen-Stadt am Golf von Bengalen, gegeben:

"Wenn es eine Hölle gibt, dann ist Kalkutta ihr Vorhof. Kalkutta riecht. Es ist ein Gestank nach Moder und Armut, der bis in die Etagen der Nobelhotels und Luxusappartements kriecht und der selbst den Reichen die Freude am Leben verpestet. Über 8 Millionen Menschen leben im Großraum der Stadt, drei Millionen im enggewordenen Zentrum, 50 000 pro Quadratkilometer – mehr als in Tokio oder New York. Jeder dritte von ihnen lebt obdachlos auf der Straße, legt sich dort schlafen, wo ihn die Nacht und die Müdigkeit überraschen. Hunderttausende sind ohne Arbeit, zwei Drittel der Bevölkerung vegetieren mit Monatseinkünften von weniger als 60 Mark unterhalb der offiziellen Grenze zur Armut. Nur die Hälfte der Stadt verfügt über Kanalisation, die Abfallbeseitigung besorgen die halbverhungerten Kühe, die Schweine und Ziegen." (Stuttgarter Zeitung vom 28.11.1973)

Bereits vor dem Staatsstreich war Indien in eine Militärdiktatur verwandelt

Das Ausmaß der industriellen Reservearmee in Indien erklärt zugleich, warum der gewerkschaftliche Organisationsgrad mit 25 % der Arbeiter äußerst niedrig ist und warum die Profite der indischen und ausländischen Konzerne äußerst hoch sind.

Die indischen Arbeiter befinden sich buchstäblich in einer Situation, die ihnen kaum das Überleben gestattet und viele Menschen verhungern tagtäglich. Jeder Versuch des Aufbäumens wird mit der ganzen Gewalt des Militärapparates sofort durch die Regierung niedergeschlagen. Auf dem Lande, wo drei Viertel der indischen Bevölkerung lebt, ist die Lage nicht anders. Die Großgrundbesitzer und der Staat haben den meisten kleinen Bauern das Land genommen, weil sie ihre Schulden und Steuern nicht zahlen konnten. Am 29.1.1974 berichtete der Korrespondent der 'Süddeutschen Zeitung' aus Indien, daß im Bundesstaat Gujarat von der Zentralregierung Streitkräfte eingesetzt wurden, um die Großbauern und Händler vor Plünderungen ihrer Getreide- und Lebensmittellager durch die Massen zu schützen. In 30 Städten herrscht ein Zustand der Anarchie, dem die Landesregierung nicht Herr werden könne, heißt es in dem Bericht. Als Erklärung dafür, daß sich die Landarbeiter und kleinen Bauern in dieser Weise gegen die Ausplünderungsmethoden der Grundbesitzer zur Wehr setzen, gibt der Korrespondent folgendes an: "Für die Orgie der Gewalt, für die Weigerung, Not wie bisher geduldig zu ertragen, gibt es einen einfachen Grund: in Gujarat ist, wie in mehreren anderen Bundesstaaten Indiens, das Vertrauen in die politische Führung zusammengebrochen. Der Korrespondent erklärt, die Ursache für das schwindende Vertrauen der Massen sei jetzt die Verstaatlichung des Weizenhandels. Das Ergebnis dieser Aktion war verstärkter Druck auf die Kleinbauern, die nun zu niedrigen staatlich festgelegten Preisen das Korn abliefern mußten, während die Großbauern zusammen mit den Händlern das Korn in ihren Lagern horteten. Die Regierung mußte die Maßnahme zurücknehmen.

Im Verlauf der letzten 1 1/2 Jahre ist es in den meisten indischen Bundesstaaten zu großen Hungerrevolten gekommen. Das kann man schon daran sehen, daß während der Regierungszeit Indira Ghandis zehn verschiedene Landesregierungen von der Zentralregierung unter Indira Ghandi abgesetzt und durch einen Militärkommissar ersetzt wurden. Das zeigt folgendes: Schon vor dem Staatsstreich Indira Ghandis wurde das Land von den Bajonetten der Polizei und Armee regiert, Indien war bereits in eine Militärdiktatur umgewandelt, der Staatsstreich ist jetzt nur die letzte Konsequenz, der offene Vollzug dieser Entwicklung.

Verschuldung und Aggressionspolitik der indischen Regierung mit dem Sozialimperialismus im Rücken

Die Militärdiktatur wurde Schritt für Schritt durchgesetzt gegen die Volksmassen Indiens. Die Volksmassen sind gezwungen, um ihr Überleben zu sichern, Brot, Land und Arbeit zu fordern. Solche Massenbewegungen gab und gibt es zunehmend in allen Bundesstaaten, obwohl das Militär mit größter Brutalität dagegen vorgeht und große Teile einkerkert. Die Zahl der politischen Gefangenen wurde schon vor dem Staatsstreich Indira Ghandis von Amnesty International mit 25 000 angegeben. Aus den Kerkern sind Berichte an die Öffentlichkeit gelangt die zeigen, daß die politischen Gefangenen grausam gefoltert und viele getötet werden.

Den Angriff der Massen auf die herrschenden Klassen abzuwehren ist das Ziel des Staatsstreiches. Zugleich sollen mit dem Staatsstreich die ausländischen Interessen in Indien vor dem Ansturm der Massen geschützt werden; Indien ist das Land, das am höchsten gegenüber dem Imperialismus verschuldet ist. Schon 1972 betrug die Gesamtsumme der indischen Schulden gegenüber den imperialistischen Staaten USA, Großbritannien, Westdeutschland Japan und Frankreich 34 Milliarden Mark (Handelsblatt vom 12.6.1972). 1972 belief sich der Schuldendienst auf 28 % der gesamten Devisenerlöse aus Ausfuhren und auf mehr als 55 % aller neuen Zusagen für Auslandshilfe. Seitdem ist die Lage durch das Ansteigen der Inflation noch schlechter geworden.

In dieser Verschuldung gegenüber den kapitalistischen Ländern ist zudem die Verschuldung gegenüber dem Sozialimperialismus nicht eingeschlossen. Mit der sozialimperialistischen Sowjetunion hat die indische Regierung im Sommer 1971 einen "Freundschaftsvertrag" geschlossen. Dieser Vertrag macht die Supermacht UdSSR zu einer Schutzmacht für Indien, die indische Regierung bekam damit freie Hand für ihren Aggressionskrieg gegen Pakistan, den sie dann im Dezember anzettelte und womit sie Ostpakistan, das heutige Bangla Desh, abspaltete. Mit dem Sozialimperialismus im Rücken hat die indische Regierung seitdem weitere Aggressionen gegen Nachbarstaaten durchgeführt: Am 10. April 1975 wurde das Himalaya-Königreich Sikkim endgültig annektiert und zu einem indischen Bundesstaat gemacht. Ähnliches geschah mit Kaschmir, einem Staat zwischen Indien und Pakistan. Nepal ist unmittelbar bedroht.

Für diese Aggressionspolitik im südasiatischen Raum wird Indien durch die Revisionisten im Kreml aufgerüstet. Sie haben Indien mit den modernsten Waffen versehen. Seit Jahren haben sie mehrere Waffenfabriken in Indien errichtet, darunter eine Fabrik, in der die Kampfflugzeuge MIG-21 hergestellt werden. Der Preis, den Indien dafür zahlen mußte, war die Einflußnahme auf den staatlichen Sektor der Industrie. Mit sowjetischem Kapital wird eine Erdölraffinerie aufgebaut. Sowjetisches Kapital wird zunehmend in der Eisen- und Stahlindustrie investiert. Schließlich muß Indien einen Teil seines Imports an Maschinen und Fahrzeugen aus der Sowjetunion beziehen zu Preisen, die über dem Niveau des Weltmarktes liegen, während die Qualität darunter liegt. Durch Kapital- und Warenexport, durch Militärexperten, durch zunehmende Beteiligung am staatlichen Sektor der Industrie versuchen die Sowjetrevisionisten die indischen Regierung fest in den Griff zu nehmen und sich darauf zu stützen bei der Ausdehnung ihres Einflusses in Südasien.

Der Staatsstreich Indira Ghandis wird von den Imperialisten gestützt

Seit der Unabhängigkeit vom britischen Imperialismus 1947 erklärten die indischen Regierungen jeweils, sie wollten das Land entwickeln und vom Hunger und von der Armut befreien. Aber nach wie vor ist das Land wie seit alten Zeiten jeder Naturkatastrophe schutzlos ausgeliefert. In Perioden der Trockenzeit kommt es regelmäßig zu Hungerkatastrophen. Das gleiche wiederholt sich in Regenperioden, wenn die Fluten ganze Landstriche überschwemmen und die Ernten verwüsten. Indien muß jährlich rund 30 Millionen Tonnen Getreide importieren angesichts dieser Situation.

Die sogenannte Entwicklung aber betreiben alle Regierungen im Bündnis mit den Imperialisten, sowohl im Bündnis mit den westlichen kapitalistischen Ländern, besonders Großbritannien, USA und Westdeutschland, wie auch im Bündnis mit den Sowjetrevisionisten. Das Ergebnis dieser "Entwicklung" im Bündnis mit dem Imperialismus ist nur die vollständige Abhängigkeit des Landes von den imperialistischen Interessen, und der Verkauf des Landes an die imperialistischen Interessen. Die Imperialisten teilen sich die Beute: die westlichen Monopole besitzen an der Privatindustrie einen Anteil von etwa 50 %. Die Sozialimperialisten verfügen ähnlich über den staatlichen Sektor der Industrie. Die Staatsbürokratie wird von beiden Seiten finanziert.

Der Staatsstreich Indira Ghandis legt offen: Das heutige Regime in Indien öffnet nicht nur das Land den imperialistischen Mächten und verschleudert an sie den nationalen Reichtum. Es knüpft auch im Innern an die koloniale Gewaltherrschaft an. Die nach der Unabhängigkeit Indiens vom ehemaligen Kolonialherrn überkommenen parlamentarischen Schnörkel werden abgestreift.

Die direkte Gewaltherrschaft hat eine jahrhundertelange Geschichte in Indien. Lange wurde sie ausgeübt von fremden Eroberern, den Großmoguln und nach ihnen den Engländern. Heute ist es die indische Bourgeoisie, die darauf zurückgreift. Anders als ihre Vorgänger kann sie eine stabile Ordnung nicht mehr aufrechterhalten. Die traditionelle orientalische Despotie war gebunden an die selbstgenügsame Dorfwirtschaft, die bei allen Wechseln in der politischen Herrschaft die unveränderliche stabile Grundlage blieb. Diese ist durch den Kapitalismus, der mit den Engländern ins Land kam, mehr und mehr aufgelöst worden: **"England hat das ganze Gefüge der indischen Gesellschaft niedergerissen, ohne daß bisher auch nur die Spur eines Neuaufbaus sichtbar geworden wäre,"** stellte Karl Marx 1853 fest. Und **"indem es ihre (hergebrachte) ökonomische Grundlage sprengte"**, hat es eine soziale Revolution vorbereitet.

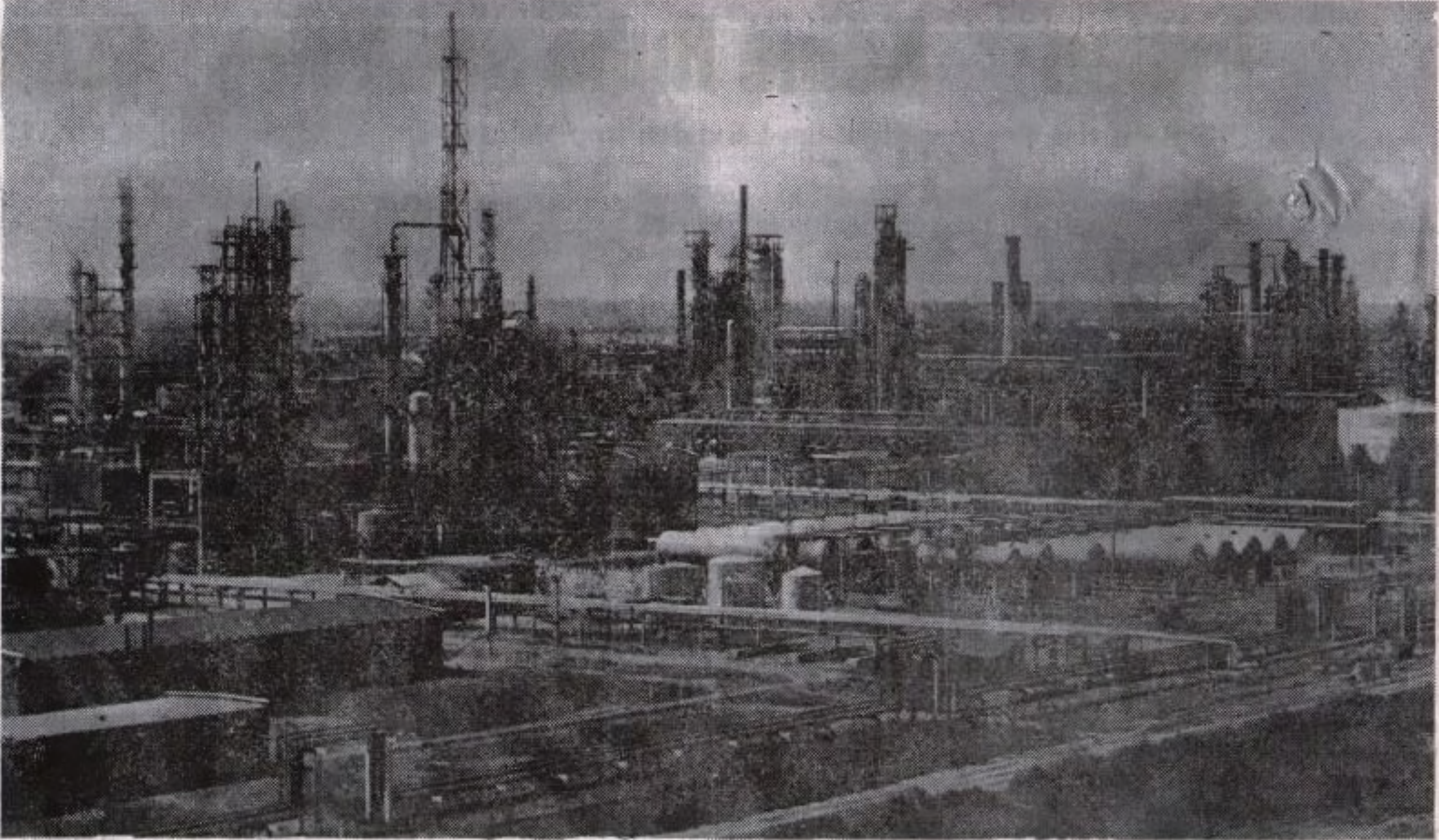
Auf diesem revolutionären gesellschaftlichen Boden, wo die gesellschaftlichen Widersprüche nicht mehr stille stehen, sondern sich mit großer Gewalt bewegen, versucht es Indira Ghandi mit der direkten Gewaltherrschaft der bürgerlichen Klasse. Von Jahr zu Jahr werden Millionen Bauern vernichtet. Die Dorfbewohner werden in die Städte getrieben, wo sie in den Slums zusammengepfercht hausen. Und zugleich mit der Bourgeoisie hat sich in Indien schon lange ein Proletariat gebildet, das den Kapitalisten organisierte Kämpfe liefert. Mit dem Kapitalismus ist die Geldwirtschaft in die Dörfer eingekehrt und die ständig drückender werdenden Verschuldungen der Bauern, die in einen Zustand der feudalen Abhängigkeit zurückfallen. Die Elemente einer Agrarrevolution reifen heran.

All diesen Widersprüchen ist durch Indira Ghandis Staatsstreich ein Stück politischer Bewegungsspielraum genommen. Keineswegs sind sie dadurch gemildert worden. Die Lage ist explosiver geworden. Die Zeiten für die bürgerliche Klassenherrschaft sind auch im Mantel der orientalischen Despotie schlecht geworden. Deshalb ist auch die ganze bürgerliche Presse in Westdeutschland in höchster Sorge. Sie fürchtet, der Staatsstreich werde die Revolution beschleunigen. Wir hoffen es.

–g.j.–

Ausstellung der VR China erfolgreich

Mehr als 190 000 Besucher haben die erste Industrie- und Agrarausstellung der Volksrepublik China in der Bundesrepublik besucht. Die bürgerliche Presse in Westdeutschland, gewöhnt den Sozialismus als Mangelwirtschaft darzustellen, kommt um die Feststellung nicht herum: "Was das Agrarvolk, das sich nach wie vor zu den Entwicklungsländern zählt, an Feldfrüchten anzubieten hat und seinen Bewohnern auch zugute kommen läßt, mutet geradezu unglaubwürdig an." – Wir drucken im Folgenden Auszüge aus einem uns zugesandten Bericht über den Besuch auf der Ausstellung.



Die Erdölraffinerie von Datjing

Ich habe mit einigen Kollegen die Ausstellung der Volksrepublik China besucht. Wir hatten schon vorher häufig über die Volksrepublik China gesprochen, zum Teil auch schon über die Verfassung der Volksrepublik China und darüber, daß in China die Arbeiterklasse die Macht innehat. Auf der Ausstellung selbst wurde uns plastisch dargelegt, zu welchen Leistungen ein Volk fähig ist, das sich von den Fesseln des Imperialismus und der Profitwirtschaft befreit hat und sich beim Aufbau der Wirtschaft auf seine eigene Kraft verläßt.

So bezog sich das Interesse der Kollegen nicht nur auf die ausgestellten Maschinen, Motoren und LKWs (wir arbeiten in der Maschinenbauindustrie), sondern auch darauf, wie das chinesische Volk darangeht, die Ungleichheiten zwischen Stadt und Land zu überwinden.

Sehr gut konnte ich dies den Kollegen am Beispiel der Erdölraffinerie Datjing deutlich machen, was ein leuchtendes Beispiel für den Weg der Entwicklung der Industrie in China ist. Dies wurde auf der Ausstellung durch viele Bilder, Erzeugnisse und an einem Modell der Erdölfelder von Datjing dargestellt.

Uns wurde besonders an dem Modell deutlich, wie sehr sich dieses Industriegebiet von den hiesigen Industriegebieten unterscheidet. In Datjing wechseln sich Industrieanlagen und bebaute Äcker ab. Aus den Kommentaren ging hervor, daß die Industrie nicht zum Nachteil und auf Kosten der Landwirtschaft aufgebaut wird, sondern daß die Landwirtschaft die Basis für die Entwicklung der Industrie ist und so die Industrie auch nicht an wenigen Punkten konzentriert ist, sondern entsprechend den Bedürfnissen der Landwirtschaft die ländlichen Gebiete industriell entwickelt werden.

So gingen die Erdölarbeiter und ihre Frauen beim Aufbau der Erdölraffinerie daran, eine eigene Landwirtschaft aufzubauen. Die Versorgung konnte recht schnell gesichert werden, ohne der umliegenden Landwirtschaft zur Last zu fallen. Bei der Entwicklung der Landwirtschaft in diesem Industriegebiet wurden die Arbeiter und Frauen von der dort ansässigen bäuerlichen Bevölkerung lebhaft unterstützt als sie sahen, daß die Industrie nicht zum Nachteil, sondern zu ihrem Nutzen entwickelt wurde.

So brachte die Erdölraffinerie für die Bauern Kunstdünger, der der Landwirtschaft half, ihre Produktion zu steigern. Später wurden auch aus eigener Kraft kleine Fabriken zur Abdeckung des Bedarfs an Kerzen, Glühbirnen, Seife usw. aufgebaut. Auf diese Weise konnten auch die Abfallstoffe der Raffinerie zum Nutzen des Volkes verwendet werden und fielen nicht der Umwelt zur Last.

Wie anders dagegen bei uns die Verhältnisse aussehen, kann man sehr deutlich am Beispiel des Kernkraftwerks in Wyhl sehen. Hier wird nicht danach getrachtet, dem Volk zu nutzen durch eine umfassende Entwicklung der Wirtschaft zum Vorteil aller Teile des Volkes. Vielmehr wird bei uns zum Nutzen einer Handvoll Industriekapitalisten die Entwicklung der Landwirtschaft und damit auch die Existenzgrundlage vieler Bauern vernichtet.

–E., Ortsgruppe Köln–

Gruppe Rote Fahne (KPD) zum Kampf gegen den § 218:

Nach langem Schweigen die Forderung fallengelassen

Ende Juni, in der 25. Nummer ihres Zentralorgans, nimmt die Gruppe Rote Fahne Stellung zum Kampf gegen den § 218. Die Leser der "Roten Fahne" werden diese Stellungnahme mit einiger Spannung erwartet haben. Die "Rote Fahne" hatte nämlich vor vier Monaten erklärt, der Kampf gegen den § 218 müsse – unter den Forderungen: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Karlsruher Urteil – "jetzt erst recht verstärkt" weitergeführt werden (Rote Fahne Nr. 8 / 1975). Dieser an sich erfreulichen Absichtserklärung ist volle vier Monate nichts gefolgt. Außer in Nummer 25 eben jetzt eine weitere Absichtserklärung. Der Unterschied besteht darin, daß damals bezüglich der Forderungen richtige Absichten erklärt wurden. Inzwischen werden die richtigen Forderungen fallengelassen. Mußte man angesichts der früheren Absichtserklärungen erhoffen, die Gruppe Rote Fahne würde aus den Forderungen Konsequenzen ziehen und Taten folgen lassen, so muß man jetzt verhüten, daß das arrogante Urteil, das sich diese Organisation in einem Aufwasch über die Bewegung gegen den § 218 im besonderen, über die Frauen im allgemeinen und über die Arbeiterklasse überhaupt leistet, jemand anderem schadet als ihr selber. Die Aussichten dafür sind gut.

Zuerst das Urteil der Gruppe Rote Fahne über die gegenwärtige Bewegung gegen den § 218: *"Was war denn bisher die Schwäche der Bewegung gegen den § 218? Doch gerade ihr durch und durch kleinbürgerlicher Charakter. Das unterscheidet auch die heutige Bewegung gegen den § 218 von der Massenbewegung gegen den § 218 Anfang der dreißiger Jahre."*

Dieses Urteil ist im ganzen Aufsatz auch nicht durch einen Schimmer von Beweisführung getrübt. Das wäre auch gar nicht möglich. Denn, geradeso wie in den dreißiger Jahren, erhebt diese Bewegung die Forderungen nach Abschaffung des § 218 und ist dadurch zusammengefaßt. Es ist der Gruppe Rote Fahne vorbehalten geblieben, eine Bewegung zu untersuchen, ohne auch nur einen Funken nachzudenken, ob die Forderung, für die diese Bewegung eintritt, einem Interesse der Arbeiterklasse entspricht oder nicht.

Die Bewegung gegen den § 218 wird abgekanzelt . . .

Die Gruppe Rote Fahne sitzt vollständig auf der bürgerlichen Presseberichterstattung, die freilich nicht die Diskussion in Betrieb und Gewerkschaft über diese Frage wiedergibt, sondern auf die oberflächlichen Begleiterscheinungen dieser Bewegung ablenkt und die falschesten Begründungen für diese richtige Forderung hervorhebt, alles, um den **Klassencharakter** dieser Bewegung zu vertuschen.

Dieses Manöver hat bei den Massen einen geringen Erfolg. Sie wissen nämlich, daß sie für die Abschaffung des § 218 sind, obwohl sie sich keineswegs vertreten fühlen in der Begründung, wie sie allerhand Frauengruppen geben. Gegenüber den scharfsinnigen Analytikern von der Gruppe Rote Fahne, die sich ganz grundlos den Namen KPD, also den Namen der bewußten Vorhut der Arbeiterklasse, zugelegt haben, verfängt diese bürgerliche Sicht der Sache vollständig.

Nachdem zuerst ein gar nicht vorhandener **Charakter** dieser Bewegung angeheftet wird, wird die Arbeiterklasse beurteilt. Das Zitat geht weiter: *"Damals kämpften große Teile des Proletariates in der Bewegung. Und die KPD hat den Kampf stets so geführt, daß die politische Stoßrichtung sich gegen die gesamte kapitalistische Gesellschaftsordnung richtete. Sicher war auch in dieser Zeit der Wirtschaftskrise, der Massenarbeitslosigkeit und Kriegsvorbereitung* (Es lebe hoch die gegenwärtige Hochkonjunktur, die Vollbeschäftigung und der gesicherte Friede!), *der elendesten Lage der Arbeiterklasse und der werktätigen Schichten der Kampf gegen den § 218 eine noch brennendere Frage für die Arbeiterklasse als heute. Denn jedes Kind mehr bedeutete für viele Arbeiterfamilien unmittelbar eine Existenzfrage. Es gab keine Pillen; außer für die Bourgeoisie war die Abtreibung eine Frage auf Leben und Tod. Jährlich starben über 40 000 Frauen an den Folgen der Kurpfuscherei."*

. . . die Arbeiterklasse beleidigt . . .

Hier wird unter der Hand behauptet, der durch und durch kleinbürgerliche Charakter käme zustande durch mangelnde Beteiligung der Arbeiterklasse. Wir haben vorhin schon gesagt, daß der Charakter einer Bewegung bestimmt werden muß durch Analyse der Forderungen, die sie erhebt. Nur dann wird man verstehen, welche Klassen an dieser Bewegung aus welchen Gründen teilnehmen und sie unterstützen oder bekämpfen. Wenn man das tut, dann wird man auch schnell merken, daß "damals" wie heute die Bewegung gegen den § 218 ihren Boden **im wesentlichen** in der Arbeiterklasse hat und daß die Arbeiterbewegung von dieser Forderung nach Streichung des § 218 **nicht** abgerückt ist, sondern nach wie vor dafür eintritt. Weil sie einem Interesse der Arbeiterklasse entspricht.

Die Gruppe Rote Fahne hingegen erklärt den (nicht vorhandenen) Mangel an politischer Anteilnahme dadurch, daß sie herausarbeitet, daß das Problem heute auch nicht mehr so brennend sei wie früher. Dahinter steckt bezüglich der Arbeiterklasse die beleidigende Vorstellung, die Arbeiterklasse würde sich einer politischen Bewegung erst und bloß anschließen, wenn ihr der Stuhl unter dem Hosenboden brennt. Solange nicht die Abtreibung zu einer "Existenzfrage für die Arbeiterfamilien" wird, solange nicht die Pille verboten wird, solange nicht Zustände einreißen, wo es wiederum viele zehntausend Frauen sind, die das Verbot der Abtreibung mit dem Leben zahlen, solange bleibt der Gruppe Rote Fahne, keineswegs der Arbeiterklasse, die Bedeutung der Bewegung gegen den § 218 dunkel und diese Bewegung erscheint ihr folgerichtig "durch und durch kleinbürgerlichen Charakters". Das wird dann der Arbeiterklasse in die Schuhe geschoben. Die aber ist an der Existenz der Gruppe Rote Fahne ganz unschuldig, während sie den Kern der Bewegung gegen den § 218 durchaus bildet.

Selbstverständlich ist die Arbeiterklasse nicht so stumpf, wie sich das die Gruppe Rote Fahne vorstellt , und insbesondere in die Bewegung gegen den § 218 sind heute schon große Teile des Proletariates einbezogen. Es gibt kaum eine Frage, die die Arbeiterklasse derart politisch geeint sieht, wie das Verlangen nach Abschaffung des § 218. Daß diese Tatsache die politische Wucht noch nicht in dem Umfang entwickelt, daß es auch die Redaktion der Roten Fahne bemerkt, das hängt allerdings daran, daß die KPD noch nicht wieder aufgebaut ist, so daß der politische Wille der Arbeiterklasse der einheitlichen Führung entbehrt und die ganze Klasse ihre Kraft nicht entwickeln kann. Dieser Umstand, der sich in jeder politischen Bewegung schmerzlich bemerkbar macht und im Gefolge hat, daß kleinbürgerliche Ideologien sich am Rande jeder politischen Bewegung breitmachen, ist aber mehr gedankt der Existenz von Organisationen wie der Gruppe Rote Fahne als etwa der Tatsache, daß das Elend der Arbeiter nicht tief genug wäre.

Nachdem die Gruppe Rote Fahne ihre eigene Blindheit entschuldigt mit mangelnder Reife der Arbeiterklasse, was stark ist und ihr schaden wird, knüpft sie sich die Frauen im allgemeinen vor.

. . . und die Frauen nur als Mütter gezählt

Folgende Ansatzpunkte gibt die Gruppe Rote Fahne, um *"vor allem die werktätigen und proletarischen Frauen"* in die Klassenfront zusammen mit ihren Männern einzureihen. *"Die Frauen müssen den Kampf aufnehmen, wenn sie nicht wollen, daß ihre Kinder zu Krüppeln werden, wenn sie nicht wollen, daß sie in ungerechten imperialistischen Kriegen für die Bourgeoisie ihr Leben lassen, wenn sie nicht wollen, daß sie ohne Ausbildung und ausreichenden Lohn, ohne Arbeit für immer zu einem elenden Leben verdammt sind."*

Hier sollen die Frauen gewonnen werden, nicht ausgehend von dem Umstand, daß sie der Arbeiterklasse, den Volksmassen zugehören, sondern ausgehend davon, daß sie Mütter sind und ihre Kinder lieben. Unter der Hand wird noch zu verstehen gegeben, daß sich die Väter sowieso als reine Raben erweisen, denn offensichtlich zeichnet sich die Mutter dadurch aus, daß ihr die Kinder am Herzen liegen, während man dem Alten mit sowas gar nicht zu kommen braucht, sondern es ihn schon persönlich treffen muß.

Das sehen die Kommunisten anders. Die soziale Revolution ist die Befreiung der ganzen Menschheit vom Joch der Ausbeuterordnung. Für dieses weitgesteckte Ziel muß sich die Arbeiterklasse zusammenschließen und die ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen gewinnen. Sofern die Frauen der Arbeiterklasse und dem Volk angehören, wird sie diese Aufgabe ganz unmittelbar interessieren. In diesem Zusammenhang wird man freilich keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß mit der sozialen Revolution auch die besondere Unterdrückung der Frau beseitigt wird.

Ganz und gar verdreht ist die Vorstellung der Gruppe Rote Fahne, man könnte die *"kleinbürgerliche Frau"* für die sozialistische Gesellschaft gewinnen, nicht indem man ihr aufzeigt, daß das Kleinbürgertum vom Kapitalismus vernichtet und ins Proletariat hinabgedrückt wird, weswegen die Emanzipation der Arbeiterklasse durch das Kleinbürgertum unterstützt werden muß, sondern indem man ihr erklärt, daß im Sozialismus die Emanzipation der Frau verwirklicht würde. Solange sie nicht einsieht, was das Schicksal der kleinbürgerlichen Existenz im Kapitalismus ist, wird sie es vorziehen, Kleinbürger zu bleiben. Denn da weiß sie, was sie hat, oder glaubt zu wissen, was sie hat.

Nachdem so auf relativ kurzem Raum Beleidigendes über die Bewegung gegen den § 218, die Arbeiterklasse, die Frauen als Mütter, die Männer als Väter gesagt wird, und auch nachdem eine untaugliche Methode zur Bekehrung der "kleinbürgerlichen Frau" dabei abfällt, macht die Gruppe Rote Fahne ihre Vorschläge.

Diese Vorschläge laufen darauf hinaus, die Bewegung gegen den § 218 von der Aufgabe des Kampfes gegen diesen § 218 abzulenken und ihr als Betätigungsfeld Forderungen anzudrehen, die geeignet erscheinen, Frau und Kind zu nützen, so daß die Abtreibung weniger oft vorkommt. Dabei wird Richtiges und Falsches bunt vermischt.

Entscheidend zur Beurteilung des Ganzen ist jedoch, daß die Gruppe Rote Fahne es aufgegeben hat, die Forderung "Weg mit dem § 218!", die sie immer noch über diesbezügliche Artikel schreibt, zu ergänzen durch die Forderung "Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!". Stellt man nämlich diese Forderung auf, dann wird die Frage brennend, wie. Auf diese politische Frage gibt die Gruppe Rote Fahne keine Antwort. Dies ist aber die Frage, die die Bewegung gegen den § 218 aufgeworfen hat. Wer den Anspruch erhebt, Politiker zu sein und auf der Seite der Volksmassen zu stehen, wird sich **dazu** über kurz oder lang äußern müssen.

Die Vorschläge

Die Gruppe Rote Fahne äußert sich zu der von uns vorgeschlagenen Taktik derart, daß sie sagt, gegen den Volksentscheid ist sie nicht. Dann wird gesagt, aber man müßte ihn selber durchführen. Man müßte für den Volksentscheid kämpfen.

Das Letzte ist richtig, das Vorherige falsch. Für den Volksentscheid wird man kämpfen müssen, weil der Volksentscheid das Mittel sein kann, das mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts den § 218 zu Fall bringen kann. Dies wird auch getan, und gegenwärtig sind es über hundert Städte in der BRD, wo dafür gekämpft wird. Durchgeführt wird der Volksentscheid vom Staat werden müssen, wenn er das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufheben soll. Man wird diesen Volksentscheid vom bürgerlichen Staat erzwingen müssen; ganz anders als die Umfrage, zu deren Durchführung die Gruppe Rote Fahne die Komitees gegen den Paragrafen 218 verleiten will. Und hierzu Kräfte zu sammeln ist die Unterschriftensammlung da und wird für den 21. September 1975 eine zentrale Demonstration in Bonn vorbereitet, die die Forderungen erhebt:

Weg mit dem § 218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid!

Wir vermuten, daß sich die Gruppe Rote Fahne der Richtigkeit dieser Taktik nicht ganz wird entziehen können. Daß es an etlichen Orten zu erfreulicher Zusammenarbeit mit Ortsorganisationen der Gruppe Rote Fahne und den Komitees gegen den § 218 gekommen ist, bestärkt uns in dieser Vermutung.

–M.A.–